

21 juin (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/die-deutschen-und-ihr-verquerer-heimatbegriff-ld.1689166>

GASTKOMMENTAR

Wo die Regenbogenfahne am Bundesinnenministerium weht: die Deutschen und ihr verquerer Heimatbegriff

Die eigene Kultur mit ihren Traditionen und den Alltagsgewohnheiten gilt in Deutschland längst als diskriminierend, wenn nicht gar rassistisch. Heimatbindung wird nur den Eingewanderten zugesprochen.

Reinhard Mohr

21.06.2022, 05.30 Uhr



In Deutschland ist Heimat negativ konnotiert. Auch deshalb weht am Innenministerium erstmals die Regenbogenfahne.

Clemens Bilan / EPA

Bunt gegen Braun, grenzenlose Weltoffenheit gegen bornierten Nationalismus: Die politische Diskussion in Deutschland leidet seit langem unter einer eklatanten intellektuellen wie sprachlichen Schwäche. Weithin herrscht eine Gedankenlosigkeit, die sich in den phrasengesättigten öffentlichen Hohlräumen ausbreitet. Zu jenen Wörtern, die wie Backförmchen kreuz und quer durch den politischen Sandkasten fliegen und die üblichen Reiz-Reaktions-Schemata auslösen, gehört seit je «Heimat».

Jetzt hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein weiteres Schippchen Sand auf den deutschen Debattenhaufen geworfen, als sie verkündete: «Wir müssen den Begriff [Heimat](#) positiv umdeuten und so definieren, dass er offen und vielfältig ist. Und: dass er ausdrückt, dass Menschen selbst entscheiden, wie sie leben, glauben und lieben wollen.» Der Satz klingt wie eine Paraphrase auf Angela Merkels Wahlkampfmotto von 2017: «Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.»

Ungeliebte «Heimat»

In diesem neuesten regierungsamtlichen Wohlfühlmotto versteckt sich freilich eine doppelte Botschaft: In Deutschland ist Heimat offenbar negativ konnotiert – und um das politisch korrekt zu ändern, muss der Begriff in die ebenso populäre wie verquaste Rede von Diversität und Gendergerechtigkeit eingebettet werden. Auch deshalb weht am Innenministerium erstmals die Regenbogenfahne.

Das heisst aber auch: Eine wirkliche Debatte über Heimat soll gerade vermieden werden, denn nach wie vor enthält das Wort für den links-grün orientierten Teil unserer Gesellschaft jede Menge historische Untiefen und politische Sprengkraft.

Wenn man Juri Schewtschuk, Frontmann der russischen Rockgruppe DDT, folgt, ist es eigentlich ganz einfach. Kürzlich rief er seinem Publikum in Ufa am Ural zu: «Heimat, meine Freunde, das ist nicht der Arsch des Präsidenten, den man ständig lecken und küssen muss. Die Heimat – das ist die arme Oma am Bahnhof, die Kartoffeln verkauft.»

Doch hierzulande macht man es sich lieber besonders schwer und kompliziert – «gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte», wie die Allzweckfloskel lautet, mit der gegenwärtig auch die Gegner von Waffenlieferungen an die Ukraine hantieren.

Inneres Exil

Es stimmt ja: Edgar Reitz' Filmtrilogie über den Hunsrück hielt die «Heimat» im Titel hoch und schlug schon vor Jahrzehnten eine erste kulturelle Bresche in die verklemmte Debatte. Doch wahr ist auch, dass spätestens seit 1945 das Wort Teil eines toxischen Vokabulars war, ein zumindest anachronistischer, in den Augen grosser Teile der Öffentlichkeit reaktionärer, ja gefährlicher Begriff. Schon deshalb galten Heimatvertriebene – ganz im Gegensatz zu den Geflüchteten von heute – als Fusstruppen revanchistischer, neonazistischer Machenschaften.

Der berühmte deutsche Heimatfilm der fünfziger Jahre («Der Förster vom Silberwald», «Wo der Wildbach rauscht» oder «Einmal noch die Heimat sehn») hat eine ganze Generation schon rein ästhetisch auf die Barrikaden und ins innere Exil getrieben, zu offensichtlich war die Verdrängungsfunktion des Heile-Welt-Kinos. «Heimat» wurde zum Antipoden jeder ernsthaften Bemühung um Vergangenheitsbewältigung und eine fortschrittliche Zukunft.

Die Rede von der Heimat atmete den Nazigeist von «Blut und Boden», dunkelbrauner Ackerscholle und dunkelbraunem Jägerzaun, hinter dem sich eine ganze Armada von Gartenzwerge verschanzte. Das «Zigeunerschnitzel», dem ein oder zwei «Jägermeister» zu folgen hatten, komplettierte das Bild der Heimat, zu der der Lodenmantel genauso gehörte wie der sonntägliche Kirchgang und das örtliche Schützenfest.

Reviere und Reservate

Das alles war ein Graus, eine protofaschistische Spiesser-Vorhölle, die in den siebziger Jahren die damals 18- bis 25-Jährigen massenhaft in die Flucht trieb – in Richtung Berlin, München, Frankfurt, Köln und Hamburg. Parole: Deutschland peinlich Vaterland. Nie wieder Sauerkraut! Nie wieder Heimat! Wenn schon die bürgerliche Kleinfamilie eine reaktionäre Terrorzelle war, wie man im Milieu der Westberliner Kommune 1 proklamierte, was war dann erst Wanne-Eickel oder Degerloch?!

Traf man im Ausland auf deutsche Touristen, dann schämte man sich. Um nicht als «Landsmann» erkannt zu werden, bemühte man sich um das Erlernen möglichst mehrerer Fremdsprachen. Die Zahl der Italienischkurse explodierte, vorzugsweise im Verbund mit einem mehrwöchigen Strandaufenthalt in den Cinque Terre.

Die oberschlesischen Heimatvertriebenen und die Sudetendeutschen trafen sich derweil immer noch jedes Jahr an Pfingsten, und der deutsche Schlager war einfach nicht totzukriegen. Dafür dröhnten die Boxen in den Wohngemeinschaften – «Light My Fire» – umso lauter. Doch so sehr man ständig mit der Revolution beschäftigt war, die gerade keine Heimat kennt, weil es ja um globale Verhältnisse geht, so stark war die Identifikation mit den lokalen Gegebenheiten des revolutionären Kampfes. Hier offenbarte sich ein ganz eigener Lokalpatriotismus von links, die Verteidigung von Revieren und Reservaten, die Bindung an die alternative Scholle diesseits des Horizonts, und sei es die Landkommune im Vogelsberg oder die «Republik Freies Wendland». Das intensiv durchlebte Drama der Selbst- und Weltveränderung brauchte nicht nur symbolische Orte, sondern auch Rückzugsgebiete, in denen man sich wohl und verstanden, zu Hause fühlte.

Verfassungspatriotismus à la Habermas

Es gehört zu den Absurditäten der politischen Debatte unserer Tage, dass Asylbewerber und Migranten ihre Heimat verlassen, um sich bei uns in Sicherheit zu bringen. Hierzulande sollen sie nur auf edles Weltethos und das Asylbewerberleistungsgesetz treffen, doch bei Gott nicht auf Menschen, die Deutschland, Bayern, das Allgäu, Amrum oder Ansbach ihre Heimat nennen und diese so lieben wie Syrer und Afghanen die ihre.

Dabei läuft diese bigotte Selbstverleugnung dem wohlverstandenen Interesse an gelungener Integration völlig zuwider: Wo hinein sollen Menschen aus Afrika und Asien integriert werden, wenn die aufnehmende Gesellschaft selbst nicht weiss, was sie ist, woher sie kommt und was ihr wichtig ist, was sie prägt, auszeichnet, besonders macht, so erfolgreich, liebenswert und attraktiv?

Routiniert wird auf das Grundgesetz von 1949 verwiesen, von dem allerdings die wenigsten Migranten je gehört haben, geschweige denn, es gelesen und verstanden haben dürften. Mehr als ein geschichtsloser, abstrakter Verfassungspatriotismus à la Habermas ist aber nicht im Angebot des bunten Deutschland.

Das ausdrücklich Eigene – die in Jahrhunderten gewachsene Kultur, die Traditionen und Alltagsgewohnheiten – grenzt angeblich die anderen aus, sei diskriminierend, ethnozentristisch, schlimmstenfalls rassistisch. Identität, kulturelle Prägung und Heimatbindung wird nur den Eingewanderten zugesprochen, so die Reflexe eines immer noch erheblichen Teils der deutschen Öffentlichkeit, die an ihrer provinziellen Nabelschau hängt.

Was der Weinliebhaber ehrt

Inzwischen jedoch dringt die Wirklichkeit zunehmend in die realitätsblinden Diskurskorridore, und plötzlich richtet sich die harmlose Frage «Na, geht's wieder einmal in die Heimat?» nicht mehr nur an die kofferpäckenden türkischen Nachbarn in Gelsenkirchen, sondern auch an traditionsbewusste Schwaben im Prenzlauer Berg, die hin und wieder für ein paar Tage ins Reich von Daimler und Maultasche, Kehrwoche und Trollinger heimkehren.

Weinliebhaber kennen den aus Frankreich stammenden Begriff des «Terroirs». Damit ist nicht nur die blosse Erde gemeint, auf dem die Reben wachsen, es geht auch um Land und Leute, die Lage, das Klima, die Weinbaukultur, kurz: um eine je besondere Mischung aus Geist und Materie, Tradition und Gegenwart.

Längst ist klar, dass die je verschiedenen Heimatbindungen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft gar keinen Widerspruch zu den Prinzipien der europäischen Aufklärung bilden müssen. Im Gegenteil: Sie sind der Ort, an dem die in Sonntagsreden rituell apostrophierten Werte und Regeln ganz praktisch gelernt und gelebt werden – selbst da, wo sie verachtet werden oder über sie erbittert gestritten wird –, freilich ohne nationales Pathos, gestanzten Politsprech und ohne Talkshow-Geplapper. Sie machen den realen Kern jener selbstbewussten Zivilgesellschaft aus, die stets als rhetorische Allzweckwaffe ins Feld geführt wird, wenn es um die Rettung der Demokratie geht.

Ein Land jedenfalls, in dem ein Sammelband migrantischer Autorinnen und Autoren mit dem Titel «Eure Heimat ist unser Albtraum» zum Bestseller wird, hat womöglich ein ganz anderes Problem als mangelnde Vielfalt und Weltoffenheit.

Reinhard Mohr ist deutscher Publizist. Zuletzt von ihm erschienen: «Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt».

21 juin (Wall Street Journal)

https://www.wsj.com/articles/a-bad-day-for-emmanuel-macron-11655737331?mod=hp_opin_pos_4#cxrecs_s

OPINION

A Bad Day for Emmanuel Macron

The French President's legislative allies lose their majority, as parties on the left and right rise.

By [The Editorial Board](#)

June 20, 2022 11:02 am ET



French President Emmanuel Macron casts his ballot during the final round of the country's parliamentary elections in Le Touquet, France, June 19.

PHOTO: POOL/REUTERS

The French political system is designed to empower the President, and Emmanuel Macron has enjoyed sweeping authority in his first five years in the Elysée Palace. But legislative elections on the weekend ensured his second term will be far more complicated.

Mr. Macron easily won a [second](#) mandate in April, but on Sunday his allies [lost](#) control of the National Assembly. His centrist Ensemble block won 245 seats, well short of the 289 needed for an absolute majority. It's a significant fall from the 350 Mr. Macron's group won in 2017. A left coalition led by Jean-Luc Mélenchon, the French Bernie Sanders, finished second with 131 seats. Marine Le Pen's National Rally won 89 seats only two months after a decisive loss to Mr. Macron in the presidential election. The center-right Republicans, once a dominant force in French politics, finished with 61.

France's Fifth Republic doesn't have a strong history of consensus governance like neighboring Germany, and no one knows how Paris will cope with the muddled result. Prime Minister Elisabeth Borne, a technocrat with origins on the left appointed by Mr. Macron only a month ago, may not survive.

An agreement between Ensemble and the Republicans is possible, and it would have the welcome effect of halting Mr. Macron's plans to move left in his second term. The Republicans often agree with Mr. Macron's liberalizing economic instincts, but on Sunday several party

leaders ruled out a formal coalition. They understandably don't want to disappear as the junior partner of a politically weakened President. Another possibility is a minority government that cooperates with right or left depending on the issue. It's also possible that gridlock leads Mr. Macron to call snap elections, though it's unclear what would cause a shift in the results.

Stymied at home, Mr. Macron may look abroad for running room, as he already fancies himself an important player in global politics. But his rhetoric and self-regard have long exceeded France's power and Mr. Macron's skills and instincts in foreign affairs. Mr. Macron wants to be a leading player in Europe, and particularly in determining the future of Ukraine, but his uneven and underwhelming support for Kyiv has undermined his influence across much of the Continent.

Sunday's results created more questions than answers, but they also suggest a troubling future for France. Ms. Le Pen and Mr. Mélenchon—both Russophiles and European Union and NATO skeptics—finished second and third in the presidential election. They now have the legislative heft to position themselves as the leaders of Mr. Macron's opposition.

The President's challenge is finding a way to reinvigorate his early economic reform momentum despite the new legislative handicaps. Failure to do so could bring a radical to the Presidency in five years—with damaging consequences far beyond France.

21 juin (Wall Street Journal)

https://www.wsj.com/articles/the-ecbs-bond-yield-games-european-central-bank-italy-borrowing-inflation-11655410843?mod=hp_opin_pos_2#cxrecs_s

OPINION

The ECB's Bond-Yield Games

The job is to fight inflation, not to make Italian borrowing easier.

By [The Editorial Board](#)

June 16, 2022 6:35 pm ET



European Central Bank President Christine Lagarde

PHOTO: JOHN THYS/AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

What the European Central Bank taketh, it giveth back. That's the message from Wednesday's emergency meeting of the eurozone's monetary policy makers, who **have decided they're not so single-mindedly focused on controlling inflation after all. Instead they'll try to save Italy's government from itself.**

Witness a new subsidy the ECB concocted this week for bonds issued by fiscally rickety euro members. The central bank has wound down net bond purchases under its two quantitative-easing programs. But it won't allow bonds to start running off its balance sheet at least until late 2024. In the meantime, the ECB announced Wednesday, **it will divert maturing principal to new bonds issued by governments experiencing a run-up in yields.**

Rome will be one of the main beneficiaries. The ECB effectively is promising to buy Italian bonds in excess of the ECB's normal portfolio allocation rather than reinvesting the principal from maturing Dutch or German bonds in new Dutch or German issues.

This is meant to solve the problem of "fragmentation risk." As the ECB has scaled back quantitative easing, the central bank is no longer the only net buyer of sovereign debt for many eurozone governments. As a true bond market revives in Europe, investors are demanding higher returns on the bonds of governments like Italy's whose borrowing stands at about 150% of GDP. **The spread between the yield on the German 10-year bund, the**

eurozone's safest asset, and Italy's benchmark 10-year bond increased to 2.4% as of Tuesday evening, close to a two-year high.

Rather than viewing this as a healthy market signal, the ECB perceives a threat to eurozone stability. And Wednesday's announcement had the desired effect. The Italian spread declined to 2.13% after the ECB announcement and stayed around that level Thursday.

That doesn't change the fact that this is a mistake by President Christine Lagarde and the ECB. As the eurozone emerges from the pandemic and grapples with accelerating inflation, slowing economic growth, a war in Ukraine and other ills, accurate price signals are more important than ever. The eurozone won't have them for the foreseeable future.

The new program may also discourage the ECB from running off its asset portfolios sooner now that it has a new use for the maturing principal—even if **quantitative tightening proves necessary to fulfill the ECB's primary responsibility of price stability.**

No one anywhere has authorized the ECB to subsidize some nations' debt but not others. Suppressing yields for vulnerable euro countries was an unspoken goal of ECB asset purchases, but Ms. Lagarde and her predecessor Mario Draghi conceded this could only be done indirectly by buying every government's bonds in proportion to the size of its economy. That credit subsidy was contentious enough in fiscally prudent countries such as Germany. **A more direct subsidy could lead to political "fragmentation" that's worse than the yield fragmentation Ms. Lagarde is trying to fix.**

Ms. Lagarde will make that political problem worse if she persists, as she promised Wednesday, in creating an entirely new mechanism to suppress the yields of spendthrift eurozone governments. This is meant to prevent the currency bloc from splitting apart in an economic mess triggered by a debt crisis. **But don't underestimate the political costs of these policies.**

21 juin (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/06/21/433191-le-salaire-minimum-francais-face-a-nos-voisins>

21 juin 2022

Le salaire minimum français face à nos voisins

Claude Sicard

Il faut examiner comment se situe le pouvoir d'achat des Français par rapport aux autres pays européens, et de nombreuses études existent en ce domaine.

Le pouvoir d'achat a été un sujet central lors des campagnes électorales qui viennent de se dérouler. La **NUPES**, première force d'opposition qui a obtenu 137 sièges à l'Assemblée, s'est fait le parti de l'amélioration de ce dernier avec un **SMIC** qui serait porté à 1500 euros, le dégel du point d'indice des fonctionnaires et le blocage des prix sur les produits de première nécessité.

Il faut donc examiner comment se situe le pouvoir d'achat des Français par rapport aux autres pays européens. De nombreuses études existent en ce domaine. Mais une précaution essentielle est à prendre dans ces comparaisons internationales : il faut tenir compte avant tout du niveau de richesse des pays, ce que l'on omet généralement de faire, faute de quoi on aboutirait à des conclusions totalement irréalistes.

Les économistes raisonnent d'une part sur le salaire moyen des habitants et de l'autre sur le salaire minimum. Les comparaisons se font soit en monnaie ordinaire soit en parité de pouvoir d'achat. En effet, avec un même salaire nominal le pouvoir d'achat n'est pas le même selon les pays.

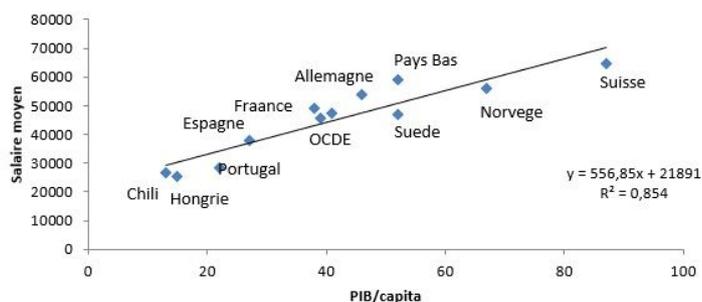
Le salaire moyen, selon les pays :

Nous nous référons aux données fournies par l'OCDE : salaire moyen annuel brut en dollars

- Hongrie..... 25 409
- OCDE..... 49 165
- Chili..... 26 729
- Allemagne..... 53 745
- Portugal..... 28 410
- Norvège..... 55 780
- France..... 45 581
- Pays-Bas..... 58 828
- Suède..... 47 020
- Suisse..... 64 824

En tenant compte des PIB/tête des pays, l'indice utilisé par les économistes pour exprimer la richesse des pays, on a la corrélation suivante :

Correlation PIB/capita et salaire moyen



On voit sur ce graphique que la France se situe au-dessus de la droite de régression. L'équation qui lie le niveau de richesse des pays aux salaires moyens indique que compte tenu de son niveau de richesse notre pays en est à un salaire moyen se situant à 10,5 % au-dessus de ce qu'il devrait être. Les Français auraient donc ainsi un niveau de rémunération sensiblement supérieur à ce que permettrait normalement la richesse du pays.

On notera qu'il s'agit ici des salaires bruts. Pour en arriver aux salaires nets il faut déduire les cotisations salariales. Cela ne change pas la conclusion car la France est dans la moyenne de ce qui se pratique ailleurs : 8,3 % sur le salaire brut contre 8,21 % pour la moyenne des pays de l'OCDE.

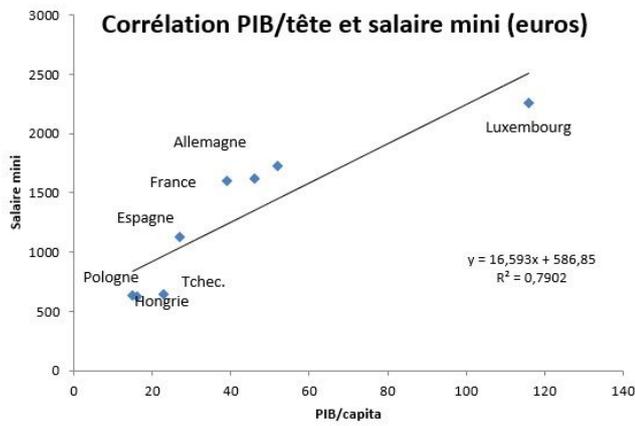
Le salaire minimum, selon les pays

Dans un certain nombre de pays la puissance publique a fixé un salaire minimum légal. Nous nous en référons, ici, aux données fournies par Eurostat :

Salaire minimum mensuel en euros

- Hongrie..... 624
- France..... 1603
- Pologne..... 635
- Allemagne..... 1621
- Tchéquie..... 646
- Pays-Bas..... 1725
- Espagne..... 1126
- Luxembourg.... 2257

Comme précédemment, nous ramènerons ces données aux PIB/tête des pays. C'est ce que montre le graphique suivant :



On voit sur ce graphique que la France est très au-dessus de la droite de corrélation, l'équation qui lie les niveaux de salaires minimum aux PIB/tête indiquant que nous nous situons à 30 % au-dessus de la norme.

En France, le niveau du salaire minimum a donc été fixé à un niveau extrêmement élevé, traduisant le fort souci d'égalité qui est celui de notre république, avec pour conséquence de resserrer l'écart entre le salaire minimum dans le pays et le salaire moyen : en France, le coefficient s'élève à 2, alors que partout ailleurs le rapport est de 2,5.

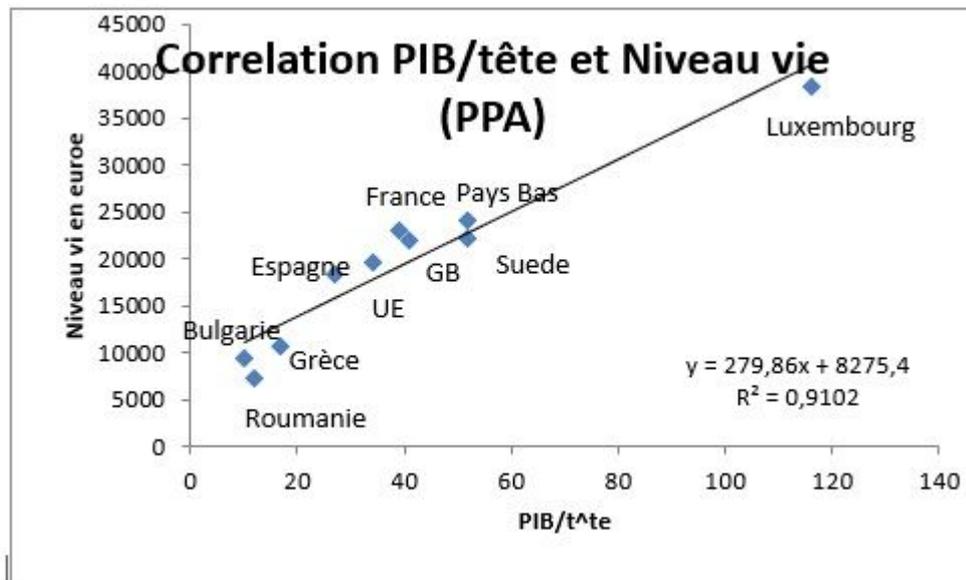
Le salaire moyen, en PPA

Il s'agit d'apprécier le niveau de vie réel de la population, en tenant compte du coût de la vie dans les différents pays. Nous nous référons pour cela à une étude INSEE intitulée « Salaires, niveaux de vie et pauvreté », parue en décembre 2020 :

Niveau de vie moyen annuel en euros et par an

- Bulgarie..... 9 336
- France..... 23 097
- Roumanie..... 7 311
- Grande Bretagne..... 22 009
- Grèce..... 10 621
- Pays-Bas..... 24 067
- Espagne..... 18 363
- Suède..... 22 143
- Union européenne..... 19 517
- Luxembourg..... 38 234

En tenant compte des niveaux de richesse des pays, on est conduit à la corrélation suivante :



On voit sur ce graphique que la France est nettement au-dessus de la droite de corrélation, ce qui signifie que les ménages ont en moyenne un niveau de vie supérieur à ce qu'autorise normalement le niveau de richesse du pays. L'équation de la courbe indique qu'avec le PIB/tête qui est le nôtre, le pays devrait se situer à seulement 19 187 euros annuels, soit un niveau de vie supérieur de 20 % à ce qu'autorise le niveau de richesse du pays.

Les enseignements à tirer de cette approche

On dégage de l'approche que nous proposons les enseignements suivants :

Le salaire moyen des Français est supérieur de 10,5 % à ce qui serait attendu normalement du niveau de richesse du pays.

Il s'ensuit un niveau de vie supérieur de 20 % à ce qu'autorise le degré de développement du pays, ceci résultant des prix des produits en France. Les Français vivent donc au-dessus de leurs moyens, et bénéficient par ailleurs d'une prise en charge de leurs dépenses de santé presque totale, c'est-à-dire avec des restes à charge plus faibles que partout ailleurs, et une quasi gratuité de l'enseignement aux différents niveaux. Il en résulte un recours chaque année à l'endettement. La dette dépasse maintenant le PIB, et ne cesse de croître.

Un salaire minimum est fixé extrêmement haut afin de favoriser les personnes se situant tout en bas de l'échelle sociale, ce qui s'exprime par un indice de Gini relativement proche de celui des pays du Nord : 29,3 pour la France, contre 26,3 pour la Suède, et 27,7 pour le Danemark. Des pays beaucoup plus inégalitaires sont à des niveaux bien plus hauts : 41,5 pour les États-Unis, et 44,8 pour le Venezuela, par exemple.

Avoir un salaire minimum se situant très haut a pour effet de resserrer beaucoup l'échelle des rémunérations : en France le coefficient est de 2 entre salaire minimum et salaire moyen, alors que partout ailleurs le coefficient est plutôt de 2,5.

Puissent donc ces informations confirmer le caractère totalement irréaliste des mesures préconisées par le parti de la NUPES. Quelles sont donc les sources des économistes sur lesquelles se fonde monsieur Mélenchon pour envisager ses réformes économiques ?

21 juin (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/06/21/433248-melenchon-grand-perdant-des-legislatives>

21 juin 2022

Mélenchon, grand perdant des législatives

Drieu Godefridi

La gauche façon Mélenchon obtient 24 % des sièges à l'Assemblée nationale, soit l'un de ses pires scores historiques.



mélenchon (affichage électoral crédits FMas)

La première leçon de ces législatives françaises est l'échec patent, cuisant et retentissant de Jean-Luc Mélenchon. Tout de hargne et de fulgurances haineuses, cet étrange apparatchik ajoute un nouvel échec à sa riche collection chamarrée. La gauche façon Mélenchon obtient 24 % des sièges à l'Assemblée nationale, soit l'un de ses pires scores historiques. Le nombre de sièges guignés par l'improbable attelage mélenchonien est risible en comparaison cette majorité absolue dont il professait l'ambition.

Deuxième leçon, l'échec de la presse. Laisser entendre que M. Mélenchon était en mesure d'obtenir la majorité absolue était de la désinformation. Pas parce qu'il a perdu. Parce que le mécanisme du scrutin majoritaire à deux tours l'annonçait. Une mention en passant aux nombreux journalistes belges francophones (*sic*) qui ont constitué une sorte de fan club local de Mélenchon, laissant entendre entre les deux tours, à l'instar des fines lames de *Libé* et du *Monde*, que « *tout est possible* », quand ils ne promettaient pas directement au nouveau Ceausescu la majorité absolue.

Ces mêmes journalistes ne décrivent-ils pas ce matin — jusqu'au *Figaro* ! — le nouveau ratage de M. Mélenchon comme une *dynamique* ? Échec au premier tour de la présidentielle en 2017, échec au premier tour de la présidentielle en 2022, deuxième pire score de la gauche dans l'histoire de l'Assemblée nationale : pas de doute, M. Mélenchon est très dynamique ! Le succès, disait Winston Churchill, consiste à voler d'échec en échec avec toujours le même enthousiasme : encore faut-il s'arrêter de voler.

Tout le monde a sous-estimé Marine Le Pen. Moi le premier. Contrairement à M. Mélenchon, pourtant célébré par la presse, Marine Le Pen s'est qualifiée pour le second tour de la présidentielle. Contrairement à M. Mélenchon, Marine Le Pen a su revenir devant les électeurs pour se faire élire à l'Assemblée, avec plus de 60 % des voix dans sa circonscription. Enfin, Marine Le Pen cornaquera à l'Assemblée le plus grand groupe parlementaire de l'histoire de son parti. Quatre fois plus de députés que la fourchette basse que lui promettaient la presse et les instituts de sondage.

En conclusion, la France est ingouvernable. Quand M. Mitterrand dut gouverner avec 275 sièges, en 1988, il éprouva les pires difficultés. Macron en a trente de moins. Manque à M. Macron les deux-tiers du groupe de la droite pour asseoir une majorité. À défaut d'un pacte de majorité, on ne perçoit pas comment M. Macron

ira chercher 45 voix, un coup à droite, un coup à gauche, au gré des textes déposés à l'Assemblée nationale. Sans pacte de majorité, cette Assemblée ne permettra pas de gouverner la France avec le minimum d'efficacité qu'attendent les Français.

Ce constat ne manquera pas d'inspirer M. Mélenchon et ses nombreux adorateurs journalistes qui, gageons-le, perçoivent déjà comme le frémissement de la possibilité d'une nouvelle *dynamique* vers de nouveaux *triumphes* électoraux.

Mélenchon Premier ministre restera comme la sinistre plaisanterie, le fantasme putschiste d'un esprit ivre de lui-même, et d'une presse oublieuse de sa raison d'être.

21 juin (Le Point)

<https://www.lopinion.fr/politique/la-societe-ingouvernable-la-chronique-de-raphael-llorca>

Les choses

«La société ingouvernable?» – la chronique de Raphaël Llorca

Par Raphaël Llorca

20 juin 2022 à 14h41

Le communicant et auteur de La marque Macron voit dans la déroute essuyée par le chef de l'Etat lors des élections législatives le signe d'une « remise en question de l'ensemble des procédés par lesquels les hommes se dirigent les uns les autres »



Aux lendemains du [second tour des législatives](#), c'est le mot qui est sur toutes les lèvres, avant même ceux de « séisme » et de « gifle », plus classiquement utilisés aux lendemains de scrutins qui prennent la forme d'un revers pour le pouvoir en place : « ingouvernable ». Un mot que l'on retrouve aussi bien en une du *Parisien* et du *Figaro*, que dans les éditos de Cécile Cornudet (*Les Echos*) ou de Thomas Legrand (France Inter).

Devant l'échec de la majorité présidentielle à former une majorité absolue à l'Assemblée nationale, la première ministre Elisabeth Borne a appelé à constituer une « majorité d'action », s'imaginant aller solliciter, au gré des textes, ici l'appui de la droite, là l'appui de la gauche. L'exemple de Michel Rocard en 1988 est dans tous les esprits ; à ceci près qu'à l'époque, il lui manquait 15 députés, pas 44. A en croire le journal *Le Monde*, le camp présidentiel lui-même ne croirait pas à ce scénario de majorités construites au cas par cas : « Au sommet de l'Etat, on s'attend à une paralysie totale de l'Assemblée nationale, qui pourrait déboucher sur une crise institutionnelle. »

Revenons cinq ans en arrière. A la même époque, on a vu fleurir moult analyses sur « l'intelligence politique des Français » qui, entre les deux tours des législatives, auraient décidé, en toute sagesse, de rééquilibrer le rapport de force politique. Le 11 juin 2017, au soir du premier tour des législatives, les premières projections laissaient présager une Assemblée nationale composée de 400 à 455 députés LREM et MoDem. Du jamais vu sous la V^e République. Une semaine plus tard, ce sont finalement 350 députés de la majorité présidentielle qui font leur entrée à l'Assemblée – la majorité absolue est acquise, mais elle est bien moins écrasante qu'escomptée.

Contre-pouvoirs. Une petite musique rassurante s'est installée : à l'écoute des commentateurs, c'est comme si les Français avaient intériorisé les maximes de Montesquieu, pour qui tout pouvoir excessif rend nécessairement aveugle et sourd. Attentifs aux contre-pouvoirs, les Français auraient sciemment opéré une sorte de correctif politique.

Si cette conception d'un « peuple politique » est largement fantasmée, il est frappant de la voir revenir dans le débat public comme clé de lecture des résultats des dernières législatives. « On croirait une Assemblée élue [à la proportionnelle](#) », note Jean-Michel Salvator dans *Le Parisien*. Autrement dit : les Français réaliseraient par leur vote le rééquilibrage de la représentation nationale que la réforme constitutionnelle promise par Emmanuel Macron en 2017 aurait dû permettre.

Une autre thèse coexiste dans le débat public, celle du vote-sanction. Sanction d'un manque de clarté vis-à-vis de son projet politique. « Pourquoi les électeurs lui auraient-ils donné une majorité dès lors qu'il ne leur a jamais dit ce qu'il en ferait ? », s'interroge Alexis Brezet dans *Le Figaro*. Sanction vis-à-vis d'une stratégie de neutralisation de la campagne des législatives, versant dans l'esquive des débats et donnant le sentiment de dissoudre le fait même de battre campagne, sous couvert que le pays soit « fatigué », aux dires du chef de l'Etat lui-même.

« Partout, ça se rebiffait, écrit Chamayou. Aucun rapport de domination n'y échappait : insoumissions dans la hiérarchie des sexes et des genres, dans les ordres coloniaux et raciaux, de classe et de travail, dans les familles, sur les campus, sous les drapeaux, dans les ateliers, dans les bureaux et dans la rue. »

Il existe une troisième interprétation possible. Prenons au sérieux la fonction symbolique de l'Assemblée nationale qui, en tant qu'expression de la représentation nationale, est censée se faire le reflet de la société : si l'Assemblée est ingouvernable, n'est-ce pas parce que c'est la société tout entière qui l'est devenue ?

Insoumissions. Dans un livre très stimulant, précisément intitulé *La société ingouvernable* (La Fabrique, 2018), le philosophe Grégoire Chamayou propose une plongée dans les mouvements contestataires des années 1970 à l'aune du concept foucaldien de « crise de la gouvernabilité », compris au sens d'une remise en question de l'ensemble des procédés par lesquels les hommes se dirigent les uns les autres – à l'échelle des entreprises, des gouvernements, comme du foyer. « Partout, ça se rebiffait, écrit Chamayou. Aucun rapport de domination n'y échappait : insoumissions dans la hiérarchie des sexes et des genres, dans les ordres coloniaux et raciaux, de classe et de travail, dans les familles, sur les campus, sous les drapeaux, dans les ateliers, dans les bureaux et dans la rue. »

Il est tentant de mettre en relief les deux périodes : hier, multiplications des indisciplines ouvrières massives pour protester contre l'aliénation à l'usine ; aujourd'hui, explosion du nombre de démissions en réponse au manque de sens du travail de bureau. Hier, émergence de puissantes contre-cultures en rupture avec l'ordre social dominant (Woodstock, la Beetle de Volkswagen) ; aujourd'hui, [des mouvements comme les Gilets jaunes](#) ou #MeToo se structurent autour de référentiels culturels et symboliques communs. Hier, c'était l'acceptabilité du système capitalisme qui était discutée – d'où la grève comme mode de contestation le plus répandu. Aujourd'hui, c'est plutôt l'acceptabilité du système démocratique qui est en jeu – d'où l'abstention comme nouveau mode de contestation majoritaire.

Au fond, les formes et les modalités de contestation ont évolué, mais la crise de gouvernabilité est sensiblement la même. Qu'il se rassure, donc : Emmanuel Macron n'est pas le seul à être confronté à une Assemblée « ingouvernable ». A suivre la réflexion proposée par Grégoire Chamayou, c'est aussi le cas de tous les parents, professeurs et dirigeants d'entreprise aujourd'hui. « Gouverner l'ingouvernable » : beau comme un intitulé de cours de leadership.

Raphaël Llorca, communicant, est expert associé à la Fondation Jean Jaurès. Auteur de La marque Macron (L'Aube, 2021), et des « Nouveaux masques de l'extrême droite » (L'Aube, Fondation Jean-Jaurès, 2022)

21 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/barochez-macron-fragilise-l-europe-affolee-20-06-2022-2480323_32.php

Barochez – Macron fragilisé, l'Europe affolée

ÉDITO. L'essor des forces pro-Poutine en France préoccupe nos voisins quand la guerre en Ukraine requiert une détermination sans faille de l'Occident.

Par [Luc de Barochez](#)

Publié le 20/06/2022 à 17h00 - Modifié le 21/06/2022 à 08h16

Emmanuel Macron avait supplié les électeurs français de « *ne pas ajouter un désordre français au désordre mondial* ». Il va devoir affronter les deux simultanément, et il porte sa part de responsabilité dans cette infortune. Depuis qu'il a perdu sa majorité parlementaire, le 19 juin, la France est devenue un risque politique pour l'Europe et un sujet majeur d'inquiétude pour nos voisins et nos alliés. Pour au moins trois raisons.

Première préoccupation : en pleine guerre en Ukraine, les électeurs français ont placé en position de force à l'Assemblée nationale des partis au tropisme poutinien marqué, le Rassemblement national d'un côté, La France insoumise de l'autre. Déjà lors du premier tour de la présidentielle, les candidats eurosceptiques et anti-Otan avaient recueilli un total de 57 % des suffrages. Les scores de ceux qui ont en commun de se montrer compréhensifs avec Vladimir Poutine vont donner un coup d'accélérateur aux forces centrifuges qui sapent l'unité européenne. Combien de temps l'Union européenne pourra-t-elle les circonscrire ? Depuis l'invasion du 24 février, elle a fait bloc pour soutenir l'Ukraine, lui livrer des armes lourdes et sanctionner l'agresseur. Mais si la France se prend à faser, le maintien de la ligne de fermeté européenne au côté de Kiev devient incertain.

La deuxième incertitude porte sur Emmanuel Macron lui-même. Assiégé par les partis eurosceptiques, corseté dans ses capacités à diriger la France, le président de la République peut-il continuer à incarner un renouveau européen ? Il bénéficiait d'un préjugé favorable à travers le continent depuis sa campagne en 2017, sous les couleurs du drapeau bleu à douze étoiles d'or. Il n'est plus aujourd'hui qu'un « *porteur d'espoir à la retraite* », comme le décrivait cruellement le grand quotidien allemand *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dans son édition du 19 juin. Au moment où se repose, avec l'Ukraine, la question de l'élargissement de l'Union – et donc, aussi, la nécessité impérieuse de son approfondissement –, Emmanuel Macron perd l'occasion de reprendre le flambeau de leader de l'Europe, disponible depuis le départ d'Angela Merkel en décembre.

Boulet pour l'Europe

Troisième souci aux yeux de beaucoup de nos voisins : les réformes structurelles susceptibles de permettre à la France de gérer son endettement public faramineux et d'affronter la prochaine récession s'éloignent, juste au moment où la remontée inexorable des taux d'intérêt les rend encore plus urgentes. La réforme des retraites, en particulier, est menacée d'enlisement. Elle est pourtant indispensable à la stabilisation de la zone euro à moyen terme. Une France bloquée devient un boulet pour l'Europe, d'autant plus que l'autre moitié du traditionnel moteur européen,

l'Allemagne, hoquette aussi depuis que le chancelier social-démocrate Olaf Scholz en a pris les commandes.

L'ambition européenne d'Emmanuel Macron appartient-elle déjà au passé ? « *Agir fort, aller vite, rêver grand* » : tel était le programme qu'il avait énoncé le 9 mai dernier devant le Parlement européen à Strasbourg, à l'occasion de la Conférence sur l'avenir de l'Europe. Depuis que les Français ont élu leurs députés, la force s'est muée en fragilité, le lièvre est devenu tortue et le rêve a soudainement rapetissé. Il y a cinq ans, la Grande-Bretagne venait de voter en faveur du Brexit, l'Italie sombrait dans le populisme et l'Allemagne envoyait près d'une centaine de députés d'extrême droite au Bundestag. La France, elle, se distinguait en portant le candidat d'En marche ! à l'Élysée au son de l'*Hymne à la joie*. Aujourd'hui, à son tour, elle exprime un profond rejet de ses élites, fait un doigt d'honneur à l'Europe et s'enfonce dans les marécages de l'isolationnisme et du repli. Alors que la guerre fait rage au cœur du continent, que la Russie revancharde cherche à prendre l'ascendant sur le monde démocratique, le seul à se frotter les mains de l'affaiblissement français est Vladimir Poutine.

21 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/habeck-und-die-kernkraft-deutsche-kaltdusche-und-gruene-warmduscher-18115778.html?premium>

KERNKRAFTDEBATTE:

Deutsche Kaltdusche und grüne Warmduscher

EIN KOMMENTAR VON [JASPER VON ALTENBOCKUM](#)

-AKTUALISIERT AM 20.06.2022-19:30



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) auf der Konferenz „Allianz für Transformation“ am 14. Juni im Kanzleramt in Berlin. Bild: AP

Verkehrter Ausstieg, illusorischer Ausbau: Die Fehler der Russlandpolitik spiegeln sich in den Fehlern der Energiepolitik. Die Grünen drücken sich vor den Konsequenzen.

Die Purzelbäume der Bundesregierung, mit denen sie drohenden Gasengpässen und steigenden Energiepreisen entkommen will, zwingen zu immer größeren Verrenkungen. **Wird im Koalitionsvertrag noch Gas als Ersatz für Kohle angepriesen, muss nun Kohle das Gas ersetzen – nicht etwa Steinkohle, sondern vornehmlich der „Klimakiller“ Braunkohle.**

Gleichzeitig müsste der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze geradezu explodieren, um den Kohleausstieg so schnell zu bewerkstelligen wie geplant. Nicht genug, dass damit apokalyptisch aufgeladene Klimaschwüre lässig gebrochen werden. Es besteht auch keine Aussicht darauf, dass sich eine galoppierende Inflation von Purzelbäumen beeindrucken lässt.

Deutschland hat sich die Krise selbst eingebrockt

Die kalte Dusche der Energiepolitik folgt den Irrtümern der **Russlandpolitik**, hat aber eine besondere deutsche Note. Deutschland heizt sich mit einer Krise ein, die es selbst, nicht Russland geschaffen hat. **Eine verkehrte Ausstiegspolitik zog eine illusorische Ausbaupolitik nach sich.**

Robert Habeck und Olaf Scholz werden noch viel Mühe aufwenden müssen, um zu erklären, warum es die Bundesregierung **versäumt** hat, rechtzeitig für eine Gasspeicherung, aber auch für **eine Laufzeitverlängerung dreier Kernkraftwerke gesorgt zu haben.**

Spahn, Söder und Lindner gehen voran

Die Kernkraftdebatte hat gerade erst richtig begonnen. CDU, CSU und FDP haben sporadisch gestichelt. **Jens Spahn**, Markus Söder und Christian Lindner haben die Diskussion jetzt noch einmal entfacht. Erklären konnten aber auch sie und ihre Parteien bislang nicht, wie Deutschland gelingen kann, was andere Länder schaffen.

Wenigstens ein Argument von „Fachleuten“ hat sich als falsch erwiesen: dass Erdgas bei der Verstromung kaum eine Rolle spiele, deshalb Kernkraft nichts nutze. Folgen nun weitere peinliche Ausflüchte – „zu spät, zu teuer, zu aufwendig“?

War uns das Klima bis vor Kurzem nicht noch ganz andere Anstrengungen wert? Eine Pause im Atomausstieg könnte den Druck auf den Ausbau von Wind- und Solarkraft nehmen? Wenn das die größte Sorge ist, wird im Dezember nicht kalt geduscht, um Putin zu bekämpfen, sondern damit die Grünen warm duschen dürfen.

21 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/kommentar-zu-transgender-frauen-im-schwimmen-gut-gemeint-18115678.html?premium>

TRANSGENDER IM SCHWIMMSPORT:

Gut gemeint

EIN KOMMENTAR VON [CHRISTOPH BECKER](#)

-AKTUALISIERT AM 21.06.2022-08:20



Lia Thomas wurde als erste Transgender-Frau überhaupt Meisterin der Collegesport-Eliteklasse in den Vereinigten Staaten. Bild: picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Der Internationale Schwimmverband will Sportlerinnen vor einem Nachteil gegenüber Transgender-Frauen schützen und gleichzeitig Inklusion betreiben. Aber eine für alle faire Regelung gibt es nicht.

Im März hat Lia Thomas im Rennen über 500 Yards Freistil die amerikanische College-Meisterschaft gewonnen. Die Studentin, bis 2019 als Schwimmer mit überschaubarem Erfolg Teil des Männerteams der [University of Pennsylvania](#), ist die erste Transgender-Frau überhaupt, die Meisterin der Collegesport-Eliteklasse in den Vereinigten Staaten geworden ist. Ende Mai sprach Thomas in einem Fernsehinterview mit den Sendern ESPN und ABC von ihrem Ziel, 2024 an den Trials vor den Olympischen Sommerspielen in Paris teilnehmen zu können.

Nun steht fest: Dort werden weder Lia Thomas noch andere Transfrauen bei Schwimmwettkämpfen der Frauen antreten. Das verhindern die in Budapest verabschiedeten Regularien des Internationalen Schwimmverbandes FINA. Das ist der Zweck des Regelwerks.

Überlegene Trans-Sportlerinnen

Es waren insbesondere die Erfolge von Lia Thomas, auf die Schwimmerinnen, aktive und ehemalige, aber auch andere Sportlerinnen wie [Martina Navratilova](#), einst die beste Tennisspielerin der Welt, hingewiesen haben: So überlegen sind Trans-Sportlerinnen, die in der Pubertät vom Jungen zum Mann geworden sind und von der Natur mit den Nachwirkungen des begleitenden Testosteronausschusses versehen sind.

Fortan muss die Geschlechtsumwandlung mit dem zwölften Geburtstag abgeschlossen sein, ansonsten bleibt Transgender-Frauen nur das Startrecht in der „offenen Kategorie“, die FINA-Präsident Al-Musallam angekündigt hat.

Damit schützt die FINA ein grundlegendes, legitimes Interesse der Sportlerinnen, die sich im Wettkampf gegen Transgender-Frauen benachteiligt sehen. Sie schützt ein Verständnis von Fairness,

dem sich die Mehrheit der Bevölkerung anschließen wird, auch in Ländern, in denen sich Menschen weithin Toleranz zuschreiben.

Weites Feld für künftige Streitigkeiten

Toleranz aber bleibt ein sehr interpretierbarer Begriff: Die viermalige australische Olympiasiegerin Cate Campbell trat auf dem FINA-Kongress für die Richtlinie ein, nach „langer, schwieriger Debatte mit mir“, und in der Hoffnung, fortan möge sich kein „gender-diverser Teenager ausgeschlossen fühlen in einem Schwimmteam“.

Prompt warf ihr Madeline Groves, 2016 in Rio de Janeiro Campbells Olympia-Teamkollegin, vor, eine ohnehin marginale Gruppe weiter auszugrenzen. Tatsächlich betont die FINA in ihrer Außendarstellung, es gehe ihr vor allem um Inklusion – während eine Arbeitsgruppe nun Wettkämpfe in einer „offenen Kategorie“ ins Leben rufen soll. Eigene Wettkämpfe für Transfrauen? Das mag gut gemeint sein, es entspricht dem Gerechtigkeitssinn der meisten Sportlerinnen und der meisten Fans – belegt aber zugleich die Bedeutung des Wortes exklusiv.

Dass zugleich hyperandrogene Frauen von der FINA wie Transgender-Sportlerinnen behandelt werden, erweitert das Feld künftiger Streitigkeiten. Die Leichtathletin Caster Semenya wehrt sich seit Jahren mit der Unterstützung von Menschenrechtlern gegen den Zwang, ihren Testosteronhaushalt künstlich regulieren zu müssen. Und die Maßgabe, Sportlerinnen künftig auf ihre Geschlechtschromosomen zu untersuchen, reanimiert eine höchst umstrittene, teils entwürdigende Praxis, die das Internationale Olympische Komitee längst abgeschafft hatte, mit der Begründung, das erspare Ausgaben und Peinlichkeiten.

Die FINA ist mit ihrem Regelwerk in die Offensive gegangen. Über den Erfolg werden wohl auch Gerichte entscheiden. Eine Regel, die von allen als fair empfunden wird, so viel ist sicher, wird es nicht geben.

21 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/dienstpflicht-debatte-viele-argumente-dagegen-sind-nicht-stimmig-18109221.html?premium>

DIENSTPFLICHT:

Was wir für unser Land tun können

EIN KOMMENTAR VON [MORTEN FREIDEL](#)

-AKTUALISIERT AM 18.06.2022-20:25



Zwei ausscheidende Wehrdienstleistende aus der Panzerbrigade 12 verlassen ihre Unterkunft in Amberg im Sommer 2011. Bild: dpa

Viele Einwände gegen die Dienstpflicht sind berechtigt. Doch man muss schon mitten im Satz aufhören zu lesen, um aus dem Grundgesetz abzuleiten, dass sie per se verfassungswidrig wäre.

Zugegeben, man kann die Worte Dienst und Pflicht für verstaubt halten. Erst recht, wenn man sie zusammennimmt und daraus eine Dienstpflicht macht. Kein Wunder also, dass ihre Gegner genau darauf abzielen. Die Jungen Liberalen etwa finden, Steinmeiers Vorschlag eines Gemeinschaftsdienstes komme aus der „Mottenkiste“. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider, spricht abwertend von einem „Klassiker aus dem Sommerloch“. Als wäre in dem Umstand, dass etwas alt ist, automatisch schon das Urteil darüber enthalten.

Es gibt durchaus gute Argumente gegen eine Dienstpflicht. Zum Beispiel, dass es die **Bundeswehr** überfordern würde, wenn es zu viele Wehrdienstleistende gäbe. Es geht schon mit den Kasernen los. Davon hat die Armee zu wenige, um jedes Jahr Hunderttausende Heranwachsende zu beherbergen. Sie hat kaum Munition, um ihnen das Schießen beizubringen, und nicht genug Tarnfleck, um sie einzukleiden. Wer die Wehrpflicht zurück will, muss Milliarden ausgeben und Jahre warten, bis sie wieder funktioniert. Aus Sicht der Kritiker noch dazu mit zweifelhaftem Nutzen.

Was es brauche, seien keine bibbernden Wehrpflichtigen, die schon damit überfordert sind, ein Gewehr zu entsichern, sondern hoch spezialisierte Berufssoldaten. **Manche verweisen auf das Grundgesetz, das Zwangsarbeit untersagt.** Und viele heben hervor, dass Jugendlichen in der Pandemie genug abverlangt wurde. Jahre hat man ihnen durch die Maßnahmen genommen, jetzt soll nicht noch ein weiteres dazukommen.

Berufsheer und Wehrpflicht schließen sich nicht aus

All diese Einwände stimmen. Sie sind aber nur dann besonders stimmig, wenn man einiges weglässt. **Beispiel Zwangsarbeit. Im Grundgesetz steht, niemand dürfe zur Arbeit gezwungen werden. Da steht aber auch: „Außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“** Man muss schon mitten im Satz aufhören zu lesen, um aus dem Grundgesetz abzuleiten, dass eine Dienstpflicht per se verfassungswidrig wäre. Außerdem hat niemand gefordert,

dass die Feldjäger ausrücken sollen, falls sich jemand weigert, ein paar Monate im Altenheim zu arbeiten. **Warum definiert man den Willen, der Gemeinschaft zu dienen, nicht als Teil der Eignung? Wer ihn partout nicht aufbringen will, der ist eben ungeeignet. Eine Dienstpflicht wäre auch dann ein Signal, wenn sie nicht bedingungslos durchgesetzt würde.**



In einem Seniorenheim im brandenburgischen Wildau betreut ein junger Mann im Rahmen seines Bundesfreiwilligendienstes einen älteren Herrn. :Bild: dpa

Verkürzt sind auch die Argumente gegen eine **Wehrpflicht**. Die Bundeswehr mag im Moment andere Sorgen haben. **Das heißt aber nicht, dass eine Wehrpflichtarmee Unsinn ist. Die Ukraine zeigt, wozu eine solche instande ist.** Wenn Postboten und Professoren gemeinsam ihr Land verteidigen, können sie selbst einem übermächtigen Gegner standhalten. **Ein schlagkräftiges Berufsheer und die Wehrpflicht schließen sich zudem nicht aus. Sie ergänzen sich vielmehr.** Das kann man in Finnland sehen. Die Berufssoldaten sind für die komplizierten Sachen zuständig, Cyberangriffe, große Angriffsoperationen, die Luftabwehr. Reservisten und Wehrpflichtige bewachen wichtige Straßen und verhindern Sabotageakte. Nur, wenn es hart auf hart kommt, schickt man sie an die Front. Wenigstens wissen sie dann, wie man ein Sturmgewehr bedient. **Kaum überraschend also, dass es Verteidigungsfachleute gibt, die einer Wehrpflichtarmee etwas abgewinnen können.** Das wird in der Diskussion gerne weggelassen, um sie gleich abzuwürgen. Stichwort Mottenkiste.

Dann gibt es noch den Einwand, Jugendliche hätten in der Pandemie genug geleistet. Der ist am leichtesten zu entkräften. Denn eine Dienstpflicht betreffe erst künftige Generationen und nicht die, die heute 17 ist. **Sie könnte sogar befreiend wirken. Und zwar für alle, die gerne ein Freiwilligenjahr machen würden, sich aber nicht trauen, weil sie Angst haben, im Berufsleben zurückzufallen. Es kann selbst jemand vom Dienst profitieren, der am Anfang dagegen war. Weil er Menschen kennenlernt, mit denen er sonst nichts zu tun hätte, Alte, Gebrechliche, Behinderte und Leute unterschiedlicher Bildungsstufen. Weil er lernt, was sie bewegt, und dass es für viele wichtiger ist, was ein Liter Sprit an der Tankstelle kostet als ein Liter frisch gepresster Orangensaft.**

Man muss gar nicht vom Zusammenhalt der Gesellschaft reden. Man kann mit Thatcher der Meinung sein, dass es so etwas wie eine Gesellschaft nicht gibt, sondern nur eine Ansammlung von Individuen. Damit die aber friedlich zusammenleben können, müssen sie dieselbe Sprache sprechen. Damit ist mehr gemeint als die Landessprache. Sie müssen verstehen, was ihren Nachbarn umtreibt und antreibt, auch wenn sie ihn nicht zum Grillen einladen wollen. Wenn eine Dienstpflicht dazu einen Beitrag leisten könnte, wäre sie sicher nicht verkehrt – und verstaubt wäre sie schon gar nicht.

21 juin (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/resultats-des-legislatives-les-europeens-inquiets-de-la-situation-politique-francaise-20220620>

Le Figaro, mardi 21 juin 2022 539 mots, p. 11

Les Européens inquiets de la situation politique française

Rovan, Anne

LES EUROPÉENS rechignent toujours à commenter les résultats des élections dans les États membres. Et encore plus lorsqu'elles concernent un poids lourd de l'UE. Lundi matin, lors d'une entrevue avec des journalistes de la presse européenne dont *Le Figaro*, la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen, a donc balayé la question sur la défaite du parti d'Emmanuel Macron aux législatives, en choisissant de répondre à côté. Mais en faisant tout de même l'éloge de la France, qui exerce depuis janvier et jusqu'à la fin du mois de juin la présidence du Conseil de l'UE. « *J'ai été témoin d'une présidence française très forte, qui est et a été exceptionnelle, qui a été couronnée de succès en faisant avancer les dossiers du numérique, le paquet climat Fit For 55, six paquets de sanctions - c'est énorme ! -, le dossier de la migration, et maintenant je suppose le dossier du statut de candidat de l'Ukraine. Ils ont eu un énorme succès, c'est certain* », a indiqué « VDL » .

Les résultats des législatives n'en sont pas moins considérés comme inquiétants par les proeuropéens. D'abord en raison des scores très élevés de l'extrême droite et de l'extrême gauche, à un moment où l'inflation est très forte. L'Italien Enrico Letta, secrétaire du Parti démocrate et ancien président du Conseil, s'interroge. « *Les scores de Marine Le Pen sont une très mauvaise nouvelle pour l'Europe, confie-t-il. Il faut voir si c'est une tendance uniquement française ou si cela pourrait gagner d'autres pays de l'Union.* » Les prochaines législatives italiennes sont prévues dans moins d'un an, au printemps 2023. À un moment où les conséquences économiques de la guerre en Ukraine se feront sans doute bien davantage sentir dans la population italienne.

Culture du compromis

Les inquiétudes portent également sur la nécessité de l'exécutif français à jeter des ponts avec les partis d'opposition sur des textes législatifs, voire à bâtir une coalition solide. À défaut, l'Assemblée nationale pourrait être paralysée et les réformes promises à Bruxelles retardées d'autant. Celle sur les retraites, voulue par l'exécutif européen et dont dépend une partie de l'argent versé par l'UE dans le cadre du plan de relance, pourrait ainsi prendre l'eau. Or, contrairement à la quasi-totalité des autres pays de l'Union, la France - au pouvoir très vertical, quasi monarchique - n'a pas cette culture du compromis. Et elle va devoir l'acquérir très vite. « *S'il y a besoin des conseils de l'Italie, nous pouvons en donner* », souffle d'ailleurs Enrico Letta.

Comme le souligne un diplomate de l'UE, la France serait ainsi sur la voie la « *normalisation* » dans une Europe où les dirigeants des États membres multiplient les contorsions politiques. « *Ils vont regarder ce qui se passe en France avec des yeux d'entomologistes et suivront tout cela pour voir avec qui va s'allier Macron. Pour les Français, c'est un choc. Mais pour eux, c'est une normalisation. Aucun n'a la majorité absolue au Parlement, sauf Viktor Orban en Hongrie* », minimise ce diplomate. « *Si Emmanuel Macron s'allie avec un parti moins proeuropéen, bien sûr, cela suscitera des craintes* », réagit une autre source. Le président est attendu jeudi à Bruxelles pour un sommet européen. Il est peu probable qu'il évoque le sujet auprès de ses homologues.

21 juin (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/sports/athletisme/athletisme-au-sujet-des-athletes-transgenres-sebastian-coe-la-biologie-l-emporte-sur-le-genre-20220621>

Athlétisme: au sujet des athlètes transgenres, Sebastian Coe, «la biologie l'emporte sur le genre»

Publié il y a 45 minutes

Sebastian Coe, président de la Fédération internationale d'athlétisme, s'est exprimé ce lundi au sujet des athlètes transgenres. *Panoramic*

Le président de la Fédération internationale d'athlétisme Sebastian Coe a affirmé privilégier l'«équité» à l'«inclusion» concernant les règles à l'égard des athlètes transgenres participant aux épreuves féminines.

Le président de la Fédération internationale d'athlétisme Sebastian Coe a affirmé privilégier l'«équité» à l'«inclusion» concernant les règles à l'égard des athlètes transgenres participant aux épreuves féminines. *«Ma responsabilité est de protéger l'intégrité du sport féminin. Si nous devons ajuster les protocoles à l'avenir, nous le ferons»*, en précisant que s'il était poussé à choisir entre «équité» et «inclusion», il se rangerait *«toujours du côté de l'équité»*. Présent dimanche lors des mondiaux de natation qui se déroulent à Budapest, Sebastian Coe a ajouté : *«Nous voyons une fédération internationale qui affirme sa suprématie dans l'établissement des règles, de règlements et de politiques qui sont dans le meilleur intérêt de son sport. C'est ainsi que cela doit être. Nous avons toujours cru, et nous le répétons constamment, que la biologie l'emporte sur le genre et nous continuerons à revoir nos règlements dans ce sens.»*

Polémique et confusion

Le même jour, le président de la fédération internationale de natation, Husain Al-Musallam, avait **annoncé la création d'une «catégorie ouverte» pour permettre aux athlètes transgenres de concourir séparément. Dans le cadre de ces règles, la compétition masculine serait ouverte à tous.** En revanche, les athlètes nés hommes et devenus femmes ne pourront concourir dans les catégories féminines de la Fina, ou établir des records mondiaux féminins, que si elles sont devenues femmes avant la puberté. Cette décision de la Fina survient alors que le monde de la natation a été secoué par une polémique concernant la nageuse transgenre américaine Lia Thomas. L'étudiante de 22 ans, née de sexe masculin, était devenue au printemps la première nageuse transgenre à remporter un titre universitaire.

Selon les règles de la Fédération internationale d'athlétisme, les femmes transgenres doivent présenter un taux de testostérone suffisamment bas pendant au moins douze mois avant une compétition.

20 juin (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/frankreich-fuerchtet-nach-der-parlamentswahl-die-instabilitaet-ld.1689710>

Frankreich nach der Parlamentswahl: Wer hat Angst vor der Legislative?

Das Parlament hat in Frankreich traditionell eine schwache Position. Dass sich dies nun in nie da gewesener Form ändern könnte, weckt Befürchtungen und Ängste.

Nina Belz, Paris

20.06.2022, 16.47 Uhr



Die einen kommen, andere müssen gehen: Parlamentarier und Parlamentarierinnen im Innenhof des französischen Parlaments, der Assemblée nationale.

Die Stunden nach dem politischen Erdbeben in Frankreich klingen nach Apokalypse. «Wird Frankreich nun unregierbar?», fragen Radio und Fernsehen. Die Zeitung [«Le Monde»](#) erklärt, warum die Nationalversammlung nun in die Ungewissheit taucht. Und der konservative [«Figaro»](#) prophezeit: Lärmende Bataillone und Radaubröder würden sich auf beiden Seiten der Parlamentskammer einrichten und sie in einen vor Emotionen kochenden Kessel verwandeln. Für Präsident Emmanuel Macron ergebe dies das Schreckgespenst einer «toten Amtszeit». Was ist schiefgelaufen an diesem Sonntag, an dem sich mehr als die Hälfte der Franzosen gar nicht erst an der Wahl beteiligten?

Der Holzhammer ist keine Option

Bereits Macrons Wiederwahl vor zwei Monaten war in der jüngeren Geschichte Frankreichs eine Ausnahme. Doch der Verlust der absoluten Mehrheit in einer kurz darauf stattfindenden Parlamentswahl, wie Macron es am Sonntag erlebt hat, ist noch unüblicher. Seit 1958, dem Jahr, in dem die heute gültige Verfassung in Kraft trat, hat dies nur François Mitterrand erleben müssen. Aber der Sozialist umging das Problem weitgehend. Er machte in jenen fünf Jahren, in denen seine Partei zwar die grösste Gruppe im Parlament, aber keine schlagende Mehrheit hatte, von einem besonderen Mittel Gebrauch. Seine Regierungschefs beriefen sich 39 Mal auf Artikel 49.3 der Verfassung. [Dieser erlaubt es, ein Gesetz ohne Abstimmung in der Nationalversammlung als angenommen zu betrachten. Damit vermeidet man die Debatte.](#)

Das allerdings ist für den Regierungschef oder die Regierungschefin, die Macron in den kommenden Tagen oder Wochen mit der Bildung eines Kabinetts betrauen wird, keine Option. Seit der Verfassungsreform von 2008 beschränkt sich die Anwendung von Artikel 49.3 auf Gesetze, die das Staatsbudget legitimieren oder die Finanzierung der Sozialwerke betreffen. Ausserdem darf die Regierung nur noch einmal pro Parlamentssession auf den Artikel zurückgreifen. In Frankreich gibt es in der Regel nur eine Session, die von Anfang Oktober bis Ende Juni dauert. Macrons Leuten bleibt daher nur das übrig, was in Frankreich schlechte Erinnerungen weckt – und daher keine Tradition hat: das Schmieden von Koalitionen.

Die Praxis, die in vielen europäischen Ländern gang und gäbe ist, macht in Frankreich nun offenbar Angst. Die Scheu der Franzosen vor inhaltlichen Auseinandersetzungen und wechselnden Koalitionen lässt sich historisch erklären. Nach dem Zweiten Weltkrieg, unter der sogenannten Vierten Republik, hatte das Parlament mehr, der Präsident weniger Macht als heute. In Zeiten der Dekolonialisierung sowie der Konflikte in Indochina und Algerien erwies sich das allerdings als höchst ungünstig. In Erinnerung geblieben sind häufige Regierungswechsel und schliesslich eine quasi handlungsunfähige Regierung. Charles de Gaulle, der der taumelnden Staatsführung aus dem Ruhestand zu Hilfe eilte, arbeitete schliesslich eine Verfassungsreform aus und liess sie in einem Referendum vom Volk gutheissen.

In dieser Fünften Republik hat das Parlament eine gewollt schwache Position. Die seit 1958 durchgeführten Reformen, etwa die zeitliche Angleichung von Präsidentschafts- und Parlamentswahl oder die Rückkehr zum Majorzsystem, haben weiter darauf hingewirkt, die 577 Abgeordneten als Störfaktoren auszuschalten. Der Staatspräsident und seine Regierung sollen möglichst freie Hand in der Umsetzung ihrer Politik haben. Den Oppositionsparteien bleibt die Rolle der bellenden Hunde, die nicht wirklich beißen, sondern höchstens ein paar kosmetische Änderungen an den Gesetzesvorschlägen anbringen können.

Diese Konstellation erklärt zumindest teilweise Frankreichs ausgeprägte Protestkultur. In «normalen» Zeiten – ein Präsident mit Mehrheit und getreuer Regierung – können die oppositionellen Parlamentarier ein Gesetzesprojekt kaum aufhalten. Die wochenlange Lahmlegung von Teilen des Landes dagegen hat schon manchen Präsidenten zu Kompromissen genötigt. Etwas abgeschwächt wurde die Spannung zwischen Machtzentrum und Volk in den bisher drei kurzen Phasen der sogenannten Cohabitation; dabei hatte eine andere Partei als die des Präsidenten die Mehrheit im Parlament und stellte damit die Regierung. Doch auch an diese Zeiten erinnern sich die Franzosen mit gemischten Gefühlen: nicht unbedingt wegen des politischen Stillstands, sondern des vergifteten Debattenklimas wegen.

Macrons neuer Stil?

Auch Emmanuel Macron hat seinen wütenden Mitbürgern widerwillig Zugeständnisse machen müssen. Die Gelbwesten haben seinen zackigen Reformkurs ausgebremst und ihn zu zusätzlichen Ausgaben genötigt. Zugleich war sein Regierungsstil alles andere als konsensorientiert. Seine erste Amtszeit war geprägt von Entscheiden im kleinen Kreis, insbesondere während der Corona-Pandemie. Die Rentenreform versuchte er, trotz absoluter Mehrheit, mithilfe von Artikel 49.3 durchzudrücken, um die Flut an Änderungsanträgen zu umgehen. Die Pandemie bremste das Gesetzesvorhaben allerdings aus.

Die neue Nationalversammlung wird diesem Regierungsstil Grenzen setzen. Ein Vorbote des künftig sicherlich konfrontativeren Klimas im Palais Bourbon ist ein Misstrauensantrag gegen die Regierung, den Mélenchons Partei am Montag in Aussicht stellte. Gleichzeitig öffnete sich aber auch ein neues Fenster für Macrons Bewegung Renaissance. Grüne, Sozialisten und Kommunisten lehnen es ab, nach dem gemeinsamen Kampf um die Parlamentssitze auch im Parlament selbst mit Mélenchon zu paktieren. Zumindest Sozialisten und Grüne können – neben den Konservativen – mögliche Partner für Renaissance werden. Die Praxis wird zeigen, ob sich Kompromissbereitschaft erlernen lässt oder ob es in Frankreich zu der befürchteten Lahmlegung des Politikbetriebs kommt.

20 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/elections-legislatives/pour-piketty-melenchon-ne-dependera-pas-ce-qu-il-a-promis-13-06-2022-2479392_573.php

Piketty et Mélenchon, deux versions divergentes d'un même programme

L'économiste assure que le torrent de dépenses promis par la Nupes est en fait raisonnable parce qu'elles seront rognées par l'inflation. Vraiment ?

Par [Marc Vignaud](#)

Publié le 13/06/2022 à 16h21 - Modifié le 14/06/2022 à 14h36

C' est une déclaration pour le moins surprenante. Ce dimanche, [Thomas Piketty, l'économiste star de la gauche](#), a répondu à [une interview dans Le Journal du dimanche](#) pour défendre le programme de [Jean-Luc Mélenchon](#). L'auteur du *Capital au XXI^e siècle*, best-seller mondial, dénonce « l'incompétence économique » de ceux, tel [le think tank Terra Nova](#), qui ont osé critiquer le programme de Jean-Luc Mélenchon ([dont Le Point fait partie](#)).

Tranquillement, l'économiste, qui avait activement participé à l'élaboration du programme de [Benoît Hamon](#) en 2017, explique que le programme de la Nouvelle Union populaire, écologique et sociale (Nupes), qui prévoit [250 milliards de dépenses annuelles au bout de 5 ans](#), soit une augmentation de quasiment 20 % ou 10 points de PIB d'aujourd'hui, est en réalité un programme parfaitement prudent. Voire presque sous-dimensionné : si une critique peut être adressée à Jean-Luc Mélenchon, c'est qu'il la jouerait même petit bras ! « Dans un contexte d'inflation inédit qui atteint actuellement 5 % par an », nous explique [Thomas Piketty](#), un tel torrent de dépenses publiques « permet simplement de maintenir le niveau réel de la dépense publique et d'éviter des pertes de pouvoir d'achat pour les infirmières et les enseignants ».

Qui a raison ?

On aurait mal compris ? Les dépenses publiques de Jean-Luc Mélenchon seraient-elles exprimées en valeur et non, comme c'est le cas de manière classique, en volume, c'est-à-dire en plus de l'augmentation nécessaire des dépenses pour compenser les effets de l'inflation ? De deux choses l'une : soit Thomas Piketty a raison et les électeurs de Jean-Luc Mélenchon sont, d'une certaine manière, floués puisque, en réalité, ses grandes promesses seraient sérieusement rognées, et il ne dépensera pas beaucoup plus que ce que promet [Emmanuel Macron](#). Soit Thomas Piketty parle sans maîtriser son sujet, voire trompe les électeurs, dans le simple but de rassurer ceux qui pourraient voter pour la Nupes.

Sur la rémunération des fonctionnaires, Jean-Luc Mélenchon a promis une revalorisation de 10 points, ce qui va coûter 20 milliards d'euros par an. Mais, surtout, il a promis d'indexer ensuite la valeur du point sur l'inflation : autrement dit, sur cet aspect du programme, non négligeable, Thomas Piketty a clairement tort. Sur les salaires, la Nupes promet désormais une augmentation à 1 500 euros net par mois du smic, [contre 1 400 euros dans son programme initial](#), signe que les promesses sont bien indexées sur l'inflation, contrairement à ce qu'affirme l'économiste, même si ce n'est évidemment pas l'État qui paye le salaire minimum, mais les entreprises. Le smic est indexé sur l'inflation.

Quant au retour à la retraite à 60 ans, il va coûter une véritable fortune, d'autant plus que les pensions sont indexées sur l'inflation, et ce, malgré les recettes envisagées par la Nupes, surtout si Jean-Luc Mélenchon veut éviter la dégradation progressive du niveau de vie relatif des retraités par rapport à celui des actifs, comme l'ont montré les calculs d'Henri Sterdyniak, du groupe des économistes Atterrés, pour *Le Point*.

On peine à croire que, sitôt créée, l'allocation d'autonomie pour chaque jeune de 1 063 euros sera dévaluée chaque année parce qu'elle ne sera pas indexée sur l'inflation. Au bout de 5 ans, son montant serait alors toujours de 1 063 euros courants, mais vaudrait 822 euros, en euros constants. Le programme d'investissement de 50 milliards par an sera-t-il lui aussi rogné de 5 % en valeur réelle chaque année ? « Plus l'hypothèse sous-jacente d'inflation est forte plus la facture en euros constants apparaîtra faible et sous-estimée par rapport à l'importance des mesures annoncées », commente François Ecalle de Fipeco, site internet de référence sur les finances publiques.

Bref, la démonstration de Thomas Piketty ne semble pas tenir la route. Mais peut-être est-ce là tout simplement de la politique...

20 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/elections-legislatives/en-l-absence-d-une-coalition-on-ira-vers-une-crise-economique-majeure-20-06-2022-2480321_573.php

« En l'absence d'une coalition, on ira vers une crise économique majeure ! »

Pour l'économiste Christian Saint-Étienne, seul un accord entre Ensemble et LR permettra de faire les réformes nécessaires afin d'éviter la catastrophe.



Séance de questions au gouvernement sur le projet de loi de financement de la sécurité sociale, le 26 octobre 2021 à l'Assemblée nationale. © GEOFFROY VAN DER HASSELT / AFP

Par François Miguet

Publié le 20/06/2022 à 17h00

Christian Saint-Étienne, professeur titulaire de la chaire d'économie au Conservatoire national des arts et métiers, vient de cosigner une étude sur l'avenir des entreprises de taille intermédiaire pour le compte du laboratoire d'idées l'Institut du bien commun. À l'entendre, il est urgent de faire passer des réformes pour que la France puisse enfin atteindre le même niveau de compétitivité industrielle que ses grands voisins européens. Or, estime-t-il au regard de la nouvelle donne à l'Assemblée nationale, aucune réforme économique ne pourra passer si Emmanuel Macron ne parvient pas à conclure avec Les Républicains un contrat de coalition à la manière allemande. Entretien.

Le Point : Quelles peuvent être les conséquences pour l'économie du pays de l'absence de majorité au Parlement ?

Christian Saint-Étienne : Tout le monde parle de France ingouvernable, de crise de régime... Cela me surprend, car ce n'est pas du tout le constat que je fais. Selon moi, deux éléments clés ressortent de cette élection. Premièrement, **si vous calculez la somme de l'ensemble des députés des Républicains, d'Ensemble et de divers droite, vous voyez une majorité du peuple français qui est au centre droit. Et personne ne le dit ! Le deuxième enseignement, c'est que les Français ont forcé Emmanuel Macron à faire des compromis.** À chaque fois que l'on voit un compromis en Allemagne, on dit que c'est formidable, et là ce serait une mauvaise nouvelle ? En vérité, je pense que **les Français ont millimétré leur vote. Ils veulent être gouvernés au centre droit**, notamment pour la sécurité – des jeunes que l'on dit « mineurs isolés » dépouillent en ce moment des touristes dans les environs de la tour Eiffel ou à Rennes –,

la souveraineté et le développement économique, puisque le pouvoir d'achat est leur priorité. Et ils exigent une politique de compromis. Ils ont réélu Emmanuel Macron car ils ne voulaient pas de Marine Le Pen comme présidente de la République. Mais aux législatives, ils précisent le message.

Croyez-vous à une alliance LR-Ensemble ? Pour le moment, ils ne s'entendent pas...

Je ne sais pas si ça va se faire. Mais il est certain qu'il va y avoir des négociations entre les macronistes et les Républicains. Si Emmanuel Macron leur offre deux ministères régaliens et un Premier ministre issus de leurs rangs, ils diront peut-être oui. **Et je le dis en tant que centriste.** Le premier choix d'Emmanuel Macron pour le poste de Premier ministre était la LR Catherine Vautrin, avant qu'il ne nomme Élisabeth Borne sous la pression de certains de ses proches. Or, qui a été battu ? Richard Ferrand et Christophe Castaner, ceux qui s'étaient le plus opposés à sa nomination. **Il peut y avoir un contrat de gouvernement à l'allemande entre les LR et les macronistes.**

Vous attendez-vous à une hausse des écarts de taux, les fameux « spread », entre la France et les pays européens réputés plus rigoureux, comme l'Allemagne ?

Imaginons que les Républicains et les macronistes concluent un contrat de gouvernement, tout dépend de ce qu'il contient : s'il y a dedans la retraite à 64 ans ; la suppression de la C3S et de la CVAE, ces impôts de production qui grèvent notre compétitivité ; une réforme significative de l'école primaire et du collège pour que l'on cesse de s'effondrer dans les classements Pisa de l'OCDE ; et s'il y a une vraie volonté de réindustrialiser le pays, alors l'écart de taux entre la France et l'Allemagne serait très limité, voire réduit. **Dans cette hypothèse, la France recolle à l'Europe du Nord.** Si, en revanche, il y a un refus total de ce contrat de gouvernement par les Républicains, à ce moment-là, la France peut se retrouver dans une dérive de taux vers un scénario à l'espagnole ou à l'italienne. **Avec un risque encore plus fort pour la France, à cause de son déficit du commerce extérieur.** Si les Républicains et Ensemble ne s'entendent pas sur un contrat de gouvernement, on ira vers une crise économique et sociale majeure. Et si le président choisit l'option de la dissolution, cela pourrait être pire pour l'économie : le risque d'avoir 150 députés RN et 200 Nupes.

Vous êtes coauteur d'une étude pour favoriser le développement des entreprises de taille intermédiaire (ETI). Les députés Ensemble et Républicains pourraient-ils s'entendre pour faire passer certaines mesures que vous appelez de vos vœux, comme la baisse des impôts de production ?

Toutes les mesures qui sont dans notre étude pourraient parfaitement s'insérer dans un contrat de gouvernement entre LR et Ensemble. Créer un pacte Dutreil de nouvelle génération, diminuer les impôts de production, etc. **Mais pour qu'un tel accord fonctionne, il ne faudra pas que les Républicains soient considérés comme des béquilles, mais qu'ils puissent imposer une vraie transformation au pays, comme les Verts l'ont fait en Allemagne.**

Certes, mais les Républicains ont fait moins de 5 % à la présidentielle !

Je suis d'accord. Et je ne suis pas au bureau politique des Républicains. **Seulement, on est un pays qui est en crise significative.** Dans ce contexte, choisir une politique du *niet* pourrait entraîner une dissolution qui elle-même pourrait entraîner une disparition pure et simple des Républicains. Les Français pourraient être extrêmement sévères.

Malheureusement, les Bourses européennes suivent les Bourses américaines depuis trente ans. Donc on devrait voir les conséquences de l'ouverture de Wall Street cet après-midi. Cela dit, c'est un résultat qui n'est pas inquiétant pour les investisseurs. Le vrai risque, c'était la Nupes, avec 250 milliards de hausse des dépenses publiques. Et le RN avec 150 milliards de dépenses publiques. Or, ces deux programmes très destructeurs du point de vue du développement économique du pays seront au final portés par moins d'un tiers des députés. C'est de nature à rassurer la Bourse et les investisseurs internationaux. Si la France veut créer de l'emploi, elle doit développer les PME, et si elle veut faire de l'exportation, elle doit développer les grosses ETI. Les deux programmes qui étaient désastreux pour les PME et les ETI étaient ceux de la Nupes et du RN.

20 juin (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/economie/bce-leurope-somnambule-la-tribune-demmanuel-sales>

Tribune libre

«BCE : l'Europe sonnambule» – la tribune d'Emmanuel Sales

Par Emmanuel Sales

20 juin 2022 à 11h52



Il n'a pas fallu attendre longtemps pour que le resserrement monétaire commence à produire ses effets. [Les taux d'intérêt remontent](#), les crédits hypothécaires sont plus chers, les primes de crédit avec l'Italie et l'Espagne frisent des niveaux critiques. Dix ans après la crise de la zone euro, l'Europe avait-elle besoin d'une nouvelle crise auto-infligée ? [L'inflation en zone euro](#) est due à la guerre en Ukraine et aux tensions sur les chaînes de production.

Cette « mauvaise inflation » n'a rien à voir avec une « bonne inflation » tirée par la croissance et la hausse des salaires : en zone euro, à la différence des Etats-Unis, l'activité est fragile et nous ne sommes pas en situation de plein-emploi. L'Europe pénalise ainsi sa demande interne et ses investissements au moment même où elle cherche à affirmer sa « souveraineté » face aux grands empires.

Cet engrenage navrant, où des personnalités estimables nous entraînent de bonne foi, s'explique pour trois raisons : [la reprise en main de la BCE par l'Allemagne](#), l'alignement classique de Paris sur Berlin concernant la gestion de l'euro et le poids du conservatisme monétaire.

Comme l'a remarqué récemment l'économiste Nicolas Goetzmann, la décision de la BCE marque d'abord un retournement des équilibres politiques au sein de l'institution. Pendant l'ère Draghi et son « whatever it takes », le directoire avait pris l'ascendant sur les banques centrales nationales. Avec la nomination d'[un profil politique comme Christine Lagarde](#), les Allemands ont souhaité retrouver un fonctionnement « collégial » de la BCE, reflétant l'équilibre effectif des pouvoirs au sein de l'institution où les pays, à la différence de ce qui se passe à la Fed, ont le dessus sur les membres du *board*. La majorité a ainsi changé de camp.

Classiquement, la France vote dans le sens de l'Allemagne, comme un vieil époux espérant un retour de flamme d'une épouse aigrie

Projet politique. En deuxième lieu, l'euro est un projet politique et non économique. L'union monétaire a été conçue pour éviter que l'Allemagne ne suive un chemin solitaire. Classiquement, la France vote dans le sens de l'Allemagne, comme un vieil époux espérant un retour de flamme d'une épouse aigrie. Cela n'a pas empêché l'Allemagne de privilégier ses intérêts propres au cours des dix dernières années. Mais à Paris, les élites françaises regardent depuis longtemps « la grave Allemagne » avec [les yeux de Madame de Staël](#)...

Enfin, pour le meilleur et pour le pire, [les mânes de Rueff](#) continuent d'inspirer la culture monétaire française. Si les manipulations monétaires n'ont jamais fait peur à Berlin, la France, à la différence des Anglo-saxons, s'est toujours refusée à faire de la monnaie une simple variable d'ajustement. Nous avons été les derniers à quitter l'étalon-or dans les années 1930, et avant l'avènement de l'euro, chaque dévaluation était vécue comme une forme de dégradation morale. Cet inconscient monétaire continue d'agir sur le pays.

Pour l'Europe, cela ne promet rien de bon. Il y a dix ans, les politiques de déflation interne imposées à la Grèce et à l'Italie ont permis à la Chine de racheter le Pirée et de prendre pied dans les ports italiens. Que va exiger l'Allemagne cette fois-ci ? Les Iles Eoliennes ? Un grand musée d'art italien à Berlin ? Face au regain des grands empires, l'Europe devrait renforcer ses investissements et son marché intérieur. En cassant délibérément la dynamique de croissance post-Covid, la BCE et ses mandants prennent une responsabilité historique.

Emmanuel Sales est président de la Financière de la Cité.

20 juin (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/parlamentswahlen-in-frankreich-klare-abfuhr-fuer-macron-ld.1689661>

KOMMENTAR

Die Franzosen erteilen Macron eine Abfuhr – und zwingen ihn zu einer Kehrtwende

Der Ausgang der französischen Parlamentswahlen kommt einem politischen Erdbeben gleich. Präsident Macron muss nun über seinen Schatten springen und lernen, Kompromisse einzugehen.

Judith Kormann

0 Kommentare

20.06.2022, 09.15 Uhr



Die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung ist Emmanuel Macron verwehrt geblieben. Anstatt durchzuregieren, wird er nun Allianzen schmieden müssen.

Aurelien Morissard / Imago / PanoramiC

Eine schallende Ohrfeige für Emmanuel Macron – nur so lässt sich der Ausgang der französischen Parlamentswahlen interpretieren. Macrons Wahlbündnis hat die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verpasst. Das ist eine Premiere, seit in Frankreich der Wahlkalender so geändert wurde, dass die Parlamentswahlen jeweils wenige Wochen nach der Präsidentschaftswahl stattfinden. Dieses System ist darauf ausgerichtet, dem neuen Amtsinhaber eine deutliche Mehrheit zu verschaffen.

Doch Macrons Bündnis Ensemble landet mit 245 Abgeordneten sehr deutlich hinter den 289 Sitzen, die dafür nötig wären. Die Teilung des Landes in drei politische Blöcke, die die Präsidentschaftswahl zutage gefördert hatte, hat sich bestätigt.

Zweite Kraft wird Jean-Luc Mélenchons Linksbündnis Nupes. Besonders erstarkt aber ist überraschend jene Politikerin, die Macron im April in der Stichwahl unterlegen war: Die Rechtsnationalistin Marine Le Pen hat die Zahl ihrer Abgeordneten mehr als verzehnfacht. Der republikanische Schulterschluss gegen ihre Partei hat sich bei dieser Wahl aufgelöst.

Die Perspektiven fehlten

Für Macron ist der Ausgang ein Desaster. Das Signal könnte nicht deutlicher sein: Ja, die Franzosen haben ihm im April zwar eine zweite Amtszeit beschert. Ein Freibrief aber war das nicht. So weiter wie bisher, das ist für viele in Frankreich eindeutig keine Option.

Noch vor ein paar Wochen schien es, als habe der Präsident das verstanden. Am Abend seines Wahlsiegs hatte er versprochen, eine Antwort zu finden auf Wut, Zweifel und die demokratische Krise im Land. Sein zweites Mandat solle keine Fortsetzung des ersten sein, erklärte er, sondern einen völligen Neubeginn bringen.

Doch Form annehmen wollte dieser seither nicht. Vielmehr liess Macron in den letzten Wochen Perspektiven und Dynamik vermissen. Lange trat er innenpolitisch kaum in Erscheinung. In der heissen Phase des Wahlkampfs warnten er und seine Minister vor allem vor dem «Chaos», das Frankreich ohne eine solide Mehrheit des Präsidentenlagers drohe. Dazu, was sie mit dieser Mehrheit zu tun gedachten, blieben sie in vielen Fällen vage.

Mühsam verhandeln statt durchregieren

Dieses Verhalten hat sich gerächt. Die Konsequenzen sind weitreichend und nicht frei von Ironie. Macron, der «Jupiter-Präsident», jener Mann, der für sein einsames Regieren bekannt ist, dem Parlament wenig Achtung entgegenbrachte und die Gewerkschaften umging, muss nun einen radikalen Wandel an den Tag legen.

Künftig werden er und seine Regierung bei jedem ihrer Vorhaben Kompromisse suchen, Allianzen schmieden und dabei zweifellos auch Zugeständnisse machen müssen, wenn sie verhindern wollen, dass Frankreich in den kommenden Jahren in politischer Lähmung versinkt.

Leicht wird das nicht. Der Regierungspartei und ihren Verbündeten fehlen zu einer absoluten Mehrheit nicht nur ein paar wenige Abgeordnete, sondern mehr als vierzig Stimmen. Die Auswahl der möglichen Partner ist begrenzt. Die beiden übrigen grossen Blöcke, die Linksallianz Nupes – sollte sie Bestand haben – und die extreme Rechte, kommen dafür kaum infrage.

Am ehesten bieten sich die konservativen *Républicains* an. Sie brächten mit 64 Sitzen die nötige Stimmenzahl mit. Doch erst müsste sich die heterogene Partei auf die Zusammenarbeit mit Macrons Bündnis einigen. Dass das geschieht, ist nicht gegeben. Ihr Parteipräsident erklärte am Wahlabend, man wolle in der Opposition bleiben.

Frankreich begibt sich nun auf fremdes Terrain. Die Suche nach einem Konsens über die eigenen Parteigrenzen hinaus ist das Land nicht gewohnt. Zwar hat die Fünfte Republik bereits zweimal erlebt, dass ein Präsident nur mit einer relativen Mehrheit in der Nationalversammlung regieren konnte. Zur Erfahrung in Frankreich zählen auch drei *Cohabitation*-Regierungen, bei denen der Premierminister und die Parlamentsmehrheit einem anderen politischen Lager angehörten. Diese Episoden liegen allerdings zwanzig Jahre und länger zurück und waren von einem vergifteten politischen Klima gezeichnet. Nicht umsonst hatte die Anpassung des Wahlkalenders ab 2002 das Ziel, Szenarien dieser Art zu vermeiden.

Selten liess sich die Frage, wohin das Land steuert, am Tag nach einer Parlamentswahl so schwer beantworten. Vor einer völlig neuartigen Krise mag Frankreich nach dem Votum vom Sonntag zwar nicht stehen – sehr wohl aber vor enormer Unsicherheit.

19 juin (The Economist)

<https://www.economist.com/finance-and-economics/2022/06/19/peoples-inflation-expectations-are-rising-and-will-be-hard-to-bring-down>

[Finance & economics](#) | Free exchange

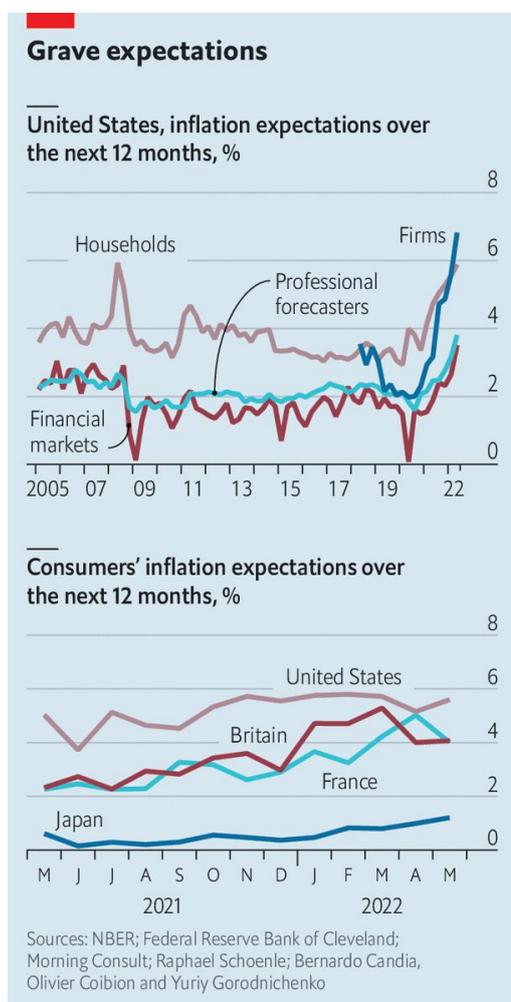
People's inflation expectations are rising—and will be hard to bring down

No one listens to central banks



Jun 19th 2022

Consumer prices across the rich world are rising by more than 9% year on year, the highest rate since the 1980s. Worryingly, there is growing evidence that the public is starting to expect consistently high inflation. Figures suggesting that Americans' medium-term expectations of inflation had risen helped set off the [market turmoil of last week](#), which culminated in the [Federal Reserve raising interest rates](#) by three-quarters of a percentage point. Central banks urgently need to convince people that they are serious about getting inflation down. But a range of evidence suggests that changing the public's mind could be extraordinarily difficult.



The Economist

The difference in views of expert and lay groups has become gaping. Bernardo Candia, Olivier Coibion and Yuriy Gorodnichenko, three economists, look at the [inflation expectations](#) of four groups in America (see chart). Those of professional forecasters and financial markets remain close to the Fed's target of 2%. But consumers' beliefs increasingly do not. They expect prices to rise by over 5% over the next year. Firms, exposed to surging commodity, wage and other input costs, expect even higher inflation.

Expectations are rising outside of America, too. A dataset put together by the Cleveland Fed, Morning Consult, a consultancy, and Raphael Schoenle of Brandeis University gauges public inflation expectations in various places. In May 2021 a respondent in the median rich country thought inflation over the next year would be 2.3%. Now they expect a rate of 4.2%.

Central banks face a problem in getting these expectations down again. This is because few people, aside from investors and financial journalists, pay much notice to what they say. A new paper by Alan Blinder of Princeton University and colleagues puts it more drily. "Households and firms have a low desire to be informed about monetary policy." A survey in 2014 found that only a quarter of Americans could pick out Janet Yellen as the then-chairwoman of the Fed, from a list of four. Four in ten Americans believe that the Fed's inflation target exceeds 10%. Small wonder that the impact of its policy announcements on inflation expectations is "muted", according to a recent study by Fiorella De Fiore of the Bank for International Settlements, and colleagues.

Nor are Americans alone. In the late 2000s researchers at the Bank of Italy assessed whether people knew what inflation was. Many had only a fuzzy understanding—with half of respondents confusing price changes with price levels. In recent years Japan has implemented forceful monetary easing in order to boost inflation. But in 2021 more than 40% of Japanese people had "never heard" of the plan, according to an official survey.

In the years before the pandemic, public apathy to monetary policy did not much matter. Inflation was low and stable. Now it matters a lot. Spiralling expectations could become embedded in wages and prices, pushing headline inflation higher still. Central bankers' conventional toolkits may do little to bring them down. Even the effect of raising interest rates is not totally clear: twice as many Americans believe that higher rates raise inflation than reduce it, according to a recent *The Economist/YouGov* poll. What more can be done? History points to several options.

One is to make drastic or unexpected announcements. This could involve raising interest rates outside of scheduled meetings—a decision taken by India's central bank in May. The European Central Bank (ecb) has used this trick in pursuit of another goal: keeping down government-bond spreads, which would otherwise threaten a debt crisis. In 2012 Mario Draghi, then the head of the bank, made an impromptu promise to do “whatever it takes” to save the euro. According to research by Michael Ehrmann of the ecb and Alena Wabitsch of Oxford University, the words generated high traffic on Twitter among non-experts, suggesting they had cut through. The genius of the statement, other research suggests, was that it focused on the end (“preserve the euro”) rather than the means (“buying bonds”), which is easier for the public to understand. The ecb has tried to repeat the trick more recently, such as by calling an emergency meeting to address widening spreads.

Others have played the long game. Paul Volcker, the Fed's chairman from 1979 to 1987, cultivated a reputation as what economists call an inflation “nutter”: someone willing to tolerate high unemployment to defeat the beast. The public eventually got the message. A recent paper by Jonathon Hazell of the London School of Economics and others argues that post-Volcker “shifts in beliefs about the long-run monetary regime” proved more important than any other factor in conquering inflation before covid-19. Andrew Bailey, the head of the Bank of England, has been trying to embrace his inner Volcker, such as by giving Britons the impression that he cares more about inflation than he does their wages.

Public enemy number one

Another solution is for politicians to get involved. This has potential drawbacks. Politicians often advocate crackpot anti-inflation schemes such as price controls. Still, they might be able to help. After all, 37% of Americans believe that the president has “a lot” of control over inflation, compared with 34% for the Fed. Jimmy Carter's appointment of Volcker in 1979 showed that he was serious about getting inflation down. In Britain, Margaret Thatcher and her henchmen talked tough on price stability; their willingness to slash government budgets probably backed up those words, by cooling the economy. Today in America, President Joe Biden says that “fighting inflation” is his “top economic priority” (though he shows less inclination to tighten fiscal policy).

Public apathy towards central banking may be a backhanded compliment to the policymakers of the 1980s and 1990s. No one needed to care about inflation when it was low. Today's policymakers are constrained by that very success. To get inflation expectations back down, then, they may need to try everything in their power to get people to sit up and listen. .

20 juin (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/06/19/emmanuel-macron-loses-his-parliamentary-majority>

Europe | Jupiter in descent

Emmanuel Macron loses his parliamentary majority

It is a shocking reversal for France's president



Jun 19th 2022 (Updated Jun 19th 2022) | PARIS

Emmanuel macron, France's recently re-elected president, has lost his [parliamentary majority](#). Early projections in the run-off legislative elections on June 19th by Ipsos, a polling group, suggested that his centrist alliance, Ensemble, had won a mere 230 seats, well short of the 289 it needed. This tally represents a collapse in support from the 350 seats Mr Macron and his allies won in 2017. The president now faces an extremely [difficult and uncertain second term](#).

Elisabeth Borne, the prime minister, looked well placed to win a seat in Normandy. But a number of Mr Macron's other close allies lost their seats, including Richard Ferrand, the parliamentary speaker, and Christophe Castaner, his former interior minister. A number of Mr Macron's ministers are now expected to resign, having been rebuked by voters.

Even in its shrunken state, Ensemble will remain the biggest party in parliament. But its poor showing means that Mr Macron's grouping is only a bit bigger than [Jean-Luc Mélenchon's radical-left alliance](#), the New Popular Ecological and Social Union (nupes). The 70-year-old former Trotskyist stitched the grouping together for these elections, absorbing the Socialists, Communists and Greens. Securing backing from voters who sought both to punish Mr Macron and to curb his powers, nupes looked set to win 149 seats.

Mr Mélenchon had campaigned with the slogan: "Mélenchon, prime minister". Even before the vote, Mr Macron had ruled this out. But nupes will not only replace the centre-right Republicans as the main parliamentary opposition; it will now represent a serious parliamentary force that will seek to block any legislation it dislikes. Mr Mélenchon's result is a coup for the French left, which has for years been plagued by internal squabbling. For once the different left-wing parties put aside their many policy differences, over matters such as Europe or nuclear power, in order to forge a counter-force to Mr Macron.

The biggest surprise of the evening was the result achieved by Marine Le Pen's National Rally. The nationalist-populist party pulled off its best legislative result ever, looking well placed to win a massive 85 seats, a ten-fold increase on the eight it won in 2017, and more even than the Republicans. nupes is a coalition; National Rally looks likely to be a bigger parliamentary force than any of its constituent parties. This confirms the transformation of French party politics into three blocks: the centre, which Mr Macron dominates; the radical left and the nationalist right.

The result is a serious and astonishing blow for the French president. Before heading off last week on a tour of eastern Europe, including Ukraine, Mr Macron had called on voters to give him a “solid majority” in order to bring stability at an uncertain time. It was not to be. Voters seemed set on constraining the president’s ability to do what he wants, and on forcing him to govern differently and take into account other political views.

Mr Macron now faces tricky choices for his second term, among them whether to replace his (brand new) prime minister. One option for the president will be to try to rule with a minority government, as Michel Rocard, a former prime minister, did under François Mitterrand in 1988-1991. Rocard, though, made use 28 times of a constitutional provision known as 49-3, which enabled him on numerous occasions in effect to bypass parliament. The rules governing that provision have become much stricter: apart from legislation concerning the budget, it can be used only once during each sitting of parliament. Mr Macron would need instead to lean heavily on ad hoc support for legislation from other deputies, if he can find it.

An alternative would be for the president to try to form a coalition, with all the political compromises that implies. Together with the Republicans and their right-of-centre associates, who are estimated to have won around 78 seats, he would theoretically have a majority. Yet ahead of the second round, they refused to call on their supporters to back Mr Macron’s candidates against those of Mr Mélenchon’s nupes. Many of the party’s moderates defected to Mr Macron’s camp long ago. Discussions over personnel and policy would be difficult.

Neither option would make for stable government or sound policymaking. Mr Macron may well have to bin or rework some of his signature pledges, among them a plan to raise the retirement age from 62 to 64 or 65. The enthusiasm with which voters have backed Mr Mélenchon, who had promised to lower the pension age to 60, gives a hint of public sentiment about Mr Macron’s plan. Thanks to the *gilets jaunes* uprising, covid-19, Russia’s invasion of Ukraine and the associated resurgence in inflation, the 44-year-old president had a turbulent first term. His second looks likely to be more tumultuous still.

20 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/postillon/les-lecons-explosives-des-legislatives-19-06-2022-2480213_3961.php

Les leçons explosives des législatives

ÉDITO. La tempête anti-élites souffle de plus belle sur la France. Le quinquennat d'Emmanuel Macron serait-il déjà fini à peine entamé ?

Par Sébastien Le Fol

Publié le 19/06/2022 à 22h45 - Modifié le 19/06/2022 à 23h38

Qu'arrive-t-il à la France ? Le 24 avril, elle reconduisait un président modéré à l'Élysée. Ce 19 juin, dans un élan furieux et rageur, elle fait entrer en masse des forces politiques radicales à l'Assemblée nationale. Et cela, sans même le scrutin proportionnel...

La tempête anti-élites ne s'est pas calmée. Elle souffle de plus belle. Le pays a sombré dans une grande dépression. Il paraît, ce dimanche soir, ingouvernable. Notre avenir européen est plus que jamais incertain. Les réformes structurelles indispensables et la reprise en main des finances publiques s'éloignent. Si ce n'est un burn-out politique, cela y ressemble.

Emmanuel Macron savait qu'après avoir bénéficié du dédagisme il risquait bien de le subir. Dimanche, les Français ont décidé de le freiner et de limiter son pouvoir. Sa majorité n'a pas perdu, mais elle n'a pas non plus gagné. Pas de majorité absolue et une majorité relative incertaine. Les figures emblématiques de la macronie (le président de l'Assemblée, Richard Ferrand, et le président du groupe macroniste, Christophe Castaner, excusez du peu !) ont été battues ainsi que certains ministres du gouvernement d'Élisabeth Borne comme Amélie de Montchalin.

Macron n'est plus maître de son destin

Le président de la République n'est plus maître de son destin. Quant aux horloges, c'est à voir. Son quinquennat serait-il terminé à peine entamé ? Sa majorité sera forcément moins macroniste. Et il lui faudra parvenir à constituer des coalitions. Avec qui ? Un dernier carré de droite, quelques centristes et une poignée de socialistes non mélenchonisés ? À cette heure, il est encore trop tôt pour le dire.

Si cela est possible, la macronie va devoir apprendre le sens du compromis et cette « humilité » qu'elle revendique, mais dont elle est dépourvue. Le vote des Français peut-être perçu comme révolutionnaire. Il peut aussi s'interpréter comme un geste de défiance à l'égard d'un pouvoir vertical et technocratique.

Autant la précédente assemblée était sage, presque effacée, avec ses représentants macroniens de la société civile tenus en laisse. Autant la nouvelle s'annonce explosive. Très politique en tout cas. Jean-Luc Mélenchon n'y siègera pas. Il a néanmoins réussi son tour de passe-passe politique. Au fil de la campagne, son discours s'est fait toujours plus séditieux et douteux. Marine Le Pen, elle, siègera au Palais-Bourbon. Sans vraiment mener campagne, elle a mené sa formation politique à un niveau jamais atteint.

Et si, ce 19 juin, elle avait pris une sérieuse option sur la présidentielle de 2027 ?

17 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/environnement/secheresse-et-nucleaire-une-flambee-de-fantasmes-17-06-2022-2479946_1927.php

Sécheresse et nucléaire : une flambée de fantasmes

Le réchauffement climatique n'affecte qu'à la marge le fonctionnement des centrales, qui peuvent fonctionner... même en plein désert. Explications.



Notre parc nucléaire serait incompatible avec le réchauffement climatique. C'est un peu plus compliqué que ça...© Mourad ALLILI / MAXPPP

Par [Géraldine Woessner](#)

Publié le 17/06/2022 à 12h00

C' est un « marronnier » qui revient chaque été, en période de sécheresse comme de canicule : la production des centrales, l'environnement, et surtout la sûreté seraient en péril, et notre parc nucléaire serait incompatible avec le réchauffement climatique. « Il se trouve que le nucléaire, ça ne fonctionne pas quand il fait chaud ! » s'est récemment alarmé, sur [France Bleu](#), le leader de la Nupes Jean-Luc Mélenchon, [partisan d'une sortie complète du nucléaire dès 2045](#).

Mais comment expliquer, dès lors, qu'une centrale nucléaire fonctionne à Abou Dhabi, où la température dépasse fréquemment les 40 degrés ? Comment expliquer que la plus grande centrale des États-Unis soit installée au cœur du désert de l'Arizona, loin de toute source d'eau... ?

[La peur de canicules à venir](#) qui assécheraient les fleuves au point de rendre impossible le refroidissement des réacteurs, mettant soit l'environnement, soit (au pire !) nos vies en péril, figure au Panthéon des craintes diffuses entourant le nucléaire. Elle est pourtant largement infondée, ne s'appuyant – nous allons le voir – sur aucune réalité physique.

Pourquoi la production s'arrête-t-elle ?

Lorsque les températures augmentent ou que la sécheresse s'installe, plusieurs types de problèmes peuvent survenir. En premier lieu, la température des fleuves dans lesquels les centrales prélèvent l'eau de leur système de refroidissement augmentant, le rejet de cette eau réchauffée par le réacteur peut devenir dommageable pour la faune et la flore.

Ensuite, le débit des fleuves peut baisser de manière importante, accentuant les problèmes de température de l'eau, rendant (du moins s'imagine-t-on) impossible le prélèvement d'eau pour

refroidir la centrale. Chacun de ces problèmes pouvant forcer un ralentissement, voire un arrêt de la production, certaines ONG soutiennent que d'ici à 2050, si le débit des fleuves baisse de 10 à 40 % (comme le redoute le ministère de l'Écologie), le maintien du parc deviendra trop risqué. C'est pourtant faux...

La température des fleuves

La vague de chaleur qui frappe la France depuis quelques jours n'a entraîné aucun arrêt. Sur les 56 réacteurs que compte notre parc, 27 sont actuellement arrêtés, 12 car ils rencontrent un problème de corrosion qui doit être réparé, et les autres pour maintenance (la période estivale étant privilégiée pour ces opérations). Un seul réacteur a dû réduire sa production en raison de la vague de chaleur : il est situé à Saint-Alban, au sud de Lyon, à un endroit où le débit du Rhône est descendu à 330 m³/seconde. Ce niveau ne menace pas la sécurité de la centrale, mais potentiellement la faune et la flore.

Pour refroidir son système, ce réacteur « prélève » 50 m³ d'eau par seconde. Plus de 99 % de cette eau retourne très rapidement au fleuve, mais « réchauffée » à la sortie du condenseur. Pour préserver les écosystèmes, l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) a fixé pour chaque centrale des seuils de température à ne pas dépasser. À Saint-Alban (où, comme partout, des capteurs surveillent la température à plusieurs endroits, en amont comme en aval), la température augmente de 8 degrés au contact du condenseur, puis diminue rapidement lorsqu'elle se dilue dans le fleuve. Les seuils fixés à Saint-Alban exigent donc que la température du Rhône n'augmente pas de plus de 3 degrés au moment de la dilution, et que la température globale des eaux ne dépasse pas 28 degrés. Le débit étant moindre actuellement, et la dilution moins efficace, EDF a donc diminué la puissance de son réacteur : d'une capacité de 1 300 MWh, il est passé quelque 6 heures par jour à 300 MWh, réduisant la chaleur évacuée par quatre.

0,3 % de pertes de production sur 20 ans

Ces seuils sont fixés par l'ASN en fonction des études environnementales accumulées depuis 40 ans, et diffèrent pour chaque site. La centrale du Bugey, également située sur le Rhône, est amenée plus fréquemment à réduire sa production, comme celle de Golfech, en bord de la Garonne, un fleuve particulièrement affecté par le réchauffement climatique (il arrive que l'eau atteigne 28 degrés en aval de la centrale.)

Mais ces arrêts, s'ils sont largement commentés par la presse, représentent une infime partie de la production nucléaire : les pertes de production liées à la chaleur ont représenté 0,3 % du total d'électricité nucléaire produite ces 20 dernières années. Lors de la canicule de 2003, ces pertes ont représenté 1,2 % de la production. Cela dit, il est indéniable que ces périodes d'indisponibilité augmentent, à mesure que s'aggrave le réchauffement climatique... Très ponctuellement, selon RTE, l'indisponibilité a déjà pu atteindre 10 % de la capacité installée. Une récente étude, publiée dans *Nature Energy*, estime que les pertes de production mondiales liées aux indisponibilités climatiques pourraient atteindre près de 2 % en 2100.

Des dérogations limitées à 1 degré, sous étroite surveillance

Actuellement, la réglementation peut autoriser, en cas de situation exceptionnelle et au cas par cas, un dépassement du seuil de température en aval de 1 degré supplémentaire par rapport au seuil fixé. De telles autorisations ont été accordées en 2003, puis en 2006, sans impact observé sur

la faune et la flore. « Dans le même temps, la surveillance des écosystèmes a été renforcée », précise Cécile Laugier, directrice de la production nucléaire en charge de l'environnement chez EDF. « Depuis quarante ans, nous avons accumulé une batterie de données sur les fleuves, que nous développons avec l'Inra, notamment, dans des projets de recherche. L'effet du réchauffement climatique se voit clairement, avec des espèces thermophiles qui remontent vers le nord... Nous voyons aussi à quel point, en trente ans, la qualité de l'eau s'est améliorée. » Mais à terme, le réchauffement climatique s'accéléralant et les épisodes de canicule et de sécheresse devenant de plus en plus fréquents, des adaptations du parc seront nécessaires...

La perte de débit des fleuves peut-elle poser problème ?

Il existe en France deux types de réacteurs, dont le fonctionnement même n'a pas le même impact sur l'environnement.

Les uns, situés en bord de mer ou d'un fleuve à large débit, fonctionnent en « circuit ouvert » : cela veut dire que l'eau prélevée dans le fleuve pour leur refroidissement est directement rejetée à sa source. En moyenne, 50 m³/d'eau par seconde sont détournés du fleuve, refroidissent le système, et retournent immédiatement (réchauffées de 4 à 8 degrés) se diluer dans les eaux. Compte tenu des volumes d'eau, pour les 18 réacteurs situés en bord de mer, aucun problème ne se posera jamais (c'est la raison pour laquelle la centrale de Barakah à l'ouest d'Abou Dhabi, située au bord du golfe Persique, fonctionne sans accroc). Pour les réacteurs situés en bord de fleuves importants, comme le Rhône dont le débit moyen varie de 600 à 900 m³/s, de ponctuels problèmes surviendront (liés à des variations saisonnières), mais sans réelle inquiétude.

Au bord des fleuves ou des rivières dont le débit est plus faible, les centrales fonctionnent en « circuit fermé » : cela veut dire que seuls 2 mètres cubes d'eau par seconde sont prélevés pour compenser l'eau qui s'évapore des tours aéroréfrigérants. Ce système de refroidissement utilise l'air ambiant, et non l'eau, épargnant les cours d'eau. « Il faut tout de même ajouter et rejeter un peu d'eau pour éviter que le circuit ne s'encrasse », précise Cécile Laugier. « Cela apporte un échauffement minime des fleuves, de l'ordre de quelques dixièmes de degré. » En France, 30 réacteurs fonctionnent en circuit fermé – et ne poseront aucun problème de sûreté, même si le débit des cours d'eau tombait à 20 m³/s.

Et l'avenir ?

À l'avenir, une poignée de centrales pourraient en effet être contraintes de fermer, notamment celle de Golfech, la Garonne étant particulièrement affectée par les effets du réchauffement climatique. Mais pas pour des raisons de sûreté : les centrales françaises sont toutes conçues selon le principe de la redondance, qui consiste à imaginer que « le dispositif principal va tomber en rade », selon le mot du directeur de la centrale de Cattenom. Chaque centrale dispose donc d'une autre prise d'eau, pour refroidir le réacteur au cas où l'impensable se produirait. Chez EDF, un service climatique interne abrite une dizaine de chercheurs permanents, chargés d'élaborer, en lien avec leurs confrères du Giec, les meilleures prévisions à long terme. « Pour un fleuve comme le Rhône, les pronostics ne sont pas catastrophiques à horizon 2050 », détaille Cécile Laugier. « Ce qui est inhabituel cette année, c'est la précocité de l'épisode... »

Mais ces travaux pèseront lourd sur le renouvellement du parc. Si le nouvel EPR, situé à Flamanville, en bord de mer, reste en circuit ouvert, les futurs réacteurs placés en bord de fleuve fonctionneront tous en circuit fermé. « Techniquement, il n'y aura pas de difficulté », confirme

l'ASN. L'adaptation aux nouvelles conditions climatiques est, et restera, un sujet technique : aux États-Unis, la plus grande centrale nucléaire du pays, celle de Palo Verde, en plein désert d'Arizona, est refroidie par... les eaux usées de la ville de Phénix. Le système conçu en 1976 les achemine par un tuyau de 46 kilomètres vers un immense réservoir, où des espèces animales se sont depuis développées.

13 juin (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/06/14/432831-linflation-cheval-de-troie-du-dirigisme>

14 juin 2022

L'inflation, cheval de Troie du dirigisme

Pierre Robert

Face à l'inflation qui s'emballle le gouvernement Borne joue l'autruche et la BCE est paralysée

Publié le 14 juin 2022

La **BCE** a manifestement été surprise par la dynamique que suit l'inflation dans la zone euro depuis quelques mois. Encore accélérée avec la guerre en Ukraine, elle y a atteint 8,1 % sur un an en mai, ce qui ne s'est jamais produit depuis l'instauration de la monnaie unique. Ce rythme est quatre fois supérieur à l'objectif de 2 % assigné à la banque centrale. En Pologne il dépasse même les 12 %.

Aux États-Unis la hausse des prix à la consommation s'est encore accélérée le mois dernier. En mai l'indice de référence (CPI) a augmenté de 1,0 % après une hausse de 0,3 % en avril. Sur un an, il affiche un bond de 8,6 %.

Avec 5,2 % en rythme annuel le chiffre français peut sembler meilleur que celui de ses voisins mais ce résultat est trompeur car ce sont les boucliers tarifaires pour le gaz et l'électricité ainsi que la baisse des taxes sur le carburant, qui ont limité l'inflation chez nous. Cette déformation par l'État de la structure des prix s'est traduite pour la seule énergie par 25 milliards d'euros de dépenses supplémentaires qui ont encore alourdi notre dette publique. Comme toujours, ce type de mesures ne règle rien mais ne fait que reporter le problème dans le temps.

Pour adoucir la pilule l'administration manie aussi la carotte (en multipliant les chèques sans provision à destination des ménages à faibles revenus) et le bâton en menaçant les entreprises de sanctions si elles s'avisent de profiter de la situation.

Barrage contre le Pacifique

C'est dans cet esprit que **madame Borne** a déclaré le 7 juin sur France Bleu qu'allaient être lancés des contrôles « *pour s'assurer qu'il n'y ait pas certaines personnes qui, de façon opportuniste, profitent de cet environnement général d'inflation pour aussi augmenter leurs prix quand il n'y a pas de raison* ».

Si ce genre de consignes est effectivement suivi on voit tout de suite que leur effet immédiat sera d'aggraver la pénurie et donc de faire grimper encore un peu plus les prix.

Mais on perçoit surtout le caractère dérisoire de la mission de ces inspecteurs gadget face à l'ampleur du phénomène. Hermann Rauschnig dans *Hitler m'a dit* rapporte que lorsqu'on lui parlait d'inflation Adolf Hitler répondait : « *J'envoie mes sections d'assaut* » pour mater les commerçants récalcitrants. Les paroles de madame le Premier ministre sont comme une sorte de prolongement très adouci de tels propos. Elles peuvent plaire aux ménagères mais ne sont pas crédibles. Dans notre démocratie ce n'est pas en admonestant les entreprises, en leur faisant la morale, qu'on a la moindre chance de faire reculer l'hydre qui a bien d'autres têtes.

C'est de la pure communication en période d'élections.

Le retour de l'hydre

À ce stade, les mesures déployées par le gouvernement ne peuvent pas soigner le mal en profondeur parce que ses causes sont durables. Si la reprise concomitante sur tous les continents en 2021 puis la guerre en Ukraine ont contribué à la hausse des prix, le processus est déterminé par des forces puissantes qui dépassent de loin ces causes conjoncturelles.

La première est qu'avec la crise sanitaire et le retour du risque géopolitique, ce que les économistes appellent la division internationale des processus productifs (DIPP) a du plomb dans l'aile. Or, en mettant les producteurs sous la pression d'une concurrence planétaire, c'est la mondialisation qui a été la cause principale de la désinflation des trois dernières décennies. Quand le monde se cloisonne et [se fragmente](#) en camps rivaux, mécaniquement la concurrence diminue.

À cela s'ajoute le renversement des facteurs démographiques.

En même temps que la Chine devenait l'usine du monde et qu'émergeaient en Asie de nouveaux pays industrialisés la population active mondiale s'est accrue de centaines de millions de personnes. La pression à la baisse sur le coût du travail non qualifié qui en a résulté a longtemps tiré salaires et prix vers le bas mais ce processus a pris fin.

La population active chinoise diminue chaque année de 7 millions de personnes. Cette contraction brutale associée au vieillissement des pays occidentaux augmente la rareté et le coût du travail, ce que traduit déjà la pénurie de main-d'œuvre dans de nombreux secteurs.

Le monde devient donc structurellement inflationniste, d'autant plus qu'à ces puissants facteurs s'ajoute la hausse des prix de l'énergie. Son prix a longtemps été artificiellement bas parce qu'il ne tenait pas compte des dégradations du climat et de l'environnement, autant d'externalités négatives qu'on s'efforce aujourd'hui de réintégrer dans le calcul des agents économiques. Dans l'UE, au nom de la transition énergétique, s'est imposée une volonté délibérée de forte hausse du coût des énergies fossiles qui se répercute sur les prix de tout ce qu'elles permettent de produire. Cela étant posé on peut ensuite verser des larmes de crocodile en déplorant le renchérissement de toutes choses. Selon la célèbre formule de Bossuet « *Dieu se rit des hommes qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes.* »

L'arroseur arrosé

Confrontées à un tel désalignement des planètes, les banques centrales se révèlent impuissantes.

Pendant des années elles ont inondé le monde de liquidités pour cautionner les politiques interventionnistes des États.

[Comme le note](#) François Lenglet, « *Elles sont en partie responsables de l'inflation actuelle, avec leur politique de création d'argent massive. L'inflation, au-delà des causes structurelles mentionnées plus haut, c'est la facture du « quoi qu'il en coûte* ». On redécouvre brutalement la pertinence du monétarisme, après l'avoir balayé avec des billevesées comme la « *théorie monétaire moderne* » de Stéphanie Kelton, qui prétendait qu'on pouvait faire chauffer à blanc la planche à billets sans risque. »

Pour le dire dans les termes de Pierre Dac, « *Il est plus facile de faire sortir le dentifrice du tube que de l'y faire rentrer.* »

Le très haut niveau d'endettement de tous les agents, publics comme privés, empêche aujourd'hui les autorités monétaires de relever fortement et rapidement leurs taux directeurs sans provoquer un krach

obligatoire et plonger les économies dans la dépression. Or c'est ce qu'elles devraient faire pour avoir une chance de modérer la hausse des prix. Dans le cas de la BCE s'ajoutent des contraintes supplémentaires liées au maintien de la cohésion de la zone euro. Éviter que ne se creusent les écarts de taux entre les pays membres est une entrave de plus à son action.

La tentation autoritaire

Les moyens traditionnels de la BCE étant devenus inopérants, la tentation est grande de lui faire endosser un autre rôle, en lien avec une intervention systémique des États qui vont faire de l'énergie le laboratoire de la planification.

À bas bruit s'installe l'idée d'une [Banque Centrale providence](#) dont la mission principale ne serait plus la stabilité des prix mais la répartition « équitable » de la facture inflationniste.

Dans cette perspective esquissée par Éric Monnet promu [meilleur jeune économiste](#) de France par *Le Monde* et le Cercle des économistes, elle serait chargée de gérer le conflit de répartition inhérent à tout processus inflationniste de manière qu'il n'y ait ni perdant ni gagnant.

Cela suppose une économie complètement administrée et centralisée.

De gardienne de la stabilité des prix, ce qui est aujourd'hui [son objectif principal](#), la banque centrale deviendrait donc l'arbitre suprême de tous les conflits de répartition et le soutien des politiques environnementales et sociales de l'UE.

Les velléités de madame Borne de contrôle renforcé des prix ne seraient alors que la manifestation superficielle d'un projet bien plus vaste visant à faire de la BCE un organisme non élu dépassé par la situation, une tour de contrôle de toutes les activités économiques.

Cette utopie constructiviste signerait la fin de la liberté des acteurs privés. Sous couvert de démocratisation, elle est la marque d'une vision totalitaire de la marche des sociétés.

Éviter le pire

On peut encore éviter le pire mais rustines, belles paroles et vœux de l'esprit ne feront pas disparaître l'inflation.

La priorité aujourd'hui est de ne pas verser dans une très forte inflation comme celle que connaît la Turquie avec un taux annuel dépassant les 70 % ou, pire encore, dans l'hyperinflation comme celle qu'a subie l'Allemagne dans les années 1920.

Pour écarter ce scénario et échapper à la faillite des États, il faut absolument proscrire une indexation systématique des revenus sous peine d'alimenter en permanence la spirale infernale des salaires et des prix.

Dans une optique libérale, il faut aussi maintenir le degré le plus élevé de concurrence possible entre les entreprises, rogner leur pouvoir de marché et continuer à lutter contre les monopoles, en particulier ceux des géants du numérique. Avec le retour en force des velléités de planification on n'en prend malheureusement pas le chemin.

Inflation, inégalités et pauvreté

Les grands gagnants de la période libérale qui se termine, ouverte par la chute du Mur en 1989, ont été le capital et l'épargnant. L'inflation, la démondialisation, la montée des tensions géopolitiques, la poussée des salaires nominaux sont autant de facteurs qui vont coûter cher au capital comme cela a toujours été le cas dans l'histoire. Il suffit de lire *Le capital au 21ème siècle* pour s'en convaincre.

De puissants facteurs vont donc jouer en faveur de la réduction des inégalités de patrimoines et de revenus comme le souhaitent ardemment tous les émules de Thomas Piketty mais ce n'est pas une bonne nouvelle pour le pouvoir d'achat du plus grand nombre.

C'est synonyme d'appauvrissement généralisé. Ni les chèques de soutien du niveau de vie des plus démunis, ni le blocage des prix, ni les contrôles renforcés qu'envisage le gouvernement Borne ne sont en mesure de l'empêcher.

13 juin (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/international/le-char-panther-nouveau-caillou-dans-le-jardin-des-projets-franco-allemand>

Coup de canon

Le char Panther, nouveau caillou dans le jardin des projets franco-allemand

Par [Luc André](#)

14 juin 2022 à 6h00

Le groupe allemand Rheinmetall a présenté lundi son nouveau char lourd, le KF51 Panther, au salon Eurosatory. Un concurrent du futur blindé franco-allemand, toujours en phase d'étude en raison d'une mésentente entre industriels



Le char de combat Panther KF51.

Rheinmetall - Capture d'écran

[Rheinmetall](#) a frappé un grand coup lundi au salon des industries de défense Eurosatory. Le géant allemand a profité du rendez-vous parisien pour présenter un char lourd de nouvelle génération, le KF51 Panther, développé en toute discrétion. Le blindé constitue la première réponse occidentale au T-14 Armata lancé par l'armée russe. Il se distingue par un canon de 130 mm offrant « une puissance de feu supérieure contre toutes les cibles mécanisées actuelles et prévisibles », selon Rheinmetall. Le véhicule de 59 tonnes intègre une foule d'innovations, notamment un système de reconnaissance intégré par drone. Rheinmetall prévoit même à l'avenir une version complètement téléguidée.

Le lever de rideau opéré au parc des expositions de Villepinte consacre par ricochet les difficultés du projet de char franco-allemand MGCS. Lancé par Paris et Berlin peu après l'arrivée d'Emmanuel Macron au pouvoir en 2017, il n'en est qu'au stade des études, embourbé dans les querelles entre industriels. Rheinmetall fait d'ailleurs partie du consortium MGCS, mais le groupe s'est fait écartier des décisions stratégiques par KNDS, qui regroupe l'allemand KMW et le français Nexter. Avec le KF51, Rheinmetall joue sa propre partition et pourrait torpiller les efforts franco-allemands.

Alors que [la guerre en Ukraine a mis les commandes militaires tout en haut des agendas politiques en Europe](#), le KF51, disponible avant la fin de la décennie, a un coup d'avance. Il offre une solution aux pays souhaitant moderniser leurs arsenaux face à la menace russe, sans attendre le MCGS, prévu au mieux pour 2035 — un calendrier jugé optimiste au regard de la lenteur du développement.

« **Plan B** ». Le char franco-allemand n'est pas le seul projet de défense bilatéral à ramer. Voilà quelques jours au Paris Air Forum, le patron de Dassault Eric Trappier disait ne plus croire à une livraison du [futur avion de combat Scaf](#) en 2040, mais viser plutôt 2050. Le projet est entré dans la phase d'études détaillées, avec un budget de 3,6 milliards d'euros pour cette étape. Mais, l'avionneur Dassault, chef de file industriel, et Airbus, qui porte la casquette des intérêts de l'Allemagne — et de l'Espagne, l'autre partenaire —, n'arrivent pas à mettre à plat leurs divergences. Du coup, le programme est à l'arrêt.

Côté français, l'annonce de l'achat par l'Allemagne de chasseur F-35 a fait germer des doutes sur la participation allemande, malgré les engagements d'Olaf Scholz. Le parlement allemand, qui doit valider toute commande militaire supérieure à 25 millions d'euros, compte bien empêcher tout ce qui pourrait s'apparenter à un cavalier seul français. Eric Trappier ne cache pas avoir « un plan B » si le Scaf devait échouer.

La situation n'est pas meilleure du côté de la mise à jour à mi-vie de l'hélicoptère de combat Tigre, aussi initiée en 2017. En décembre dernier, la France a finalement conclu une coopération avec l'Espagne, lassée des réticences allemandes. La Bundeswehr n'est pas sûre d'améliorer, malgré sa modernisation, la disponibilité de ce matériel. Fin avril, la ministre de la Défense Christine Lambrecht avait révélé que seuls neuf des 51 exemplaires sont actuellement en capacité de voler, en raison de fastidieuses procédures de maintenance. La République fédérale a jusqu'à la fin juin pour rejoindre ou non le duo franco-espagnol. La France a finalement commandé seule un missile air-sol pour cet hélicoptère. Enfin, les choses coïncident aussi sur le développement d'un avion de patrouille maritime et d'un système d'artillerie commun.

13 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/debats/quand-les-asiatiques-sont-punis-pour-leur-reussite-13-06-2022-2479341_2.php

Quand les Asiatiques sont punis pour leur réussite

Aux États-Unis, de plus en plus d'universités abandonnent la sélection au mérite. La « minorité modèle » que sont les Asiatiques est la première à en pâtir.



Aux États-Unis, les Asiatiques partent avec énormément plus de chances d'être acceptés par les universités d'élite que les autres catégories ethniques. © Guillaume BONNEFONT / MAXPPP / IP3 PRESS/MAXPPP

Manu Sarna pour Quillette** (traduction par Peggy Sastre)*

Publié le 13/06/2022 à 12h00

Quand il est question des Asiatiques aux États-Unis, deux vérités sont tues.

La première : les Asiatiques y sont, en moyenne, une minorité modèle. J'utilise l'expression « minorité modèle » à dessein, car elle est devenue aussi courante que chargée : tantôt utilisée de façon péjorative, tantôt laudative.

La seconde : la discrimination anti-Asiatiques est réelle et institutionnelle. Si j'use du terme « institutionnel », c'est en référence aux politiques calculées des grandes institutions dont les conséquences affectent de manière disproportionnée les Asiatiques.

La triste réalité est que la première vérité – loin d'être célébrée – semble être la cause de la seconde.

Avant toute chose, j'admets que le terme « Asiatique » représente une classification très large. Son ampleur signifie qu'elle est remplie de moyennes. Cette catégorie comprend une multitude d'ethnies, de langues et de cultures. Je l'utilise principalement pour désigner les personnes originaires d'Asie du Sud et de l'Est vivant aujourd'hui aux États-Unis. Si je m'en sers, c'est uniquement parce qu'elle est la meilleure catégorisation de données dont nous disposons. Démographiquement, le qualificatif désigne **principalement les Chinois, Indiens et Philippins, qui représentent environ 60 % des Asiatiques aux États-Unis. J'évite d'employer « BIPOC » (Black, Indigenous and People of Color : Noirs, autochtones et personnes de couleur), car il est inutile au moins sur trois fronts. Premièrement, il laisse entendre que toute pigmentation de la peau est le principal moteur du racisme. Ensuite, il s'agit d'un gros fourre-tout pour lequel on ne dispose d'aucune donnée digne de ce nom. Enfin, et pire encore, l'expression « personnes de couleur » est infantiliste.**

Fondamentalement, une « minorité modèle » indique un groupe constitué de citoyens productifs et respectueux des lois. Commençons par les taux de **criminalité** et d'incarcération. Selon le ministère américain de la Justice, par rapport à ce qu'ils représentent dans la population totale, les Asiatiques commettent des crimes violents à un taux 0,2 fois moindre. Soit le taux le plus bas de tous les groupes analysés. Et selon une marge substantielle.

Dire qu'un groupe est productif signifie qu'il est un contributeur net au bien-être financier du pays. **Selon les statistiques du Bureau américain du travail, les Asiatiques demandent moins de prestations sociales et ont des revenus plus élevés (selon les données de recensement) que tout autre groupe.** En outre, selon ces mêmes données du recensement, les Asiatiques ont les taux les plus élevés de propriété d'entreprises (et de croissance) et doivent le gros de leur réussite à leur travail acharné et à leur capital. Pour sa part, le Centre américain des données statistiques en éducation constate que 15 % des diplômés dans les disciplines professionnelles à forte rémunération (droit, dentisterie, pharmacie, médecine, etc.) ont été décernés à des Asiatiques, alors qu'ils ne représentent que 6,3 % de la population. Selon la National Community Reinvestment Coalition, les Asiatiques sont, sans surprise, à la tête d'une authentique fortune. À ce stade de l'article, je suis sûr que bien des lecteurs (qu'ils soient ou non asiatiques) s'offusquent d'un tel étalage de stéréotypes. Sauf que les stéréotypes ont plus qu'un semblant de vérité.

La culture n'est pas un jeu à somme nulle

Il importe de comprendre la culture des Asiatiques et les leçons que nous pourrions en tirer. Je le répète : les Asiatiques ne constituent pas un groupe homogène. Mais les meilleures données dont je dispose se situent à ce niveau, je vais donc travailler avec cette catégorie et ses limites intrinsèques.

Le biais d'autosélection des immigrants ne fausse pas l'argument. De fait, selon Pew Research, plus de la moitié des Asiatiques aux États-Unis sont nés hors des États-Unis. Oui, de nombreux Asiatiques arrivent absolument armés d'un diplôme, souvent en sciences et en ingénierie. Mais la plupart des Asiatiques ne bénéficient pas des avantages (ou des « privilèges », comme on le dit aujourd'hui dans une formulation pour le moins ambiguë) d'avoir l'anglais comme langue maternelle, ni la nationalité américaine ou d'être dotés d'une richesse significative ou d'un capital social élevé. Autant d'éléments constituant de hauts obstacles à surmonter. Ce que les Asiatiques parviennent cependant à faire, au niveau global. La culture en est la raison. Et s'il est si intéressant de se pencher sur la culture, c'est parce qu'elle n'est pas immuable. Et qu'elle n'est pas un jeu à somme nulle.

On sait que la culture est difficile à définir. Mais nous pouvons formuler quelques hypothèses de bon sens sur certains facteurs positifs, surtout au début de la vie. Combien de devoirs font les enfants asiatiques ? Combien de temps les Asiatiques passent-ils devant la télévision ? Et quelle est leur consommation d'alcool avant l'âge légal ? Quelle est la fréquence de leurs démêlés avec la police ? Des données provenant de sources fiables, comme le Centre américain des données statistiques en éducation, Nielsen, le Centre américain pour les informations biotechnologiques et le ministère américain de la Justice, nous offrent des réponses à ces questions. Par rapport à la population américaine dans son ensemble, le temps que les enfants asiatiques consacrent aux devoirs est 50 % supérieur, ils passent 35 % de moins de temps devant la télévision et les écrans, sont deux fois moins susceptibles de boire et ne représentent que 1 % de tous les délits commis par des mineurs. Le fâcheux **stéréotype de la « maman tigre »** ne tombe pas non plus du ciel. Par

rapport à ce qui s'observe dans les autres ethnies, **les parents asiatiques soumettent leurs enfants à des attentes scolaires plus élevées et dépensent deux fois plus pour leur éducation.**

Quand ces enfants atteignent la vingtaine et la trentaine, voyons comment leur éducation peut les aider à faire des choix de vie importants. **Aux États-Unis, les Asiatiques ont tendance à se marier plus tard et à avoir deux fois plus d'enfants que les autres groupes.** En outre, la stabilité familiale est considérable, avec environ **3 mariages pour 1 divorce**, soit le taux le plus élevé de tous les autres groupes mesurés par le Centre américain de recherches sur la famille et le mariage. Autant de décisions de planification familiale fortement corrélées à la richesse future. Vous pouvez choisir vos statistiques les yeux fermés. Mais je vous encourage à regarder le tableau global.

L'histoire que je suis en train de vous raconter est tout à fait positive, alors pourquoi est-ce que je dénonce par ailleurs **une discrimination anti-Asiatiques ? Parce que la mise en œuvre de programmes d'« égalité des résultats » relève d'une idée récente et totalement antiaméricaine.** Elle nuit aux Asiatiques de manière disproportionnée. Cet objectif est camouflé sous le terme d'« équité ». **Que des cultures différentes aient des valeurs différentes est une réalité douloureusement évidente. Pourquoi se voiler la face ? Des valeurs différentes conduisent naturellement à des résultats différents.** Dans la vie, nous partons tous d'un point de départ différent. Nous ne pouvons pas changer ça. Nous sommes tous élevés dans des cultures différentes. Nous ne pouvons pas changer ça non plus. **Dès lors, nous devons nous efforcer de créer un terrain de jeu où les règles sont claires et identiques pour tout le monde.** Voilà ce que sont les États-Unis. Voilà ce qu'est la justice. Et voilà ce qui est **méritocratique.**

La diversité ethnique passe avant l'excellence individuelle

À la place, qu'avons-nous aujourd'hui ?

Nous avons Harvard et Yale – deux des établissements universitaires les plus prestigieux au monde – qui **pratiquent une discrimination active** à l'encontre des Asiatiques. Après avoir contrôlé toutes les variables, Thomas Espenshade et Alexandria Radford ont montré que les Asiatiques partent avec **énormément plus de chances** d'être acceptés par les universités d'élite que les autres catégories ethniques. Et ça, les Asiatiques ne peuvent pas compter sur des bourses sportives, selon la National Collegiate Athletic Association. La pourriture est en train de prendre dans tout le système scolaire public. **Le lycée Lowell de San Francisco, l'un des établissements les plus prestigieux du pays, comptant 59 % d'Asiatiques, a voulu supprimer le processus d'admission méritocratique, basé sur des tests.** Une tentative similaire a touché le lycée Stuyvesant de New York (**73 % d'Asiatiques**). Et aussi les écoles publiques de **Boston** qui pourraient réduire d'un quart les places offertes aux Asiatiques. **Le lycée Thomas Jefferson en Virginie, axé sciences et technologie (72 % d'Asiatiques), est en train de modifier ses politiques d'admission pour les rendre plus « holistiques » qu'un test aveugle.** Dans tous les cas, l'impact est disproportionné pour les Asiatiques. **Le message qu'envoie chacune de ces écoles est clair. Les aptitudes comptent moins que l'origine.** La diversité ethnique passe avant l'excellence individuelle. Rien de bon ne peut sortir d'une vision aussi bornée.

Une tendance plus large et inquiétante commence à se dessiner. En novembre 2020, la Californie a rejeté de justesse **la proposition 16**. Une loi qui aurait permis à l'État de prendre en compte la race et l'ethnicité dans les admissions dans les établissements d'enseignement supérieur publics de l'État. L'université de Californie compte plus de **40 % d'étudiants asiatiques**. La Californie sera-t-elle le dernier État à vouloir niveler le terrain de jeu en faveur de tel ou tel groupe ?

Une mentalité contraire aux valeurs américaines

Il y a plus d'un million d'Asiatiques sur la liste d'attente pour immigrer aux États-Unis. Parce qu'on croit que le pays est le plus méritocratique du monde. **Pour le dire plus simplement : que le travail acharné paie.** À l'heure où j'écris ces lignes, je suis américain depuis quelques semaines. J'ai demandé la naturalisation pour deux raisons : l'engagement de l'Amérique envers la liberté d'expression et ses idéaux explicitement méritocratiques. La méritocratie est une cause noble et progressiste vers laquelle nous devrions tous tendre. Bien sûr, le pays n'a pas toujours été à la hauteur de ces idéaux. Mais c'est à nous tous – que nous soyons ou non asiatiques ou que nous ayons ou non la nationalité américaine – de tirer la corde dans cette direction.

Dans leur ensemble, les Asiatiques – une palette de cultures notamment indienne, chinoise, philippine, vietnamienne, coréenne ou encore japonaise – sont manifestement une minorité modèle. **Punir les Asiatiques en leur rétrécissant la porte d'accès aux meilleurs établissements scolaires et universitaires, et en l'élargissant pour d'autres, est non seulement une honte, cela traduit une mentalité contraire aux valeurs américaines.** De grandes institutions et des gouvernements locaux adoptent de telles politiques punitives, et la minorité modèle subit une discrimination systématique en raison même de sa réussite.

*Manu Sarna

Manu Sarna a vécu et travaillé aux États-Unis, au Canada, au Royaume-Uni et en Australie. Il est investisseur immobilier et vous pouvez le suivre sur Twitter.

13 juin (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/abayas-qamis-quand-les-tenues-islamiques-defient-l-ecole-de-la-republique-20220613>

Le Figaro, no. 24202

Le Figaro, mardi 14 juin 2022 1852 mots, p. 16

Société

Abayas, qamis... quand les tenues islamiques défient l'école de la République

Depuis février et le début du ramadan, ces vêtements se multiplient aux abords des lycées, et s'y invitent parfois.

Beyer, Caroline, Bariéty, Aude, Kovacs, Stéphane



Une élève du lycée Paul-Gauguin dans le quartier de La Source, à Orléans, vêtue de sa tenue se dirige vers le portail de l'établissement. *Eric MALOT/PHOTOPQR/REPUBLIQUE DU CENTRE*

LAÏCITÉ « *Le proviseur m'a dit qu'il en avait marre, qu'on était trop de filles comme ça au lycée. Y en a une, y en a deux, y en a trois, et chaque jour ça augmente...* » Élève en terminale dans un lycée public, c'est par ces mots que Maïssa* décrit le nombre grandissant d'abayas - ces robes islamiques répandues au Moyen-Orient - dans son établissement.

Alors que le port de signes et tenues manifestant « *ostensiblement une appartenance religieuse* » est interdit depuis la loi de 2004 dans les lycées publics, ces robes longues - mais aussi leurs pendants masculins, les qamis - y déferleraient-elles aujourd'hui ? Le conseil des sages de la laïcité, installé en 2018 par le précédent ministre de l'Éducation, Jean-Michel Blanquer, et le Comité national d'action laïque (Cnal) - qui rassemble la FCPE, fédération de parents marquée à gauche, la Ligue de l'enseignement et l'Unsa-éducation - convergent en ce sens. Ils rapportent que depuis février ces tenues religieuses se sont multipliées aux abords et dans certains lycées, et font le lien avec le ramadan. De son côté, le Syndicat national des personnels de l'Éducation nationale (Snpden) indique ne pas avoir reçu « *d'alerte sur la question, y compris en Seine-Saint-Denis* ». Idem à la Fédération des conseils de parents d'élèves (FPCE), qui évoque « *plutôt des remontées liées aux tenues estivales* ». Les rectorats interrogés par *Le Figaro* restent quant à eux muets sur le sujet, à l'exception de celui de Paris, qui constate « *une hausse significative des saisines relatives au port de signes religieux, notamment des tenues vestimentaires ostensiblement religieuses depuis quelques semaines* », et affirme que son équipe laïcité-faits religieux est « *pleinement mobilisée* ».

« *Quand il y a des épidémies, il faut qu'il y ait des symptômes, et on mesure* », a déclaré Emmanuel Macron le 2 juin dernier à Marseille, en réaction à un article de *L'Opinion* faisant état d'une « *épidémie* » et de plusieurs incidents ayant éclaté, ces derniers mois, dans différentes académies. Le chef de l'État a affirmé qu'avec le ministre de l'Éducation nationale, Pap Ndiaye, ils allaient « *regarder, mesurer et répondre avec la plus grande clarté à toutes les situations qui ne respectent pas les lois de la République* ». « *Je veux de la vérité, de la clarté sur*

tous les chiffres », a-t-il précisé. Les services du ministère de l'Intérieur, eux, ont aussitôt demandé au Renseignement territorial une « note » sur le sujet. L'exécutif veut montrer qu'il prend les choses au sérieux. Mais comment mesurer ce phénomène, alors que du côté du ministère de l'Éducation nationale les dernières données nationales remontent à six mois ?

Le nouveau ministre très attendu sur le sujet

Entre septembre et novembre 2021, 614 « atteintes à la laïcité » ont été signalées, les académies de Versailles, Créteil et Lille étant les plus concernées. Après les « provocations verbales », le « port de signes et tenues » arrive en deuxième position et représente 14 % des atteintes (soit 8 points de plus que dans le précédent bilan, en avril 2021). Reste que ces données, fondées sur les « remontées » déclaratives des enseignants et chefs d'établissements, n'ont pas de valeur statistique. « Tous les incidents ne remontent pas. Ces chiffres, c'est l'arbre qui cache la forêt », estime un proche du dossier. Les remontées plus fréquentes liées aux abayas, en Île-de-France, dans le Nord, à Grenoble, Poitiers, Bordeaux ou Orléans, avant et après le ramadan, disent une dynamique qui n'existait pas avant. Une enseignante m'a expliqué qu'elle ne savait pas que les abayas étaient interdites dans les établissements scolaires publics. Ce qui m'inquiète, c'est que le ministère n'a rien dit », ajoute-t-il. En cette période de réserve politique, liée aux élections législatives, le nouveau ministre, Pap Ndiaye, historien spécialiste des minorités, est très attendu sur le sujet de la laïcité. « Un certain nombre de proviseurs ont fait remonter une augmentation significative d'incidents, en lien avec le port de l'abaya. Le Conseil des sages, qui a rédigé une note, et les services de l'Éducation nationale réfléchissent pour apporter une réponse cohérente à cela », explique de son côté Alain Seksig, le secrétaire général du Conseil des sages.

Ce cas de figure est de toute façon déjà prévu. Le vade-mecum du ministère sur la laïcité à l'école indique que sont interdits non seulement les « signes ou tenues manifestant ostensiblement par leur nature même une appartenance religieuse » (voile, kippa, grosse croix...) mais aussi les signes ou tenues qui ne sont « pas à proprement parler religieux » mais qui sont portés « pour manifester ostensiblement une appartenance religieuse ». « Il a été jugé par exemple que, compte tenu notamment du refus constant de l'élève de modifier sa tenue vestimentaire, le port quotidien, par une élève de collège, d'une jupe longue de couleur sombre ainsi que d'un bandana couvrant partiellement sa chevelure devait être considéré comme une manifestation ostensible d'appartenance religieuse », illustre le ministère.

Dans le monde enseignant cohabitent la tendance avérée au « pas de vague », la méconnaissance du concept laïc, mais aussi des interrogations autour de cette longue robe. Le Collectif contre l'islamophobie en Europe (CCIE) - une reconstitution, en Belgique, du CCIF, collectif français dissout en décembre 2020 après l'assassinat de Samuel Paty - crie à la discrimination de jeunes filles « harcelées, déshumanisées, discriminées et parfois même menacées par l'administration de leur lycée en raison de leur jupe ou robe longue » et dénonce un « traitement médiatique raciste ». C'est lui qui, sur Twitter, a publié le témoignage de Maïssa, l'élève de terminale qui dit voir ces tenues se multiplier dans son établissement. « On sait qu'on n'a pas le droit de porter le voile au lycée, donc on le met pas. Mais on a quand même le droit de porter des robes », assure cette jeune fille dont le voile ne laisse apparaître que l'ovale du visage, flouté. Elle décrit ensuite l'« agression » qu'elle aurait subie de la part d'une enseignante. « Elle m'a répété : « On vous a laissée entrer comme ça ? » Elle a dit que c'était inadmissible et m'a demandé mon carnet », raconte l'élève, des larmes dans la voix. Le lendemain, mon CPE m'a convoquée, m'a dit qu'il en avait parlé à l'administration et qu'ils avaient fait une réunion par rapport à ça, parce qu'on était plusieurs à avoir des robes longues au lycée, et qu'ils commençaient à s'inquiéter parce que c'était un signe de radicalisation pour eux ». Le site indique que le proviseur a finalement autorisé Maïssa à porter des robes longues « moins voyantes », « estimant qu'elle n'avait pas le profil d'une personne radicalisée ». L'enseignante se serait ensuite justifiée : « On ne fait pas ça pour t'embêter. Mais depuis ce qui est arrivé à Samuel Paty, les professeurs ont peur. » Puis elle lui aurait demandé de se déshabiller, lui proposant « d'autres habits ». Ce qu'elle a refusé. La jeune fille aurait été suivie pendant deux semaines par des psychologues au sein du lycée, « qui ont qualifié ce qu'elle a subi de traumatisme », conclut le CCIE.

« Traitement différencié »

Factuellement, l'abaya est une tenue rattachée au wahhabisme, cette doctrine prônant une pratique rigoriste de l'islam. Le CCIE la présente comme une simple tenue « culturelle », quand les défenseurs de la laïcité y voient un vêtement ostensiblement religieux. Parmi ces derniers, certains font le lien avec l'« affaire du foulard » de 1989, à Creil, qui avait créé la polémique et fait tache d'huile. Une affaire qui a mené à la loi de 2004

sur l'interdiction des signes religieux à l'école. « *Nous sommes a priori sur un phénomène résiduel, mais il s'agit bien d'un signe politique qu'il ne faut pas mettre sous le tapis* », estime Delphine Girard. Cette agrégée de lettres classiques, qui a longtemps enseigné dans des zones difficiles, a cofondé, après l'assassinat de Samuel Paty, Vigilance Collèges Lycées, un collectif d'enseignants engagés contre les atteintes à la laïcité. « *Porter des vêtements qui défient clairement la loi de 2004 nécessite une conscience politique que des lycéens, surtout dans les quartiers défavorisés, n'ont pas forcément. Il ne faut pas se tromper, ce n'est pas spontané* », ajoute-t-elle. Delphine Girard y voit « *un assaut d'adultes concertés, qui utilisent les adolescents comme des vecteurs de contestation de la loi de 2004* ».

Le média en ligne AJ+, affilié au Qatar, a pour sa part récemment diffusé le témoignage d'une jeune Marseillaise qui, le 17 avril dernier, n'aurait pas pu passer son épreuve du bac à cause de sa robe jugée trop longue. « *Ta robe... Je ne peux pas te laisser entrer, car ce n'est pas une tenue adaptée* », lui aurait opposé la CPE de son lycée. « *Elle m'a demandé si je pouvais enlever ma robe et en plus de ça devant tout le monde* », raconte la lycéenne, qui affirme avoir été convoquée à une autre date pour passer son épreuve. « *C'est injuste, ça ne se fait pas. J'aurais pu être éliminée à cause de ça* », s'émeut-elle. *Maintenant, tous les matins, quand je me réveille, j'ai cette peur-là en voulant mettre une robe. Je me dis : « Non en fait, ils ne m'accepteront pas. »* » Au standard du CCIE, on explique avoir « *énormément de signalements similaires* ». Mais on est « *trop occupé* » pour donner des précisions. Malgré de multiples relances, Me Mariem Sabil, avocate du collectif, n'a pas non plus souhaité répondre au *Figaro*. À AJ+, l'avocate a toutefois confirmé que la lycéenne n'était pas un cas isolé. « *Pendant le mois de mai, il y a 30 % des dossiers réceptionnés par la CCIE qui concernent la problématique du port de jupes ou de robes longues ou de pantalons larges dans les lycées publics* », affirme-t-elle. *Ça représente à peu près plus d'un signalement par jour. On assiste également à un : tantôt c'est au nom du principe de laïcité, tantôt c'est au nom du prosélytisme* ». Or, fait-elle valoir, « *ce sont des tenues qui sont achetées en grande surface, c'est-à-dire, en soi, qu'elles n'ont aucune connotation religieuse* ».

Le Comité national d'action laïque, qui confirme avoir reçu des retours d'enseignants mis face à cette « *nouveauté* », ne le voit pas ainsi. « *Nous avons conseillé aux professeurs concernés de faire des recherches sur la provenance de ces abayas et qamis portés par certains élèves. Il s'avère qu'ils proviennent de sites vendant des vêtements, des objets et publications religieuses* », rapporte Rémy Sirvent, secrétaire général du Cnal. *Il n'y a donc pas de doute à avoir sur la nature de ces vêtements.* » Face à cela, l'arsenal réglementaire est « *net* », souligne le secrétaire général du Cnal, qui rappelle par ailleurs, à l'instar de la FCPE, l'importance du « *dialogue* » avec l'élève avant toute procédure disciplinaire. Et Rémy Sirvent de conclure, en guise d'avertissement : « *Le gouvernement précédent n'a jamais considéré l'urgence de la mixité sociale. Dans les lieux socialement ségrégués, on n'en a pas fini avec ces phénomènes de revendication religieuse.* »

Le prénom a été modifié.

13 juin (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/06/12/frances-legislative-election-puts-emmanuel-macrons-majority-in-doubt>

[Europe](#) | Losing his grip

France's legislative election puts Emmanuel Macron's majority in doubt

The president has a fight on his hands in the second round of voting



Jun 12th 2022 | PARIS

Emmanuel macron, [France's president](#), is fighting to hold on to his [parliamentary majority](#) after the first round of voting in legislative elections on June 12th. Early results showed that his centrist alliance, Ensemble, had suffered at the hands of Jean-Luc Mélenchon's [radical-left grouping](#), the New Popular Ecological and Social Union (nupes). Both appeared to have secured about one-quarter of the popular vote.

Under France's complicated two-round system, Ensemble is predicted to win many more seats than nupes. But projections made on the evening of the vote by Ipsos, a polling group, suggest that Mr Macron's alliance has nonetheless lost ground, and may secure just 255-295 seats in the National Assembly at the run-off vote on June 19th, well down from the 350 it now holds. Ifop, another pollster, gives Mr Macron's alliance a slightly higher range, of 275-310 seats. The lower end of the predicted ranges of both forecasts would see the re-elected president's allies fall short of the 289 seats they need to retain their majority.

In most of France's 577 constituencies the run-off will pit Mr Macron's candidates against those of Mr Mélenchon's alliance, which includes the Socialists, Communists and Greens. The 70-year-old firebrand, who wants to pull France out of nato and admires Hugo Chávez, the late Venezuelan dictator, has imposed improbable unity on the fractious French left. Many on the left dream of seeing Mr Mélenchon become Mr Macron's next prime minister.

Polls suggest that this remains highly unlikely. Mr Mélenchon's grouping does look set to replace the right-of-centre Republicans as the main opposition. But even if Ensemble were to lose its majority, Mr Mélenchon would need to unite all opposition parties to become prime minister. That is surely an impossible task given his radical views.

Any candidate who won at least 12.5% of the support of registered voters in the first round proceeds to the second. There were some early casualties for Mr Macron, including his former education minister, Jean-Michel Blanquer. Clément Beaune, his Europe minister, faces a tough run-off, having come second in a Paris constituency behind the nupes candidate, Caroline Mérary. [Elisabeth Borne](#), Mr Macron's new prime minister, made it through to the second round in Normandy, where she is

standing for elected office for the first time. Any minister, including Ms Borne, who fails to get elected is expected to resign.

[Marine Le Pen](#), who was defeated by Mr Macron in the presidential election in April, had a good evening. Her nationalist-populist National Rally (rn) won 19% of the national vote and is expected to secure 20-45 seats, up from eight in the outgoing parliament. Ms Le Pen is also well placed to hold on to her seat in the Pas-de-Calais region, having topped voting there. Meanwhile, [Eric Zemmour](#), a rival on the far right, was eliminated in the first round in a constituency that includes Saint-Tropez.

The coming week will now be transformed largely into a showdown between Mr Macron's centrists and Mr Mélenchon's left-wing alliance. Much will depend on where the votes of eliminated candidates go. Some supporters of the Republicans, whose candidates were eliminated in many constituencies and look set to pick up only 50-80 seats, will be tempted by Mr Macron's alliance. Ms Le Pen and Mr Mélenchon both draw support from working-class industrial towns. On election night she called on her voters in constituencies where the rn was eliminated to back neither him nor Mr Macron, though doubtless some will ignore her.

Turnout in the first round, at 47%, was the lowest on record for a parliamentary election, down from 49% in 2017. This reflects a campaign that has so far failed to capture the imagination, with Mr Macron putting in a muted performance and appearing to treat the election as a vote of confirmation for his presidency. This week he will once again be distracted: on June 14th the president is due to visit French troops stationed in Romania as part of a nato operation and then Moldova. A possible detour to [Ukraine](#) may also be on the cards.

Even with the sweeping powers offered to the president under the French constitution, Mr Macron needs a parliamentary majority if he is to fulfil his [manifesto pledges](#). These include unpopular measures such as an increase in the legal retirement age from 62 years to 64 or 65. Trying to govern without a majority would herald instability and uncertain policymaking. At stake on June 19th, in other words, is Mr Macron's ability not just to win another election but to continue to [reform France](#).

13 juin (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/06/13/432775-cacher-la-realite-quoi-quil-en-coute>

ÉDITO

13 juin 2022

Cacher la réalité, quoi qu'il en coûte

#StadeDeFranceGate : les autorités françaises s'enfoncent dans le déni d'une partition visible de certaines enclaves mafieuses en France.

Partager sur:

Publié le 13 juin 2022

Malgré les tentatives d'étouffement médiatique de la part du gouvernement et de la presse elle-même, les dérapages folkloriques de la Ligue des Champions à Saint-Denis le 28 mai dernier continuent de faire des petits grumeaux dans la politique française.

Ce samedi là, on s'en rappelle, avait eu lieu une interaction citoyenne, festive et musclée entre des supporters et des jeunes locaux, espiègles riverains probablement déçus de ne pouvoir assister à ce petit moment footballistique et familial. La police du cru avait sainement agi en gazant les familles, en dispersant les honnêtes pères de familles à coups de bâtons et en s'abstenant de toute opération un peu ferme qui aurait pu déraper vis-à-vis de la faune autochtone dont on sait qu'elle n'aime guère les réprimandes.

Ces comportements, la réponse des autorités, le traitement médiatique parfaitement neutre et serein, tout concourait à constater une nouvelle étape dans un délitement maintenant catastrophique du pays, derrière les sourires de plus en plus rassurants de Darmanin, ministre de l'Intérieur et Lallement, Préfet de police de Paris.

Malheureusement, le gouvernement britannique, dont les ressortissants avaient été directement et explicitement mis en cause par Darmanin et Lallement, n'entendit pas les choses de cette oreille. Bientôt rejoint par le gouvernement espagnol puis le Sénat français, il réclama des comptes. Audition il y eut donc de nos deux fiers lascars dont les mensonges, les carabistouilles et les calembredaines éhontés ne semblaient pas remettre leur poste en question.



Les auditions ne nous apprenent guère de choses nouvelles. On eut la confirmation que Darmanin était bien l'incompétence et l'incohérence incarnées, refusant ainsi de donner la nationalité des agresseurs interpellés (cela aurait pu être raciste – ah bon ?) mais n'hésitant pas à accuser les supporters britanniques des exactions observés (là, la nationalité est citée sans souci). Quant à Lallement, bien qu'ayant concédé devant l'évidence à un échec, il aura surtout démontré son arrogance qui n'étonna pas suffisamment les Sénateurs pour qu'ils réclament sa tête (une occasion manquée).

En toute logique, une enquête approfondie devrait suivre... Qui ne se basera certainement pas sur les images de vidéosurveillance du Stade de France, que la justice n'a pas réclamée dans les sept jours et qui ont donc été effacées.

On se rassurera en imaginant que les vidéos des caméras publiques sont, elles, sous scellés, mais on devra s'interroger sur l'incompétence ou la malveillance qui ont accompagné la disparition d'une partie de ces vidéos alors que des centaines de vols et d'agressions diverses furent commis ce soir-là.

Il sera en tout cas difficile d'écarter complètement une certaine volonté de ne surtout pas devoir affronter une réalité désagréable, de plus en plus gênante et impossible à cacher : les autorités, les forces de l'ordre et notre gouvernement ne sont plus capables ni d'organiser sereinement des événements internationaux sur notre sol, ni d'en assurer la sécurité, et ce à cause d'une véritable partition de la République.

Le déni de cette réalité ne date pas de cet incident : c'est une tendance de plus en plus forte.



Ainsi, il y a un peu plus de dix ans, l'État et les autorités locales insistaient sur la nécessité d'installation des grandes entreprises, des startups et autres institutions dans les quartiers périphériques de Paris afin d'en tenter une sorte de « reconquête républicaine » (à l'époque, « reconquête » n'était pas un gros mot). En 2007 par exemple, l'École des Hautes Études en Sciences Sociales envisageait de déménager à Aubervilliers. Cependant, en 2008, les équipes de chercheurs concernés renâclaient franchement à cette opportunité, jugeant probablement que la localisation de l'école sur le boulevard Raspail à Paris leur convenait très bien.

Force est de constater que l'école n'a pas déménagé. La « reconquête » n'a guère fonctionné.

En juin 2016, le passage fortuit de la princesse Astrid de Belgique a laissé quelques souvenirs chaleureux à la population locale d'Aubervilliers qui avait participé à son délestage rapide de quelques valeurs. Manifestement, s'il y avait reconquête, elle n'était pas dans le sens qu'on imaginait...

De la même façon et un peu plus récemment en 2020, les collectivités locales incitaient *financièrement* les entreprises à rester en Seine-Saint-Denis, leur proposant aides et subventions pour les convaincre qu'y installer des locaux était une opération intéressante. La « reconquête » commençait à coûter cher en plus de ne pas donner beaucoup de fruits.

On pourrait multiplier les exemples mais le constat reste le même : il devient de plus en plus compliqué de faire croire que ces vibrantes localités d'Île-de-France sont accueillantes et chaleureuses, tant pour les institutions ou les diplomates que pour les entreprises... ou les supporters de foot étrangers.

La réalité crue est que **ces lieux sont devenus des enclaves mafieuses en dehors de la République**.

Ceci est d'autant plus vrai que la gauche a complètement abandonné l'idée d'une République « une & indivisible », revendication vague d'une droite que toute la presse place parmi les intouchables : réclamer une loi unique sur tout le pays est maintenant considéré comme extrême. L'idée semble avoir complètement disparu de ne pas laisser la mafia, les bandes et les racailles faire leur propre loi sur une parcelle de territoire et ceux qui émettent ce désir pourtant logique sont maintenant poursuivis par les hordes de la bien-pensance : médias et politiciens s'entendent à faire taire ces fascistes qui osent réclamer... le retour à la normale.

Ce déni de la réalité est couplé à l'affirmation obstinée qu'il n'existe aucun problème de fond. Ce jusqu'au boutisme dans le camouflage des évidences n'a rien de fortuit.

Il permet au pouvoir de continuer son petit rituel quotidien, d'entretenir l'illusion qu'il sert à quelque chose d'autre que ses propres intérêts étroits : « *Nous gérons la sécurité des Français, ne vous inquiétez pas, vous n'avez pas le droit de vous inquiéter, nous vous interdisons de vous inquiéter et nous vous poursuivrons si vous vous inquiétez.* »

Nous sommes dans cette phase soviétique où, pour paraphraser Soljenitsyne, « *nous savons qu'ils mentent. Ils savent qu'ils mentent. Ils savent que nous savons qu'ils mentent. Nous savons qu'ils savent que nous savons qu'ils mentent. Et, pourtant, ils persistent à mentir.* »

Il faut ainsi comprendre que cette obstination à cacher et nier la réalité provient aussi de leur **complète et totale incompétence** à saisir le problème et y apporter des solutions opérationnelles concrètes : pour commencer, Darmanin, Lallement et à plus forte raison toute la clique de clowns tristes qui dirigent actuellement le pays dans le précipice ne sont **jamais** confrontés à la violence de ces enclaves. Leur monde n'est plus celui du peuple, depuis longtemps.

En outre, leur univers mental a été façonné par 40 à 50 années de mantras gauchistes de plus en plus agressivement idiots. Une part non négligeable de cette élite autoproclamée croit maintenant dur comme fer aux âneries acides que déversent médias, experts sociologues et autres chercheurs subventionnés de plateau télé.

Ne comprenant absolument pas le problème, n'ayant de toute façon pas les capacités intellectuelles à sortir des chemins ultra-battus qu'ils ont arpenté avec application pour obtenir leur position actuelle, ils seront infoutus d'y apporter la moindre solution qui plus est si celle-ci revient à mettre en danger leurs privilèges et secouer leurs croyances.

Alors que la crise économique s'apprête à frapper comme jamais une France moralement, politiquement et socialement en lambeaux, leur seule et unique option consistera donc à cacher ce qui les force à la dissonance cognitive, et à répéter avec entêtement les mêmes procédés qui ont engendré le problème en premier lieu. **Dès lors, les enclaves anti-républicaines vont donc s'étendre et métastaser.**

Ce pays est foutu.

13 juin (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/economie/interdiction-des-voitures-thermiques-y-aura-t-il-de-lelectricite-pour-tout-le-monde>

Panne sèche

Interdiction des voitures thermiques: y aura-t-il de l'électricité pour tout le monde?

Par [Irène Inchauspé](#) et [Muriel Motte](#)

12 juin 2022 à 15h12

La France aura besoin de produire 60% d'électricité propre supplémentaire d'ici à 2050, a prévenu



Emmanuel Macron

Bornes de recharge gratuites de voitures électriques dans un parking à Avignon.

Mercredi dernier à Strasbourg, les députés européens ont acté l'arrêt de la vente des véhicules neufs thermiques en 2035. Un nouveau pas ambitieux mais risqué vers la neutralité carbone et le tout-électrique.

La révolution de la voiture verte est donc en marche en Europe. Le Parlement de Strasbourg a voté la semaine dernière l'interdiction de la vente de motorisations thermiques dès 2035. Une décision qualifiée de « [grand saut dans le vide](#) » et de « sabotage industriel » par Luc Chatel. Le président de la Plateforme automobile, qui représente les entreprises de la filière, s'inquiète par ailleurs de savoir si « on aura l'électricité décarbonée pour faire tout ça ».

L'interrogation est d'autant plus légitime qu'une multitude d'autres usages seront électrifiés dans les prochaines années, condition sine qua non pour atteindre la neutralité carbone à l'horizon 2050, objectif que s'est fixé l'Union européenne. Sans oublier l'indispensable transformation des process industriels les plus émetteurs de CO₂ aujourd'hui.

Bien sûr, des projections existent. Dans ses « [Futurs énergétiques 2050](#) », le Réseau de transport d'électricité propose plusieurs scénarios. En rappelant en préambule que la stratégie française pour atteindre la neutralité carbone, la SNBC, repose sur un postulat très ambitieux : la consommation d'énergie finale doit baisser de 40 % d'ici à 2050, en grande partie grâce à une meilleure efficacité énergétique.

Sixties. « Il s'agit d'une ambition très forte, dans le haut de la fourchette des stratégies limitrophes, qui conduirait la France à retrouver son niveau de consommation d'énergie de la fin des années 1960 », soulignent les experts de RTE. Un défi d'autant plus important qu'il faut tenir compte de l'effet volume : l'efficacité accrue des systèmes est compensée par leur

multiplication. L'offre devra donc s'ajuster : dans son scénario de référence, RTE estime que la France aura besoin de 60 % d'électricité supplémentaire d'ici trente ans.

De fait, le monde moderne numérique et connecté devient tentaculaire. Selon EDF, il y avait en 2019 quelque 19 milliards d'objets connectés sur la planète, un chiffre qui devrait grimper à 48 milliards en 2025 ! Sans compter les 1,1 milliard de boxes, routeurs et autres équipements de réseaux. En 2030, le monde comptera plus de quatre milliards d'utilisateurs réguliers [d'outils numériques](#). De la maison aux entreprises, du bâtiment connecté (*smart buildings*) à la ville intelligente du futur (*smart city*), tout se connecte de plus en plus.

« Rien que pour accompagner le développement des voitures électriques, il faudra 10 % à 25 % de production supplémentaire »

En 2015, les data centers représentaient 3 % de la consommation mondiale d'électricité. Selon le professeur Ian Bitterlin, de l'Université de Leeds en Grande-Bretagne, leur besoin aura triplé d'ici 2025. Rien qu'en France, le numérique nécessite aujourd'hui l'équivalent de six fois la consommation électrique d'une ville comme Paris !

[Dans son discours de Belfort](#) en février, Emmanuel Macron, se reposant sur le scénario de référence de RTE, a évoqué la nécessité de produire jusqu'à 60% d'électricité propre en plus en France, « si nous voulons atteindre l'objectif de neutralité carbone en 2050 ». Il est donc indispensable de mettre les bouchées doubles. « Rien que pour accompagner le développement des voitures électriques, il faudra 10 % à 25 % de production supplémentaire, chiffre Géraud Guibert, président de la Fabrique écologique. Pour cela, il est absolument décisif de développer rapidement les énergies renouvelables. »

Le président de la République a justement détaillé son plan de bataille : une multiplication par dix de la capacité du solaire d'ici 2050 avec l'objectif de dépasser 100 gigawatts, l'augmentation de 10 % de la part du gaz renouvelable d'ici à 2030, et la création d'une [cinquantaine de parcs éoliens en mer](#) afin de viser 40 gigawatts en service en 2050. Sans oublier la multiplication par deux de la capacité de l'éolien terrestre.

Emmanuel Macron est aussi très ambitieux sur le nucléaire, avec la construction annoncée de six EPR et une option sur 8 réacteurs supplémentaires. Mais le premier exemplaire de cette nouvelle série ne sera pas opérationnel avant 2035, à condition que sa construction ne subisse pas les mêmes avanies qu'à Flamanville. Et l'urgence est ailleurs : la France doit régler au plus vite [les problèmes de corrosion](#) qui immobilisent aujourd'hui une douzaine de réacteurs de son parc.

Le pari du tout-électrique pour la voiture dès 2035 va pomper une part non négligeable de la production supplémentaire d'électricité. Il faudra donc en passer par la sobriété. C'est, selon la ministre de la Transition énergétique, Agnès Pannier-Runacher, l'un des trois piliers de son action, avec le développement des renouvelables et l'efficacité énergétique.

Trajet indirect. Pour Francesco Contino, professeur à l'université de Louvain (Belgique), la [sobriété](#) pourrait bien être l'un des objectifs cachés de la décision prise par les parlementaires européens, le 8 juin. « Imposer la voiture propre c'est, peut-être, une manière indirecte d'y arriver. Si les véhicules sont trop chers, qu'il n'y a pas assez de bornes de recharge et d'autonomie insuffisante, les gens opteront plus facilement pour les transports collectifs ou ils se déplaceront moins. Il est plus facile d'interdire une technologie polluante que d'organiser la sobriété par la loi. »

« Je ne sais pas si nous aurons les clients pour ces voitures électriques, qui coûtent 50 % plus cher que les thermiques », abonde Luc Chatel. Dans son best-seller *Le Plan de transformation de l'économie française* paru en janvier, l'ingénieur écologiste [Jean-Marc Jancovicia](#), lui, lance un pavé dans la mare des politiques climatiques : aucune ne marchera sans sobriété. C'est-à-dire sans une réduction collective de nos consommations, pas seulement énergétiques.

La modération n'empêche pas l'innovation. Le Parlement européen a voté un objectif de zéro émission pour 100% des véhicules neufs d'ici à 2035. « Même s'il s'agira pour l'essentiel [de voitures électriques](#), cela ouvre le champ des possibles. D'autres solutions seront peut-être autorisées », espère Francesco Contino. C'est le pari de TotalEnergies qui a testé ce week-end, lors des derniers 24h du Mans, un nouveau carburant 100 % renouvelable à base de résidus vinicoles, fruit de 18 mois de recherche-développement.

Sobriété, innovations, efficacité énergétique : grâce à tout cela, il y aura peut-être de l'électricité pour tout le monde. Mais à quel prix ? Certains risquent fort d'être exclus du paradis électrique, faute de moyens pour y accéder.

13 juin (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/economie/inflation-le-nouveau-tour-de-passe-passe-de-thomas-piketty>

Bonneteau

Inflation: le nouveau tour de passe-passe de Thomas Piketty

Par [Irène Inchauspé](#)

13 juin 2022 à 6h00

L'économiste traite Emmanuel Macron de menteur. C'est celui qui dit qui y est ?



Thomas Piketty

Les faits -

Dans une interview donnée au *Journal du Dimanche*, Thomas Piketty qualifie l'inflation « d'impôt déguisé de Macron ».

« En prétendant que personne ne paiera le quoi qu'il en coûte, Macron ment aux Français. Car les plus pauvres le financent déjà via l'inflation... », écrit dans le *JDD* Thomas Piketty, qui a signé avec près de 170 économistes une tribune de soutien au programme économique de la [Nupes](#). « L'inflation est un impôt déguisé de Macron. Elle joue comme une taxe de 5% qui frappe la consommation quotidienne, mais aussi la petite épargne de ceux qui ont travaillé dur », poursuit-il. Un raisonnement digne d'une belle partie de bonneteau.

D'abord, de quel « quoi qu'il en coûte » et de quelle inflation s'agit-il ? Les dépenses budgétaires qui ont servi à amortir le choc de la crise sanitaire (prêts garantis par l'Etat, chômage partiel, allègement de charges, compensation de chiffre d'affaires..) n'ont rien à voir avec l'[inflation](#) qui pourrait être de 4,9% en 2022. Cette inflation là est due d'abord à la mondialisation qui a du plomb dans l'aile. Or, fabriquer chez nous ce qui venait d'ailleurs bon marché nous coûte plus cher. La hausse des prix est aussi entretenue par la guerre en Ukraine et la mise place de nouveaux confinements en Chine qui créent de nouvelles pénuries. Enfin, [elle est alimentée par la transition écologique qui coûte cher](#) : par exemple, une tonne d'acier classique coûte 500 euros, alors que si l'acier est décarboné, elle passe à 700 euros.

Thomas Piketty parle alors peut-être du « quoi qu'il en coûte » à venir, celui qui concerne les annonces récentes d'Emmanuel Macron. Avant le premier tour des législatives, [on a vu revenir l'argent magique](#). Prolongation de la ristourne de 18 centimes d'euros à la pompe de fin juillet à fin août, dispositif « gros rouleurs » pour les travailleurs en septembre, versement d'une aide alimentaire pour les plus modestes, réflexion autour d'un autre chèque alimentaire pour les plus précaires, revalorisation des retraites de 4% en juillet.. Cette longue liste de mesures figurera dans le prochain projet de loi d'urgence pour le pouvoir d'achat.

Evolution comparée. Ces dispositions auront d'abord pour effet de soutenir celui des catégories les plus modestes et les plus concernées par la hausse du coût de l'énergie, ce que Thomas Piketty se garde bien de mentionner. Si l'inflation était un « impôt déguisé de Macron », son gouvernement ne prendrait pas de telles mesures pour en protéger les Français. Elles sont en outre ciblées et temporaires, en principe, afin d'éviter d'être elles-mêmes un facteur d'inflation. Voilà pour l'effet de celle-ci sur la « consommation quotidienne », stigmatisé par l'économiste.

L'inflation pourrait-elle avoir un effet sur la « petite épargne de ceux qui ont travaillé dur » ? Les 20 % du bas de l'échelle des revenus épargnent en moyenne 3%, ces plus pauvres rassemblant à la fois des ménages totalement démunis qui ne font aucune économie, voire s'endettent, et des familles modestes qui ne dépensent pas la totalité de leurs revenus. L'épargne de ces catégories est donc peu concernée par [l'inflation](#), qui peut toucher davantage les plus aisés qui épargnent chaque année près de 30% de leurs revenus.

En revanche, l'inflation pourrait favoriser l'endettement des ménages modestes. Mais ici, l'enjeu est moins la hausse des prix que l'évolution comparée de leur revenu et de leur charge de remboursement. Donc, ce qui compte en pratique en période d'inflation, c'est la plus ou moins grande indexation du revenu. C'est bien l'objet de l'une des propositions de la Nupes, la hausse du SMIC à 1500 euros. Mais cela serait un premier pas vers la spirale inflationniste dont on a connu les effets délétères dans le passé.

Arrivés en tête par circonscription

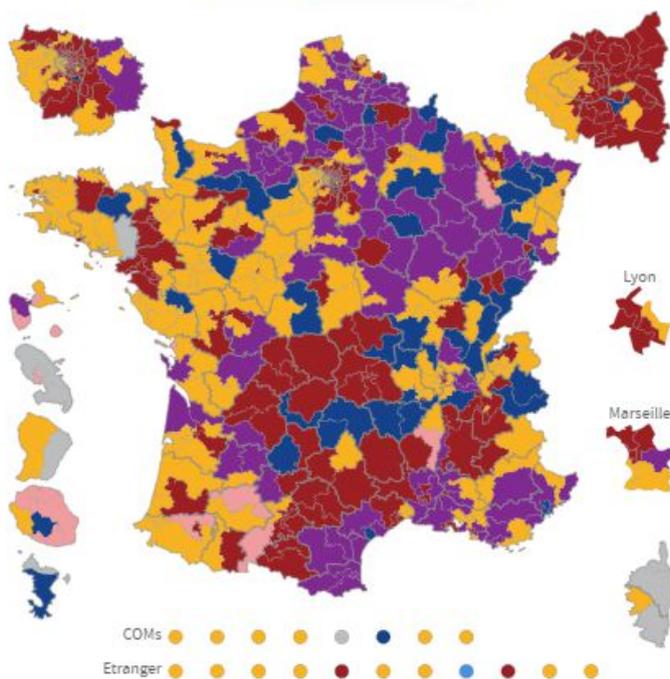
Nuance arrivée en tête du premier tour des législatives 2022.

■ dépouillement terminé

- NUPES
- Divers gauche
- Divers, Régionaliste
- Ensemble !, Divers centre
- UDI
- Les Républicains, Divers droite
- Droite souverainiste
- Rassemblement national

CARTE

CARTOGRAMME



Source : ministère de l'Intérieur

FIGDATA

13 juin (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/elections/legislatives/benjamin-morel-macron-est-loin-de-l-onction-electorale-20220612>

Le Figaro, no. 24201

Le Figaro, lundi 13 juin 2022 1283 mots, p. 11

Politique

« Macron est loin de l'onction électorale »



Pour Benjamin Morel*, l'abstention record aux législatives est le signe d'une inquiétante désaffection démocratique.

Planchon, Ronan

LE FIGARO. - Comment lire le faible niveau de participation (48,5 %) ? Faut-il y voir une forme de dépolitisation ?

Benjamin MOREL. - C'est en effet une abstention inquiétante, pas seulement au regard de son taux, mais aussi de sa nature. Depuis la mise en place du quinquennat, on constate une forte participation différentielle. On aime à dire que les Français veulent donner une majorité au président élu, mais ce n'est pas tout à fait ce qui se passe. En règle générale, l'électorat d'opposition se juge défait et trouve donc peu utile d'aller voter. L'abstention est donc, pour beaucoup, liée au renoncement d'un camp politique : cela marque plus son fatalisme que sa distance vis-à-vis de la politique. Or, cette année, on n'assiste pas tout à fait au même phénomène. Jean-Luc Mélenchon a réussi à mobiliser raisonnablement l'électorat de gauche en lui donnant le sentiment d'une victoire possible. L'abstention est davantage liée à un désintérêt pour l'élection. Pour qu'une élection attire, il faut qu'un enjeu soit perçu, un sujet structurant ou la perspective d'une alternance d'importance. Or, ici, aucun thème clivant n'a dominé l'actualité. La guerre en Ukraine ne peut représenter un élément de détermination de l'opinion, car ce n'est pas un enjeu clivant comme l'aurait été la réforme des retraites.

Quelle majorité peut espérer Emmanuel Macron ? Quels sont les enjeux relatifs à l'obtention d'une majorité absolue ?

Le scénario de la majorité absolue n'est pas le plus probable. C'est un mauvais score pour le chef de l'État. La majorité présidentielle dispose d'un avantage important en vue de ce second tour. Le premier avantage, déjà présent au premier, réside dans les caractéristiques sociologiques de son électorat. Ce dernier est composé d'une proportion importante de CSP+ et de personnes âgées, catégories peu abstentionnistes. Ensuite, et surtout, notre mode de scrutin est opérant dans un système politique bipolaire. Or, dans une période de tripolarisation de la vie politique, ce mode de scrutin a comme caractéristique d'accorder un avantage structurel aux partis centristes. Si Ensemble ! se retrouve contre le Rassemblement national, il pourra compter sur le report de voix de gauche. Si, au contraire, il se retrouve contre la Nupes, il pourra s'appuyer sur le report de voix de droite. Cet avantage structurel est rendu possible par le faible nombre de triangulaires à l'issue de ce premier tour. Paradoxalement, donc, la majorité présidentielle a reçu **25,6 %** des voix, un record bas pour la formation vainqueur, qui a des

chances de disposer d'une majorité absolue. En tous les cas, on ne peut pas parler d'onction, ce qui pourrait rapidement poser des problèmes d'adhésion aux réformes déjà entreprises.

Après avoir occupé l'espace médiatique, la Nupes est au coude-à-coude avec Ensemble ! Peut-on pour autant affirmer que le centre de gravité de la vie politique est passé à gauche ?

Lors d'une élection législative, il y a une règle : elle profite à celui qui est le plus à même d'amener le plus de candidats au second tour et qui parvient le mieux à unifier sa famille politique. Ce fut le cas de la gauche lors de ces élections, comme ce fut le cas du centre avec Ensemble !. Ces deux formations vont donc faire le second tour. Cela ne veut pas dire qu'elles disposent des clés de la recomposition du clivage politique. Là encore, il s'agit d'un effet déformant du mode de scrutin. La droite demeure une force importante, peut-être même majoritaire, mais fondamentalement divisée. Surtout, une grande partie de l'électorat ne se retrouve plus dans un clivage gauche-droite qui charrie de moins en moins d'identités politiques. Il en va ainsi notamment de l'électorat du Rassemblement national, particulièrement son électorat populaire. Pour autant, dans un système politique fondé sur l'alternance, incarner l'alternative implique de conserver une posture d'opposition audible. La force probable de La France insoumise à l'Assemblée offre à cette dernière des outils performants.

Le Rassemblement national progresse sans réussir à s'imposer. Marine Le Pen paie-t-elle sa discrétion lors de la campagne ? Pourquoi ne parvient-elle pas à mobiliser son électorat de la présidentielle lors des élections intermédiaires ?

Le Rassemblement national ne fait pas un si mauvais score au vu de la difficulté que représente cette élection pour lui. Il souffre structurellement aux élections législatives de mauvais résultats. Cela est lié à trois facteurs. Le premier est que, comme évoqué, le mode de scrutin favorise les partis s'inscrivant dans un système d'alliance. Or, le Rassemblement national est isolé. Le deuxième facteur est, une nouvelle fois, l'avantage accordé par ce système aux partis centristes. Qu'il se retrouve contre la gauche ou la droite, le RN au second tour est seul contre tous. Le dernier élément est lié à la structure de l'électorat du Rassemblement national. Il s'agit d'un électorat composé dans une large partie de catégories populaires. Cet électorat est fortement abstentionniste. Il ne vient voter que lorsque l'enjeu lui semble important et la victoire possible. Or, lors de cette élection, la faible mobilisation ne pouvait que nuire au RN. À cela, il faut ajouter la campagne très discrète de Marine Le Pen. Non seulement cette dernière, à la différence de Jean-Luc Mélenchon, n'a pas cherché à politiser cette élection. Mais elle a même envoyé des messages assez contre-productifs à son électorat. En expliquant qu'Emmanuel Macron allait forcément disposer d'une majorité, en attaquant la gauche plutôt que le candidat qui l'avait battue au second tour, elle a donné le sentiment à son électorat que cette élection n'était pas son élection. Alors que cet électorat ne se déplace que quand il pense pouvoir gagner, elle a fait campagne sur des thèmes aussi peu mobilisateurs que l'obtention d'un groupe, voire d'un nombre de députés suffisant pour saisir le Conseil constitutionnel.

De son côté, la droite classique sort encore diminuée de ce scrutin. La recomposition enclenchée en 2017 se poursuit-elle ?

Le score de LR n'est, là aussi, pas aussi mauvais que certains auraient pu le craindre. C'est d'autant plus le cas que les candidats LR au second tour ne sont pas en si mauvaise posture ; face à eux, ni la Nupes, ni le RN, ni même Ensemble ! ne peuvent vraiment compter sur des réserves de voix évidentes. On assiste toutefois à une tripolarisation de la vie politique. Toutefois, nous en sommes probablement encore au stade de décomposition de notre vie politique, plus que de recomposition. Il faut donc demeurer prudent. Mais, même si LR parvenait à devenir central, son sort reste incertain à l'issue de cette séquence électorale. Ce n'est plus le grand parti attrape-tout, qui existait comme force structurelle de la vie politique essentiellement grâce à un phénomène de vote utile. Ce dernier donnait des gages, parfois contradictoires, à plusieurs électeurs et pariait sur un argument de force : le fait que seul ce parti pouvait amener la droite au pouvoir. Cet argument n'est plus tenable après dix ans de défaite et le score des dernières élections. Les Républicains vont devoir faire un choix. La première option est de parier sur la disparition de l'alliance des centres, qui pourra difficilement survivre au départ d'Emmanuel Macron en 2027. C'est toutefois faire peu de cas de l'hypothèse Édouard Philippe. La seconde possibilité est d'envisager de devenir la force motrice d'une recomposition des droites en tentant de capter les espaces politiques occupés par Reconquête ! et le Rassemblement national. C'est cette stratégie qui a réussi aux tories ou à l'ÖVP autrichien. Cela implique, dans un cas comme dans l'autre, que les partis prenant aujourd'hui Les Républicains en étau s'avèrent fragiles. En bref, la droite n'a plus tout à fait les clés de son destin.

**Benjamin Morel est maître de conférences en droit public à l'Université Paris II Panthéon-Assas.*

13 juin (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/l-editorial-du-figaro-macron-melenchon-jeu-de-nupes-20220612>

Le Figaro (site web)

dimanche 12 juin 2022 - 22:12 UTC +02:00 515 mots

Vox ; Vox Politique

L'éditorial du Figaro: «Macron - Mélenchon, jeu de Nupes»

Brézet, Alexis

Par Alexis Brézet, directeur des rédactions.

Ric-rac! Emmanuel Macron semble en passe d'obtenir dimanche prochain une courte majorité. On sait déjà qu'elle sera suspendue au bon vouloir de ses alliés Édouard Philippe et François Bayrou, qui pourraient lui compliquer la tâche. Ce que l'on ne sait pas, c'est si elle sera absolue ou relative. Ce n'est évidemment pas la même chose: dans la seconde hypothèse, le chef de l'État, pour chaque texte de loi, serait contraint soit de quémander quelques voix supplémentaires à droite ou à gauche, soit d'utiliser l'arme (politiquement coûteuse et constitutionnellement limitée) du 49-3. Une catastrophe pour la suite: ce quinquennat mal né semblait déjà guetté par la «chiraquisation»; on voit mal comment le moindre élan réformateur pourrait sortir d'une Assemblée privée d'une vraie majorité.

En tout état de cause, c'est un grave revers pour le président. En tentant de chloroformer toute la campagne, par calcul tactique ou hésitation stratégique, il n'aura réussi qu'à nourrir l'abstention et étouffer dans l'œuf la dynamique que la présidentielle aurait pu créer en sa faveur. Résultat: son camp recule - une première! -, et c'est Jean-Luc Mélenchon, qui, profitant de surcroît de l'inexplicable résignation du RN ainsi que de la non moins inexplicable démission des LR, est en passe de s'imposer comme le vrai vainqueur politique de cette élection.

Triste dimanche! À la faveur du succès de la Nupes, ce sont une centaine de députés Insoumis qui devraient faire leur entrée à l'Assemblée; et, avec eux, les admirateurs de l'antisémite Jeremy Corbyn et les supporteurs d'Assa Traoré, les compagnons de manif des islamistes du CCIF, les «antiflics» et les «anti-Charlie»... tout l'inquiétant cortège de la jalousie sociale et de la folie économique, de la violence verbale et du ressentiment politique.

Et dire qu'Emmanuel Macron s'était mis en tête de désarmer la dynamique mélenchonienne en multipliant les complaisances destinées à répondre aux attentes supposées de son électorat! Récupération sémantique (la «planification écologique»), recul programmatique (sur la réforme des retraites), satisfaction symbolique (l'éviction de Jean-Michel Blanquer au profit de Pap Ndiaye), falsification politique (sur les événements du Stade de France): depuis l'entre-deux-tours, il n'a pas mégoté sur les accommodements. Jeu de Nupes! De cette faiblesse coupable, dissimulée derrière le paravent de la «triangulation», on voit aujourd'hui le beau résultat!

C'est avec cette ambiguïté stratégique qu'Emmanuel Macron, s'il veut sauver ce qui peut l'être, doit rompre sans délai. Alors qu'un certain nombre de situations électorales vont permettre de juger de sa détermination (que feront ses amis en cas de duel Nupes-RN? et dans l'hypothèse d'une bataille Nupes-LR?), le président réélu ne limitera pas la casse en tirant une fois encore sur la (grosse) ficelle du vote utile, mais en opposant aux idées comme aux représentants de l'extrême gauche un refus sans équivoque ni concession.

12 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/societe/wokisme-la-nouvelle-strategie-des-islamistes-occidentaux-12-06-2022-2479220_23.php

Wokisme, la nouvelle stratégie des islamistes occidentaux ?

Un rapport de la Fondapol décrit le recours des islamistes à des thèmes – race, religion, décolonisation – qui recourent les préoccupations des woke.



Manifestation étudiante contre l'islamophobie à Sciences Po Grenoble, le 9 mars 2021. © PHILIPPE DESMAZES / AFP

Par [Anna Bonalume](#)

Publié le 12/06/2022 à 15h00 - Modifié le 12/06/2022 à 18h02

Certains militants des Frères musulmans ont établi une présence stable en Occident. Comment exercent-ils aujourd'hui leur influence ? Pour Lorenzo Vidino, directeur du programme sur l'extrémisme à l'université américaine George-Washington, c'est par **un mariage entre islamisme et wokisme**. Sa thèse, à première vue contre-intuitive, est présentée dans une étude intéressante publiée par la Fondation pour l'innovation politique (Fondapol). Ce mariage assumerait différentes formes.

D'abord, souligne Vidino, contrairement à la première génération d'islamistes arrivée du Moyen-Orient, la nouvelle génération est plus au fait des sensibilités culturelles occidentales, et notamment du wokisme (du terme anglais « woke », qui signifie être éveillé face aux discriminations). Les raisons ? Elle est née en Occident et a été formée principalement en sciences sociales, en sciences humaines et en communication, alors que la plupart des militants de la première génération ont eu tendance à se former dans des disciplines telles que l'ingénierie et la médecine. **L'islamisme, fort d'alliances préalables et ponctuelles entre ses organisations et certains partis de gauche occidentaux, a-t-il trouvé dans le wokisme un terrain fertile ?**

L'islamisme dans le monde occidental remonte à l'arrivée des premiers membres des Frères musulmans en Europe et en Amérique du Nord dans les années 1950 et 1960. Rappelons que les Frères musulmans sont une confrérie fondée en 1928 en Égypte, à Ismaïlia, au nord-est du Caire, sur les rives du canal de Suez, par le cheikh Hassan al-Banna. Ces premiers membres installés en Europe étaient des étudiants poursuivant des études supérieures dans des universités occidentales ou de hauts responsables fuyant les persécutions dans leur pays – l'Égypte, la Syrie, le Liban ou le Maroc. Depuis lors, écrit Vidino, des militants liés à diverses branches des Frères

musulmans (du monde arabe, du sous-continent indien, de Turquie) appartenant à la grande famille de l'islam politique ont établi une présence stable en Occident.

Adaptation d'une stratégie

Au cours des vingt dernières années, plusieurs alliances avec des islamistes ont eu lieu dans les milieux plus traditionnels de la gauche dans divers pays occidentaux. C'est le cas de la coalition Stop the War (STWC), gérée par le Socialist Workers Party et le Communist Party of Britain, et de la Muslim Association of Britain (MAB), fondée et dirigée par d'éminents militants des Frères musulmans établis au Royaume-Uni, en 2003.

« Au fil des ans, les membres occidentaux du mouvement islamiste, qui se caractérise par sa souplesse et son pragmatisme, ont compris que plusieurs aspects de leur matrice politique devaient être adaptés », écrit l'auteur de l'étude. **L'adaptation concerne leurs objectifs et tactiques, il est essentiel pour eux de cibler deux types de groupes : les communautés musulmanes occidentales et les institutions occidentales, soit les acteurs gouvernementaux, les médias et la société civile.**

« Si l'adoption du wokisme a pu être spontanée, il existe de nombreuses preuves que les structures islamistes cherchent à l'encourager », poursuit Vidino, reprenant l'exemple d'AJ+. Ce média numérique lancé en 2014, appartenant au groupe Al-Jazira Media Network et diffusé en anglais, espagnol, arabe et français sur Facebook, YouTube (1,18 million d'inscrits) et Twitter (plus de 147 000 abonnés en France), vise un public plus jeune par rapport à celui de la maison mère. Plusieurs reportages accusent les sociétés occidentales de proposer un modèle d'injustice à l'égard de minorités religieuses, ethniques ou LGBTQ.

Il suffit d'ouvrir le compte Twitter français ou YouTube anglais pour s'en apercevoir. Des titres comme « Americans smile for camera while fencing up Palestinian family's home » ou « Deux lycéens exilés menacés d'expulsion en France pendant leur bac » visent à diaboliser la relation entre les Occidentaux et les non-Occidentaux. AJ+ français a notamment promu le hashtag #BlackHogwarts pour dénoncer le fait que les personnes de couleur étaient sous-représentées dans la série des *Harry Potter*. Des contenus avec un sujet « islam » se mêlent à des revendications identitaires plus générales.

Des couvertures décoloniales

À cela s'ajoutent d'autres exemples, comme **l'adhésion récente des islamistes occidentaux aux appels à la « décolonisation » des programmes scolaires** : celle-ci correspondrait à la nature anticoloniale inhérente à l'idéologie woke, mais elle est formulée en adoptant le langage utilisé dans les cercles de gauche dits progressistes. **Les islamistes occidentaux auraient conclu des alliances avec des structures de lutte contre le racisme, des médias grand public, des agences gouvernementales finançant la lutte contre la discrimination et la diversité. Pour Vidino, « la proximité même avec ces environnements les protège partiellement des accusations d'islamisme formulées par les critiques ».**

Vidino cite l'exemple du Femyso, Forum européen des organisations musulmanes de jeunes et d'étudiants, une organisation d'étudiants et de jeunes basée à Bruxelles, fondée par les principaux dirigeants des Frères musulmans en Occident et dirigée historiquement par des descendants d'éminents dirigeants de la confrérie et des responsables de groupes d'étudiants liés aux Frères

musulmans dans toute l'Europe. **Le Forum aurait reçu d'importants financements de l'Union européenne pour mener des campagnes anti-islamophobie et pro-hidjab.**

Des auteurs et des activistes affichent leurs inquiétudes face à ce phénomène, qui reste pour l'instant limité à la pointe avancée des Frères musulmans. **Pour l'auteur franco-tunisien Naëm Bestandji, les islamistes occidentaux visent à transformer la religion en race, par un détournement de la lutte contre le racisme.** Pour l'activiste libanais basé en Belgique Abou Jahjah, « il est préférable qu'une grande partie des islamistes embrasse aujourd'hui une politique ultraprogressiste plutôt que le fascisme djihadiste. Néanmoins, l'attaque contre la modernité et la plupart de ses valeurs, y compris la laïcité, est menée de manière plus raffinée et plus efficace, et au sein d'une large alliance dotée d'un sérieux potentiel de mobilisation. Cette stratégie ne vise pas à créer un État islamique, mais elle peut conduire à une fragmentation de la société selon des lignes identitaires afin que chacun puisse “être soi-même” ».

Une simple occidentalisation de l'islamisme ?

S'il s'avère que la nouvelle génération d'islamistes fait clairement appel au langage et aux codes de l'idéologie woke, Vidino invite à la prudence quant aux objectifs de cette évolution. **« Une autre façon d'interpréter cette superposition race-religion, et donc racisme-islamophobie, est de l'interpréter non pas comme un stratagème calculé, mais comme un véritable phénomène qui serait l'occidentalisation de l'islamisme. »** Une stratégie pour obtenir des résultats politiques ou une conviction authentique ? « La réponse n'est pas univoque, puisque l'islamisme n'est pas un monde homogène », confie Vidino au *Point*.

12 juin (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/06/09/tough-luck-for-iphone-users-as-europe-imposes-a-standard-phone-charger>

Europe | Charlemagne

Tough luck for iPhone users as Europe imposes a standard phone charger

Love it or loathe it, the measure will bring attention to the EU



Jun 9th 2022

What has the European Union ever done for us? Well, the single market is jolly useful, as anyone running a business can attest. Structural funds have financed roads, electricity grids and whatnot in poorer bits of the continent. Rather urgent plans to achieve net zero carbon emissions within a generation have been hashed out at eu level, lest anyone forget. You can cross most of its borders without a passport, too, though people take them on holiday anyway. Not to mention antitrust rules devised then enforced in Brussels to prevent big firms from bilking consumers. Oh and there is peace, at least within the bloc.

Charlemagne could go on. The problem is, few Europeans know about much of this, or give the eu credit for it. Most of what affects their daily lives—education, tax rates, housing benefits, fixing potholes—is decided by national governments or local ones. Beyond the odd summit of leaders discussing the fate of the world (or at least the euro) much of what happens in Brussels is noted primarily by policy wonks. Only occasionally does the great hulking regulatory machine there, including a 32,000-strong European Commission and 705 meps, find a way of doing something that will be both noticed by citizens and for which the eu can claim credit. One such example was agreed on June 7th: by 2024 makers of devices including smartphones and cameras will have to switch to a single type of charger mandated by Brussels.

European plans for a common plug for electronics are nearly as old as the gizmos themselves. The idea was already floating around in 2006, before the iPhone came to market. Since then every nerd from Lisbon to Helsinki has squirreled away a box full of tangled wire, kept just in case a 12-year-old Nokia brick might need to be revived. The avoidance of such electronic waste is one putative motive for imposing a common charger. The model selected is known as usb-c, an industry standard which most manufacturers already use. The big exception is Apple, which has stuck to its own system. It will either have to make Europe-only gadgets with a usb slot (which many Apple tablets and laptops already feature) or switch over all its iPhones globally to suit the edict.

This electronic-waste line of reasoning is itself as antiquated as a flip-phone. Handset chargers used to be fist-sized bundles of metal; now they are mere cables that connect to interchangeable plug slots.

Most people already have plenty of them. A mooted cut of 1,000 tonnes of binned electronics avoided per year sounds impressive, but represents about 0.002% of the global figure. Another justification put forward is the carbon footprint of chargers. Taken together, all those produced for Europeans every year will generate life-cycle emissions of around 900,000 tonnes of CO₂ equivalent. Yet that is less than is spewed by a single Boeing jet. Expected consumer savings of €250m (\$267m) a year mean each eu citizen can look forward to a bonanza of roughly €1 every two years, not much of a dent in the cost-of-living squeeze.

The final argument is one of convenience, for firms and consumers alike. Politicians used to hesitate before telling companies and people what was good for them, even in Europe. But the eu is in a *dirigiste* mood these days (the official leading the charge on chargers, Thierry Breton, is the French internal-market commissioner). Companies stand accused of having failed to gauge the impact of their actions: all that outsourcing to China, say, might prove one day to be as harmful as dependence on Russian gas is today. Public money is pouring into investments, from microchips to semiconductors, which the private sector is apparently too short-sighted to back without subsidy. Spelling out to companies that designed the phones (and chargers that keep them lit) how best to do that fits that politicians-know-best mould. Needling American tech behemoths is an added bonus.

The downside of regulation seems to have been ignored. Standardising chargers might make sense if they have reached the end-state of their development, like electric plugs. But have they? Phone cables have evolved markedly within recent memory, for example when it comes to downloading data as well as juice. Now what innovation might come will have to be agreed by a technical committee that signs off on the usb standard. Apple has taken out patents on a plug-in charger that would improve the water-resistance of its devices: it may as well bin them now, at least in Europe. A similar one-size-fits-all approach will in time be applied to wireless charging, the next big thing in keeping your smartphone alive beyond 3pm. Whoever invents the best system will have to convince officialdom, not consumers, that it is indeed better.

Battery low: connect your device

The balance between innovation and purported convenience is incidental here. What matters is that however people feel about the move, they are at least bound to notice it. In so far as Europeans hear about what Brussels has done for them, it is mostly when they cross borders. The capping of mobile-phone roaming charges agreed over a decade ago is still brought up as one of the bloc's signature achievements (and a painful drawback for Brits as they get clobbered with enormous bills for streaming Netflix to while away the hours spent in non-eu queues at Tenerife airport). Like passport-free travel or Erasmus university exchanges, this only affects people who travel. But an eu survey commissioned to justify the end of roaming charges found that most Europeans seldom did, and over a third had never left their own country. In contrast just about everyone has an electronic device these days.

Can Eurocrats be blamed for craving a bit of the spotlight their national counterparts enjoy? The phone-charger rule provoked more headlines than decades of sensible proposals on regulating chemicals or life insurance ever have, and for which Brussels deserves more credit than it gets. Mandating how phones are juiced is a case of the eu getting closer to the daily concerns of citizens—but also further from where it can be most useful.

12 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/paus-und-stark-watzinger-lehnen-steinmeiers-dienstpflicht-idee-ab-18097972.html>

KRITIK AN PFLICHTDIENST-IDEE:

„Ein staatlicher Eingriff in den Lebenslauf ist so ziemlich das Letzte“

AKTUALISIERT AM 12.06.2022-16:52



Laut Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist ein Pflichtdienst mit den Liberalen nicht zu machen. Bild: dpa

Bildungsministerin Stark-Watzinger und Familienministerin Paus lehnen Bundespräsident Steinmeiers Vorschlag für einen Pflichtdienst für alle jungen Menschen ab. Unterstützung kommt dagegen aus der CDU.

Der Vorstoß von Bundespräsident [Frank-Walter Steinmeier](#) zur Einführung eines Pflichtdienstes für alle junge Menschen in Deutschland ist auf mehrheitlich ablehnende Reaktionen gestoßen. „Über zwei Jahre lang haben sich junge Menschen für die Gesellschaft zurückgenommen, auf vieles verzichtet. Ein staatlicher Eingriff in den Lebenslauf ist so ziemlich das Letzte, was sie jetzt brauchen“, schrieb Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf Twitter. „Eine Dienstpflicht wird es mit uns nicht geben“, erklärte Stark-Watzinger im Namen der Liberalen.

Auch Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) kann dem Vorstoß nichts abgewinnen. „Ein sozialer Pflichtdienst würde einen Eingriff in die individuelle Freiheit eines jeden Jugendlichen bedeuten“, erklärte Paus am Sonntag. „Wir sollten unsere jungen Menschen, die unter der Corona-Pandemie besonders gelitten und sich trotzdem solidarisch mit den Älteren gezeigt haben, weiterhin die Freiheit zur eigenen Entscheidung lassen“. Paus unterstrich zugleich, dass die verschiedenen Programme für Freiwilligendienste bei Jugendlichen „sehr beliebt“ seien. „Viele junge Menschen nutzen dieses Angebot und engagieren sich, meist im sozialen oder ökologischen Bereich.“

„In den Dienst der Gesellschaft stellen“

Bundespräsident Steinmeier hatte eine Debatte über die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes für junge Menschen in Deutschland angeregt. „Es geht um die Frage, ob es unserem Land nicht gut tun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen“, sagte der Bundespräsident der „Bild am Sonntag“. Steinmeier sprach von einer „Pflichtzeit“ und betonte sie müsse kein Jahr lang dauern. Diese Zeit könnte bei der [Bundeswehr](#) geleistet werden, aber genauso gut bei der Betreuung von Senioren, in Behinderteneinrichtungen oder in Obdachlosenunterkünften. „Gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnimmt, kann eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein. Man kommt raus aus der eigenen Blase, trifft ganz andere Menschen, hilft Bürgern in Notlagen. Das baut Vorurteile ab und stärkt den Gemeinsinn.“

Auch aus der CSU und der Linken wurde Kritik an Steinmeiers Vorstoß laut. Bayerns CSU-Sozialministerin Ulrike Scharf hält einen Pflichtdienst „nicht für zielführend“, wie sie dem „Münchner Merkur“ (Montagsausgabe) sagte. Jede und jeder solle sich freiwillig nach seinen eigenen Wünschen, Talenten und Vorstellungen einbringen können. „Junge Menschen brauchen überhaupt nicht mehr Pflichten, sondern mehr Rechte“, schrieb der Bundesgeschäftsführer der Linken, Jörg Schindler, auf Twitter. „Zum Beispiel das Recht auf einen Ausbildungsplatz, eine eigene Wohnung ab 18, einen guten Lohn.“

CDU-Vorstandsmitglied Serap Güler unterstützte dagegen den Vorschlag von Steinmeier. „Der Bundespräsident hat hier weite Teile der CDU an seiner Seite“, erklärte Güler auf Twitter. Ein verpflichtendes Dienstjahr für junge Menschen könne „viele Vorteile haben und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen“. CDU-Chef Friedrich Merz hatte sich unlängst offen für ein Pflichtjahr gezeigt, das bei der Bundeswehr oder anderswo geleistet werden kann.

10 juin (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/laetitia-strauch-bonart-liberale-et-conservatrice-20220610>

Le Figaro, no. 24200

Le Figaro et vous, samedi 11 juin 2022 887 mots, p. 42

der

LAETITIA STRAUCH- BONART LIBÉRALE ET CONSERVATRICE

REBOND NORMALIENNE ET ANCIENNE PLUME MINISTÉRIELLE, CETTE JEUNE ESSAYISTE VIENT DE PUBLIER UN OUVRAGE DANS LEQUEL ELLE DÉCRIT LES GRANDS PARADOXES DE NOTRE PAYS.

Barthelemy, Alban



Elle est l'une des figures de proue d'un courant de pensée peu populaire en France. Ses valeurs libérales et conservatrices bousculent d'ailleurs bien des idées reçues. Elle assume : « *Les gens ont parfois peur de leur ombre. Moi, je préfère annoncer la couleur.* ». Le parcours de cette normalienne, adepte de musculation et mère de deux enfants, a tout de la réussite sociale à la française. Laetitia Strauch-Bonart est née à Paris, de parents musiciens. Son père quitte toutefois le foyer avant sa naissance, une cassure qui lui fait très tôt ressentir l'importance des racines et des origines : « *Mon histoire m'a donné un sens de la complexité. Les modèles de famille expérimentaux sont souvent prônés par des gens qui ont une vie assez stable. Quand vous êtes en situation de précarité, vous vous rendez par exemple compte à quel point le couple est un rempart important.* »

Sa mère reste quelque temps sans emploi, et l'emmène vivre à Montpellier. Ces années sont matériellement difficiles : « *C'était vraiment la galère* », se souvient l'essayiste. Élève plutôt studieuse, la jeune femme est passionnée par les livres, et se rêve alors comédienne. Mais c'est un professeur de philosophie, Jean-Claude Michéa, qui la fait changer de voie alors qu'elle a 17 ans. « *Il était extraordinaire. Je suis sortie de son cours en me disant : « Voilà ce que je veux faire. »* » Sur recommandation d'une autre professeur, elle postule pour une prépa littéraire à Paris. Elle est reçue, mais la première année est rude. Elle réalise rapidement la différence entre elle et ses camarades de cours, mieux informés, mieux préparés aussi. Pourtant, son travail paie : elle est admise à l'École normale supérieure. « *Après seulement deux ans, précise-t-elle avec fierté. Je dois beaucoup à de nombreuses personnes. Sans elles, jamais je n'aurais pu aller aussi loin.* »

Pragmatisme à l'anglaise

Faute d'intérêt pour la recherche, elle multiplie les stages en entreprises, puis prend sa plume pour écrire les discours de François Baroin, alors ministre du Budget et des comptes publics. L'expérience est peu concluante : un ministre « *qui ne casse pas des briques* », des conseillers glissant « *des peaux de banane* ». « *Je pense que j'étais trop jeune, trop scolaire* », admet-elle. Elle revient alors vers le monde des idées, au sein de l'Institut de l'entreprise, un think-tank libéral ; puis en tant que journaliste, avant d'écrire son premier essai, en 2016, *Vous avez dit conservateur ?* (Éditions du Cerf) puis un deuxième, au titre provocateur : *Les hommes sont-ils obsolètes ?* (Fayard).

« Outre sa grande culture, c'est quelqu'un qui travaille, dans un domaine où le fait d'être exigeant est une denrée rare », souligne Benoît Yvert, son éditeur chez Perrin. Elle est à la fois ambitieuse dans le concept, et humble dans son exécution. » **Son dernier livre, *De la France. Ce pays que l'on croyait connaître***, en est un parfait exemple : l'auteur s'y démarque de la vision décliniste en vogue chez de nombreux intellectuels, en prenant appui sur l'histoire pour mieux comprendre les racines du « mal français ». La campagne des élections législatives ne vient pas contredire ses thèses : « *Pourtant, j'aurais bien aimé !*, plaisante-t-elle. *Cela valide mon diagnostic d'une présidentialisation extrême du régime : en France, le Parlement est inexistant. Comme si, quand le pouvoir n'était pas personnalisé, il n'intéressait plus personne...* »

Si elle s'interroge sur son pays, c'est toutefois vers **le Royaume-Uni que son regard se tourne en permanence, elle qui y a vécu plusieurs années avec son mari**. Passionnée par le pragmatisme de la politique anglaise, elle aime citer **les réformes du premier gouvernement de David Cameron**. Surtout, elle s'inspire des grandes figures de la pensée conservatrice, comme **Edmund Burke et Roger Scruton**, dont elle a traduit plusieurs textes en français. « **Être conservateur, ce n'est pas faire la morale aux gens précise-t-elle. C'est rappeler d'où l'on vient, et ne pas oublier ce qui nous a précédés. Pour moi, si des institutions existent depuis longtemps, c'est qu'elles ont une utilité.** »

De nombreuses personnes la décrivent comme « **nuancée** ». *Laetitia Strauch-Bonart n'aime pas le terme : « Je pense qu'il y a des sujets où ce n'est pas possible. Par exemple, peut-on être nuancé sur le djihadisme ? Je préfère parler de précision. Le diable se cache dans les détails... »* **Elle indique cependant être pour une liberté d'expression quasi totale, citant John Stuart Mill : « Si vous restreignez la liberté de parole, vous privez l'humanité des idées vraies, et de la réfutation des idées fausses.** » Raison pour laquelle elle porte la contradiction dans ses articles face à Jean-Luc Mélenchon, et accepte autant les invitations du youtubeur Hugon Décrypte que celles de **France Culture**, où elle est pourtant reçue froidement.

Parler avec elle revient à ouvrir des tiroirs successifs, les idées s'enchaînant les unes aux autres. Laetitia Strauch-Bonart aime discuter, comprendre son interlocuteur. Elle se verrait bien un jour élue comme députée, au sein d'un mouvement qui porterait ses idées... « *Mais c'est un projet de long terme !* », s'empresse-t-elle d'ajouter. En attendant, le succès indéniable qu'elle rencontre ne l'empêche pas de continuer à douter : « *Je n'ai pas du tout le syndrome de l'imposteur. Mais parfois, quand je prends par exemple un taxi pour aller à une émission, je me surprends à penser que c'est quelque chose que ma mère ne pourrait toujours pas aujourd'hui se payer...* »

8 juin (NZZ)

<https://www.nzz.ch/folio/warum-sie-nie-recht-haben-ld.1612968>

Warum wir glauben, was wir glauben wollen

Akiyoshi Kitaoka

Was uns ein schottischer Teenager, ein Football-Match aus den 1950er Jahren und eine Weltuntergangs-Sekte über die dubiose Herkunft unserer Ansichten lehren.

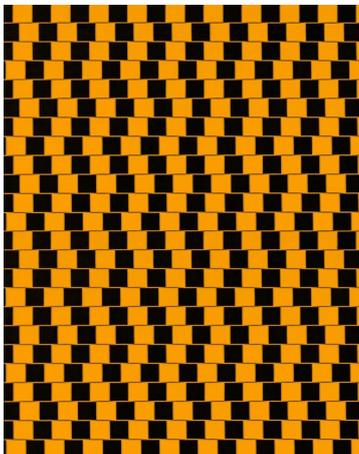
Reto U. Schneider

01.05.2021

In der Nacht vom 13. Januar 2013 rief ein Teenager aus einem kleinen Dorf in den schottischen Highlands im Internet eine aussergewöhnliche Diskussionsgruppe ins Leben. Kal Turnbull war 17 Jahre alt, die Universität von Edinburg hatte ihm eben einen Studienplatz im Bauingenieurwesen zugesichert. Bald würde er vom Land in die Stadt ziehen, und das machte ihn nachdenklich. «Ich sinnierte über meine Vergangenheit, über Freunde und Familie und wie wir in unserem kleinen schottischen Dorf im grossen und ganzen alle recht ähnlich dachten.» Turnbull wusste, dass sich sein Umfeld nun ändern würde, und er suchte nach einem Ort, an dem er erfahren würde, in welchen Dingen er falschliege. Und weil es den nicht gab, gründete er im Internetforum reddit die Gruppe «Change my View». Als ich sie acht Jahre später in meinem Browser aufrufe, hat die Gemeinschaft der Meinungsänderer 1,3 Millionen Mitglieder, von denen gerade über 5000 online sind.

Einer findet, [Blasphemiegesetze hätten keinen Platz in der Rechtsprechung](#); ein anderer, Bob Dylan sei ein mieser Liedermacher; ein dritter, die Leute sollten aufhören, [«kleiner Penis» als Beschimpfung zu benutzen](#), weil es schlecht ausgestattete Männer verletze. Alle wollen Gegenargumente hören und ihre Meinung dann überprüfen. Auch ich starte einen [Versuchsballon](#). «Latein gehört als obligatorisches Schulfach abgeschafft», tippe ich ins Titelfeld. Darunter begründe ich meine Meinung in kurzen Sätzen. Die oft genannte positive Wirkung auf das Lernen anderer Sprachen und das logische Denken konnte nie wissenschaftlich belegt werden, die Schüler könnten die Zeit effizienter nutzen.

Nach drei Stunden hat mein Eintrag acht Kommentare. Drüben beim Penis sind es 667, und auch die Blasphemie hat schon 141 Wortmeldungen. Gegen diese Konkurrenz hat Latein keine Chance. Es sind die üblichen Argumente. Thetasigma4 gibt zu bedenken, dass Latein als «lingua franca» in Europa zur Zeit der Aufklärung zum Kern der westlichen Geschichte gehörte, und myc-e-mouse hält Latein für eine gute Grundlage, um andere Sprachen zu lernen. Alle Beiträge sind wohlthuend nett. «Seien Sie nicht unhöflich oder feindselig gegenüber anderen Benutzern», heisst eine der Regeln hier. «Change my View» wurde auch schon «der zivilisierteste Ort im Internet» genannt. Selbst bei Bob Dylan bleiben sie freundlich, obwohl einigen das nüchterne Argumentieren schwerfällt ob der infamen Behauptung, er sei ein mittelmässiger Songwriter.



Bei der Meinungsbildung erliegen wir vielen kognitiven Illusionen, bei denen es sich wie bei optischen Täuschungen verhält: Selbst wenn wir das Phänomen gedanklich erfassen, verschwinden sie nicht. Bei der sogenannten Kaffeehausillusion im Bild oben erscheinen horizontale Linien schräg. Sie wurde in den 1970er Jahren an der Wand eines Cafés in Bristol, England, entdeckt.

Istockphoto

Wenn mich ein Argument überzeugt, meine Meinung zu ändern, könnte ich dafür ein Δ vergeben. Der griechische Buchstabe Delta steht in der Mathematik für Veränderung. Er ist der Orden für Antworten, die einen Benutzer dazu bewegen umzudenken. Die besten Debattanten werden auf dem Deltaboard aufgelistet, einer Art Hitparade der Überredungskünstler. Thetasigma4, der sich in meiner Lateindiskussion bemüht, hat schon 80 Deltas verliehen bekommen. Von mir bekommt er keines. Seine Argumente überzeugen mich nicht.

Das Geheimnis des Meinungswandels

Turnbulls Idee mit den Deltas erwies sich als Glücksfall für die Wissenschaft.

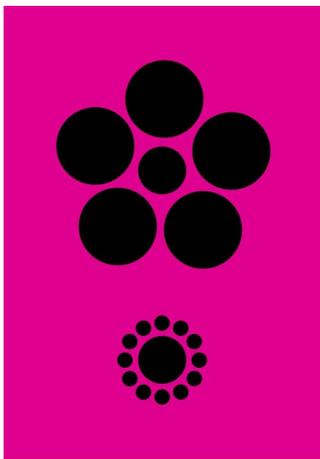
Meinungsänderungen auf freier Wildbahn zu untersuchen ist schwierig. Man weiss nie im voraus, wann und wo sie auftauchen. Doch «Change my View» hat ein Reservat für sie geschaffen. Der Computerlinguist Chenhao Tan versuchte 2016 aus 1114533 Beiträgen auf «Change my View» zu destillieren, [was die Leute dazu bringt, die Meinung zu ändern](#). Dazu liess er seine Computer nach systematischen Unterschieden suchen zwischen Argumentationsketten ohne Delta und solchen mit. Es zeigte sich, wer seinen Diskussionspartner nach vier Wortwechseln nicht überzeugt hatte, konnte aufgeben, für spätere Argumente gab es keine Deltas mehr. Auch die Anzahl Diskussionsteilnehmer wirkte sich auf den Meinungsumschwung aus: je mehr, desto besser, bis zu einer Obergrenze von etwa 130 Leuten. Einen positiven Effekt hatten ebenso längere Beiträge, mehr Absätze und das Pronomen «ich».

Wer hoffte, Chenhao Tan hätte mit seiner Studie die geheimnisvolle Mechanik des Meinungswechsels entschlüsselt, wurde enttäuscht. Zwar ist der Datenberg von «Change my View» unbezahlbar, um Computern das Argumentieren beizubringen. Doch was die Meinungsänderung bei Menschen betrifft, liegen Tans Resultate belanglos nahe: Mehr Diskussionsteilnehmer bedeuten mehr unterschiedliche Argumente, mehr Absätze deuten auf eine klare Strukturierung, längere Posts auf eine tiefere Argumentation. Den Grund, weshalb «Change my View» nicht die ganz grossen Erkenntnisse liefern kann, hat der Entrepreneur Elon Musk so zusammengefasst: ««Change my View» wird wahrscheinlich am wenigsten von jenen Leuten angeklickt, die wirklich ihre Ansicht ändern sollten.» Eine Zweitmeinung wollen wir von einem Arzt und nicht von uns selbst, da reicht uns die erste.

«Change my View» ist eine geschützte Werkstatt, und das hat mit der wichtigsten Regel dort zu tun: Man muss offen für Veränderung sein. «Change my View» sei ein Ort, um eine Meinung zu posten, die man als fehlerhaft akzeptiere, «in dem Bestreben, andere Sichtweisen zu diesem Thema zu verstehen», steht in der offiziellen Beschreibung. Mit anderen Worten: «Change my View» ist kein Abbild der Welt.

Toll, wenn es ein anderer macht

Wer der Meinungsbildung ins Getriebe schaut, stösst auf Widersprüche ohne Ende. Der grösste: Die Meinung zu ändern finden wir grossartig – solange es die anderen tun. Wir verstehen alle, dass ein gemeinsames Verständnis der Welt für das Zusammenleben wichtig ist. Und dazu gehört immer wieder, dass wir im Licht der Fakten unseren Standpunkt ändern. Eigentlich müsste uns jede neue Information schmerzfrei davon überzeugen können, dass wir falschlagen. Doch wer kann sich an ein Gespräch erinnern, in dem die Worte fielen, «gut, dass du mir das sagst, da muss ich sofort meine Meinung aufgeben». Haben wir nicht schon alle gedacht, die Welt wäre eine bessere, wenn gewisse Leute ihre Meinung ändern würden? Und waren diese Leute ohne Ausnahme nie wir selber?



Auch wenn es anders wirkt: Die beiden Kreise in der Mitte sind gleich gross.

Oft erklären wir uns die falschen Meinungen der anderen mit Unwissen. Wenn wir der Gegenseite bloss lange genug die Fakten darlegen könnten, würde sie ihren Irrtum zweifellos einsehen. Angesichts der Tatsache, dass wir damit kaum je erfolgreich waren, ist das eine erstaunliche Überzeugung. Trotzdem führen wir jede neue Diskussion mit dieser Strategie.

Der Einfluss von Wissen bei der Meinungsbildung wird überschätzt. Zudem ist nicht Unwissen das Problem sondern Halbwissen. Wer nichts weiss, macht sich selten etwas vor über seine Fähigkeiten, wer wenig weiss, hingegen schon. Das haben 2002 die Psychologen Leonid Rozenblit und Frank Keil eindrücklich demonstriert, indem sie ihren Versuchsteilnehmern ein paar einfache Fragen stellten: Wie funktioniert ein Reissverschluss? Ein Dosenöffner? Ein Tachometer? Die Beschreibungen waren derart dürftig, dass die Forscher den Begriff «[Illusion der Erklärungstiefe](#)» erfanden. Die Probanden hatten nämlich zuvor angegeben, all diese Dinge zu verstehen.

[Für eine andere Studie](#) bat die Psychologin Rebecca Lawson Versuchspersonen, in der groben Skizze eines Velos einige Details einzuzeichnen. 36 von 80 waren nicht in der Lage, Kette und Pedale korrekt zu positionieren. Bei vielen führte die Kette direkt vom Vorderrad zum Hinterrad, die Pedale klebten losgelöst irgendwo am Rahmen. Wenn Sie jetzt gelacht haben, nehmen Sie ein Blatt Papier und skizzieren Sie eine WC-Spülung. Das gehörte auch zu Rozenblits und Keils Aufgaben.

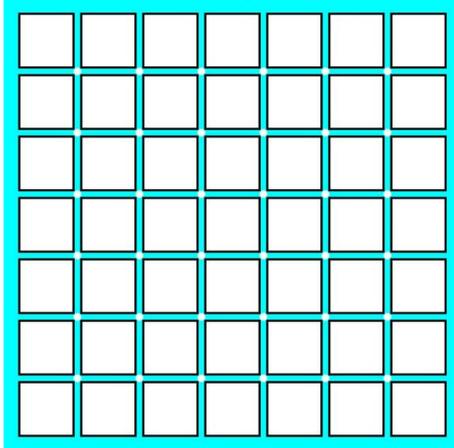
[Spätere Untersuchungen zeigten](#): Das Halbwissen setzt sich nahtlos von Velos und WC-Spülungen zu Steuersystemen und der Klimaerwärmung fort. Die meisten Leute glauben Dinge zu verstehen, von denen sie keine Ahnung haben. Dabei ist es nicht so, dass sie bewusst aufschneiden, sie erliegen tatsächlich der Illusion, etwas zu verstehen, was sie nicht verstehen. Erst wenn sie eine genaue Erklärung liefern sollen, bricht ihr oberflächliches Wissen in sich zusammen. «Ich ahnte nicht, wie wenig ich über diese Dinge wusste, bis ich sie zeichnen musste», kommentierte ein Proband seine Veloskizze. Die instinktive Selbstüberschätzung zeigt sich während der Corona-Pandemie besonders spektakulär. Menschen, die Polymerase Chain Reaction noch nicht einmal buchstabieren können, fühlen sich berufen, ihre Meinung zu den PCR-Tests in die Welt hinauszuschreien. Dabei spielt auch der sogenannte Dunning-Kruger-Effekt mit: Inkompetenten Menschen fehlt leider auch die Kompetenz, ihre Inkompetenz zu erkennen.

Doch dass wir unser Wissen überschätzen, ist nur eines von vielen Hindernissen, die einer rationalen Meinungsbildung im Weg stehen. Wenn Meinungen auf einer nüchternen Analyse von Fakten beruhten, wie Politiker oft behaupten, dann müssten wir heute eigentlich alle einer Meinung sein. Selbst wenn man in Betracht zieht, dass Kultur, Erziehung und Weltsicht eine Meinung mitformen: ist es nicht erstaunlich, dass Appenzeller unterschiedliche Meinungen haben, die Kessler-Zwillinge oder die Nationalräte Roger Köppel von der SVP und Balthasar Glättli von den Grünen, die als Studienkollegen an der Uni Zürich auch noch in derselben Philosophievorlesung sassen? Heute haben wir per Mausclick alle Fakten zur Verfügung. Einig sind wir uns deshalb nicht geworden.

Ein ungewöhnliches Footballspiel

Am 23. November 1951 empfing die Football-Mannschaft von Princeton jene von Dartmouth zum letzten Spiel der Saison. Es war ein ungewöhnlich grober Match, ein Spieler brach sich die Nase,

ein anderer ein Bein. Die Studentenzeitungen der beiden Universitäten berichteten sehr unterschiedlich über die Gründe dieser Ereignisse. [Das brachte zwei Psychologen auf eine Idee](#): Sie zeigten identische Filmausschnitte des Spiels an beiden Hochschulen und fragten die Studenten nach ihrer Einschätzung. Die Meinungen fielen diametral anders aus. In Princeton hielt man das Spiel für hart, aber fair, in Dartmouth war Princeton der Aggressor. Das klingt wenig überraschend, birgt aber eine tiefe Wahrheit: Jeder glaubt die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. Und daraus folgt in zwingender Logik: Wer die Welt nicht so sieht, dem fehlt entweder die richtige Information, oder er ist voreingenommen, oder er kann nicht vernünftig denken. Die Satire-Website «Der Postillion» fasste es so zusammen: «Wissenschaftlich erwiesen: alles Vollidioten ausser Ihnen.» Der naive Realismus, wie diese Tendenz in der Psychologie heisst, hat weitreichende Folgen bei der Meinungsbildung. Keiner kennt sie besser als der Psychologe [Lee Ross, der den Begriff in den 1990er Jahren geprägt hat](#).



Akiyoshi Kitaoka

Ross hat in Experimenten nicht nur nachgewiesen, wie vernebelt unsere Vorstellungen der Meinungsbildung sind, er ist auch Mitbegründer des Stanford Center on International Conflict and Negotiation und hat in Nordirland und im Nahen Osten zwischen Konfliktparteien vermittelt. Dabei zeigte sich immer wieder, welch hohe Hürde der naive Realismus ist. Laut Ross können wir durchaus erkennen, dass die Meinungen aller Menschen von ihrer Kultur und ihren persönlichen Erfahrungen geprägt werden, bloss bewerten wir diese unterschiedlich. Die Einflüsse, denen wir selber unterworfen waren, deuten wir als Quelle der Weisheit und Erleuchtung, jene unserer Gegner als den Ursprung von Vorurteilen und Ressentiments.

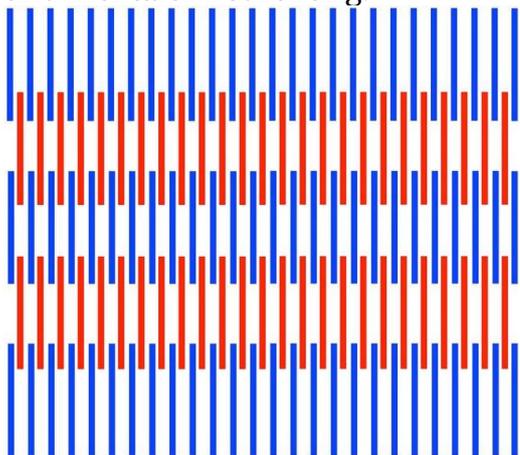
Wir können uns sogar vorstellen, dass wir an ihrer Stelle genauso denken und handeln würden. Was wir uns nicht vorstellen können, ist, dass sie recht haben und wir unrecht. In einem Akt erstaunlicher mentaler Akrobatik ziehen wir es vor zu glauben, wir wären in ihrer Lage ebenfalls in die Irre geleitet worden. «In den 40 Jahren, in denen ich das mache, habe ich noch nie erlebt, dass die Leute sagen: <Ich möchte mich mit der anderen Seite treffen, weil ich glaube, dass ich die Dinge falsch sehe>», sagt Ross, «sie wollen vielleicht wissen, wie die andere Seite denkt, damit sie sich einfühlen können, aber sie denken nie daran, dass der Zweck des Treffens darin besteht, selber zu einer rationaleren Sichtweise zu gelangen.»

Eigentlich hatte schon der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck gewusst, dass es ein Fehler sei, «bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln». Doch unglücklicherweise kann niemand dem naiven Realismus entfliehen. Er ist wie eine optische Täuschung: Selbst wenn wir das Phänomen gedanklich erfassen, geht die Illusion nicht weg.

Es ist das tragische Schicksal des Menschen, dass er die Welt nicht wirklich mit den Augen der andern sehen kann. Dazu fehlen ihm nicht nur die anderen Augen, sondern vor allem das andere Gehirn. Wir werden immer wieder glauben, die Dinge vorurteilslos und objektiv zu sehen, obwohl wir wissen müssten, dass das höchst unwahrscheinlich ist angesichts der Tatsache, dass alle anderen auch so denken.

Wir glauben, objektiv zu sein – alle anderen auch

Nicht jede Meinung liegt uns gleich nah am Herzen. Das konnten die Neurowissenschaftler [Jonas Kaplan und Sarah Gimbel direkt im Hirn feststellen](#). Sie steckten vierzig Versuchspersonen mit politisch linker Grundhaltung in einen Gehirnscanner und präsentierten ihnen auf einem Bildschirm Argumente, die ihren Überzeugungen widersprachen. Diese Gegenargumente betrafen einerseits politische Meinungen wie «Abtreibung soll legalisiert werden» oder «die Steuern für Reiche gehören erhöht», andererseits unpolitische wie «Edison hat die Glühbirne nicht erfunden» oder «eine Universitätsausbildung verbessert die wirtschaftlichen Aussichten». Bei den unpolitischen Ansichten fielen die Argumente auf fruchtbaren Boden, viele Versuchspersonen änderten ihre Meinung ohne zu zögern. Von ihren politischen Ansichten liessen sie sich jedoch kaum abbringen. Diese Gegenwehr zeigte sich auch in der Gehirnaktivität. «Die Reaktion war sehr ähnlich, wie wenn Sie durch einen Wald spazieren und auf einen Bären stossen», sagt Sarah Gimbel. Gewisse Meinungen sind Bären! Sie in Frage zu stellen empfinden wir offenbar als grosse Gefahr. «Interessanterweise unterscheidet das Gehirn in diesem Fall nicht zwischen körperlicher und mentaler Bedrohung.»



Die weisse Fläche zwischen den roten Linien scheint ebenfalls rot.

Und so wie sich das Gehirn beim Bären auf Kämpfen oder Flüchten einstellt, stehen ihm wirksame, wenn auch dubiose Methoden zur Verfügung, um mit missliebigen Meinungen fertig zu werden. [Wie meisterhaft wir das beherrschen, zeigte eine Untersuchung in den 1970er Jahren](#).

Damals baten Psychologen eine Reihe von Studenten, zwei Studien zu lesen, die sie für das Experiment erfunden hatten: eine belegte anscheinend, dass die Todesstrafe eine abschreckende Wirkung auf mögliche Täter habe, die andere zeigte das Gegenteil. Sowohl Gegner wie Befürworter der Todesstrafe hielten jeweils jene Studie für überzeugender, die ihre Meinung stützte, und hielten die andere Studie für lückenhaft und schlampig.

Ernüchert stellten die Wissenschaftler fest, man könne offenbar nicht erwarten, «dass aus <objektiven> Daten über brennende gesellschaftliche Themen ein Konsens über die Politik hervorgehe». Schliesslich hatten ihre Versuchspersonen das Kunststück geschafft, in exakt denselben Unterlagen die Bestätigung für ihre entgegengesetzten Ansichten zu finden.

Seither haben Studien eine Macke um die andere unseres Gehirns offenbart, die uns erlauben, trotz erdrückenden Widersprüchen an einer Meinung festzuhalten: Confirmation Bias bezeichnet die Tendenz, gezielt nach Informationen Ausschau zu halten, die unsere Meinung bestätigen; Motivated Reasoning die Neigung, widersprechende Fakten besonders kritisch zu untersuchen; beim Desirability Bias halten wir eher für wahr, was wir uns wünschen. Natürlich erkennen wir sofort, wenn andere diese billigen Tricks anwenden, bloss bei uns selber will uns das nicht gelingen.

Wir sind blind gegenüber unserer eigenen Parteilichkeit, obwohl wir sie in unserem Alltag immer wieder beobachten könnten. Der Psychologe Daniel Gilbert hat sie im Badezimmer entdeckt: «Wenn unsere Personenwaage schlechte Nachrichten liefert, springen wir ab und dann wieder auf, nur um sicherzugehen, dass wir die Anzeige nicht falsch gelesen haben; wenn die Waage gute Nachrichten liefert, lächeln wir und gehen unter die Dusche.»

Wir glauben, was wir glauben wollen

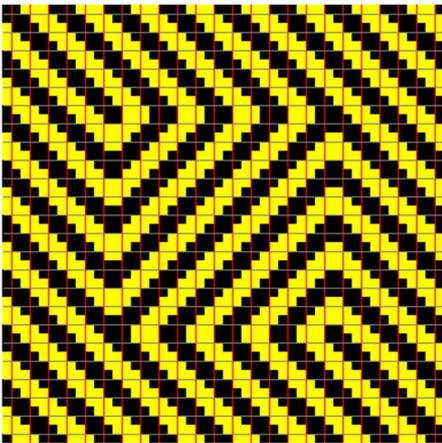
Unser Gehirn ist selektiv skeptisch, glaubt, was es glauben will, und macht das Vertrauen in unsere Waage vom angezeigten Gewicht abhängig. Doch wozu der ganze Aufwand? Warum lassen wir uns nicht einfach leidenschaftslos vom besseren Argument überzeugen? Müsste es nicht von Nachteil sein, an einer falschen Meinung festzuhalten?

Das kommt ganz darauf an, in welche Kategorie eine Meinung fällt: Unpolitische Meinungen, die sich nicht auf unser Wohlergehen auswirken, ändern wir ohne Umstände und oft ohne Prüfung. Wenn uns jemand erzählt, nicht Thomas Edison habe die Glühbirne erfunden, sondern der Brite Joseph Swan, nehmen wir das mit mehr oder weniger Interesse zur Kenntnis. Ansichten, die sich direkt auf unser Leben auswirken, prüfen wir hingegen genau. Die esoterische Idee, dass sich der Mensch ausschliesslich von Licht ernähren kann, hat nur wenige Anhänger, weil die meisten Menschen ihre Gefährlichkeit sofort erkennen.

Bei Meinungen, die politisch oder moralisch aufgeladen sind, liegt die Sache anders. Sie betreffen zwar oft grosse Fragen. Doch ob ein einzelner sie richtig oder falsch beurteilt, bleibt für seinen Alltag ohne Folgen. «Mit Ausnahme einer winzigen Anzahl von Machern und Entscheidern ist es astronomisch unwahrscheinlich, dass die Meinung einer Person über den Klimawandel oder die Evolution einen Unterschied für die Welt als Ganzes macht», sagt der Psychologe Dan Kahan. Kahan hat grosse Untersuchungen über die sozialen Folgen von Meinungswechseln gemacht. Er hat auch einen Verdacht, warum es aus der Sicht eines Einzelnen vernünftig sein kann, nicht von einer absurden Meinung abzurücken: Für viele ist der Preis, den sie für eine falsche Meinung bezahlen, kleiner als die Gefahr, in ihrer sozialen Gruppe isoliert zu werden, wenn sie die Meinung wechseln.

Kahan sieht die politische Meinung als eine Art Treueschwur. Eine Meinung zu wechseln ist so gesehen immer auch Verrat. Verrat an der Gruppe, zu der man gehört oder gehören möchte, und Verrat an seinem früheren Ich. Deshalb reagieren wir auf Gegenargumente wie auf den Bären im Wald: Sie bedrohen unser soziales Leben und unsere Identität. Wir haben nicht Meinungen, wir sind unsere Meinungen.

Besonders deutlich zeigt sich das bei Friedensverhandlungen traditionell verfeindeter Parteien, wie [die israelische Sozialpsychologin Ifat Maoz mittels einer kleinen Lüge zeigte](#).



Alle roten und blauen Linien sind parallel.

Akiyoshi Kitaoka

Maoz verschaffte sich Zugang zu Originalfriedensvorschlägen, die Israeli und Palästinenser im Mai 1993 in Washington präsentierten. Diese Dokumente unterbreitete sie israelischen Studenten zur Beurteilung. Was sie ihnen nicht sagte: Bei einem Teil der Dokumente vertauschte Maoz die Urheber: Der Vorschlag der Israeli wurde den Palästinensern zugeschrieben, jener der Palästinenser den Israeli. Und siehe da: Die Studenten fanden den Vorschlag ihrer Feinde plötzlich besser als jenen ihrer eigenen Partei. Die Politiker hätten es sich sparen können, nächtelang über Formulierungen zu brüten, entscheidend war nicht, was dastand, sondern, wer es geschrieben hatte.

Noch erstaunlicher war, dass sich die Studenten weder beschämt noch verunsichert fühlten, als ihnen Maoz eröffnete, wer die tatsächlichen Urheber waren. «Sie sagten nur: <Das ist ganz rational. Wir befinden uns in einem Kampf, der Feind sind die Palästinenser, wir können ihnen nicht vertrauen, also können wir ihren Vorschlägen auch nicht vertrauen.>»

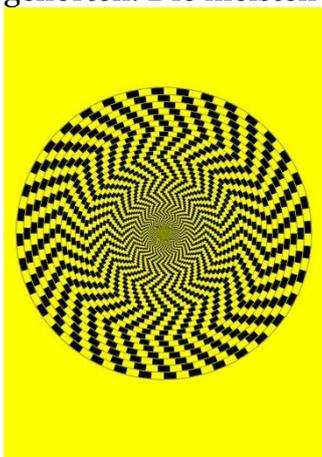
Ein solches Stammesdenken zeigt sich heute bei vielen umstrittenen Themen, vom Klimaschutz über die Gentechnik bis zur Einwanderung – mit verhängnisvollen Konsequenzen. [Das rationale Verhalten des Einzelnen, der im Zweifelsfall zuallererst zu seiner Gruppe hält, kann für die](#)

[Gesellschaft als Ganzes irrational sein](#), «indem es die Bürger daran hindert, sich auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse darüber zu einigen, wie sie ihre gemeinsamen Interessen an Gesundheit, Sicherheit und Wohlstand sichern können», wie Kahan schreibt. Überraschenderweise wirkt sich Intelligenz bei solchen Partisanenkämpfen negativ aus. Oft gilt: Je höher der Bildungsgrad, desto extremer die Positionen. Offenbar brauchen die Kontrahenten ihre beachtliche Denkfähigkeit nicht in erster Linie, um über Gegenargumente zu ihren Positionen nachzudenken, sondern, um sie wegzuerklären. Der beunruhigende Widerspruch, der sich daraus ergibt, steckt im Titel [eines Artikels des kanadischen Philosophen Michael Hannon](#): «Sind kundige Wähler die besseren Wähler?» Eine klare Antwort kann Hannon nicht geben. Schon Benjamin Franklin bemerkte: «Es ist so praktisch, ein rationales Wesen zu sein, da es uns befähigt, für alles, was man zu tun gedenkt, einen Grund zu finden.»

Besuch bei der Weltuntergangs-Sekte

Die Mitglieder der Sekte The Seekers verbrachten die Nacht vom 21. Dezember 1957 voller Erwartung in einem Haus in Chicago. Ihre Anführerin Dorothy Martin hatte die Botschaft erhalten, dass die Welt um Mitternacht untergehe, ihre Gemeinschaft aber gerettet werde. Was Martin nicht wusste: Unter ihren Getreuen waren auch Wissenschaftler, die sich eingeschlichen hatten. Die Forscher um den Psychologen Leon Festinger wollten wissen, was passieren würde, wenn die Prophezeiung nicht einträfe. Tatsächlich tauchte die Untertasse, die die Sektenmitglieder hätte abholen sollen, nicht auf. Am Morgen erhielt die Sektenführerin die Botschaft, Gott habe beschlossen, die Welt zu verschonen. Von aussen betrachtet, wäre die einzige vernünftige Reaktion gewesen, dem Glauben abzuschwören und die Sekte nach der Fehlprognose zu verlassen, doch das war nicht, was geschah.

Die Gemeindemitglieder erlebten einen starken inneren Konflikt. Die Welt war nicht untergegangen, das Leben nahm weiter seinen Lauf, dabei hatten sie doch ihre Arbeit aufgegeben, ihre Häuser verschenkt, ihr Geld verteilt. Entweder mussten sie sich eingestehen, dass sie leichtgläubig auf eine absurde Geschichte hereingefallen waren, oder sie mussten glauben, dass sich Gott tatsächlich kurzfristig umentschieden hatte und sie immer noch zu den Auserwählten gehörten. Die meisten wählten die zweite Möglichkeit.



Nicht alle sehen hier das gleiche. Für die einen bewegen sich die Kreise spiralförmig, für die andern verlaufen sie nicht um den gemeinsamen Mittelpunkt.

Akiyoshi Kitaoka

Leon Festinger nannte diese innere Spannung kognitive Dissonanz. Sie ist oft der versteckte Antrieb hinter all den Mechanismen, die verhindern, dass wir unsere Meinung ändern. Kognitive

Dissonanz ist ein komplizierter Begriff dafür, dass wir Widersprüche im Kopf als höchst unangenehm empfinden und unter allen Umständen aufzulösen versuchen. Wie die Mitglieder der Sekte wählen die meisten Menschen anstelle der unangenehmen ehrlichen Antwort, dass wir falschlagen, die angenehme Lüge, dass die neue Information zweifelhaft ist.

Die kognitive Dissonanz vermindern wir auch in anderen Bereichen. Wenn wir nicht in die Ferien fahren können und uns einreden, der Strand wäre ohnehin schmutzig gewesen, oder wenn wir froh sind, nicht gewählt worden zu sein, weil das Amt ohnehin viel Arbeit gemacht hätte. Diese Widersprüche aufzulösen ist ein grundlegender Mechanismus der Lebensbewältigung. Er erlaubt uns, in den Spiegel zu schauen und einen einigermaßen anständigen und intelligenten Menschen zu sehen. Doch wenn der innere Konflikt gross wird, kann er zu grotesken Verhalten führen. Zum Beispiel bei Staatsanwälten, die Menschen hinter Gitter gebracht haben, deren Unschuld Jahre später durch DNA-Tests zweifelsfrei festgestellt wurde. Sie können sich ihren Fehler oft nicht eingestehen und wollen die Freigelassenen wieder anklagen. Die Vorstellung, dass sie unschuldigen Menschen Jahre ihres Lebens genommen haben, ist ihnen unerträglich.

Das Problem mit den Fakten

Angesichts dieser übermächtigen psychologischen Prozesse und unserer Blindheit gegenüber unserer eigenen Voreingenommenheit scheint die Meinungsbildung ein erratic und tief irrationaler Prozess zu sein, bei dem Fakten kaum eine Rolle spielen. Aber stimmt das wirklich? Dringen Fakten tatsächlich nicht zu den Menschen vor?

Diese Frage stellte sich der amerikanische Politologe David Redlawsk. Er wusste, dass Wähler nicht kühle Rechner sind. Mochten sie einen Kandidaten einmal, hatte dieser die Psychologie des Meinungswechsels auf seiner Seite. Selbst mit negativer Information wäre er nur schwer zu entthronen. Doch Redlawsk war überzeugt, dass es einen Wendepunkt geben musste. Irgendwann würden sich die ungünstigen Fakten in der Wählergunst niederschlagen. Oder nicht?

Das versuchte Redlawsk [in einer simulierten Präsidentschaftswahl](#) herauszufinden, in der die Versuchspersonen mehr und mehr schreckliche Dinge über ihren bevorzugten Kandidaten erfuhren. Am Anfang blieben die Probanden ihrem Kandidaten treu, doch als etwa ein Drittel der Nachrichten negativ waren, begannen sie ihren Favoriten aufzugeben. Redlawsk hatte seinen Wendepunkt gefunden. Er weiss, dass sich dieses Resultat nicht auf eine richtige Wahl übertragen lässt. «Aber ich glaube, wir haben zumindest die Existenz dieses Effekts bewiesen.»

Irgendwann spielen Fakten also doch eine Rolle – zumindest in diesem Fall. Das wären gute Neuigkeiten, wenn sich der Medienkonsum mit dem Internet nicht so radikal verändert hätte. Heute kann sich jeder seine persönliche News-Diät zusammenstellen, und die meisten Menschen bevorzugen Quellen, die ihre Meinungen bestätigen. In einem Experiment waren die Teilnehmer sogar bereit, auf einen Lotteriegewinn zu verzichten, wenn sie dafür keine Aussagen der Gegenpartei lesen mussten. So kann die unangenehme kognitive Dissonanz gar nicht erst aufkommen. Und die kritische Menge an Gegenargumenten, bei der man die grundsätzliche Abwehrhaltung aufgibt, wird nie erreicht. Das Problem sind nicht Fake News, das Problem ist, dass die Menschen in einem nie dagewesenen Mass kontrollieren, welche Information sie überhaupt finden. Und es kommt noch schlimmer: Da jeder Einzelne nur einen winzigen Bruchteil der Welt aus erster Hand kennen kann, haben wir keine andere Wahl, als viele Informationen zu akzeptieren, die wir nicht selbst überprüfen können. Wir müssen einfach glauben, dass die Erde eine Kugel ist. Mit eigenen Augen gesehen haben das nur 568 Raumfahrerinnen und Raumfahrer.

Wem sollten wir glauben?

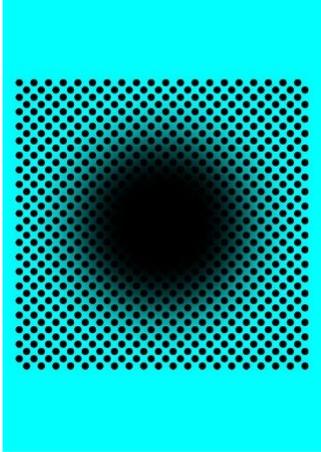
Das führt unweigerlich zur Frage, wem wir glauben. Freunden? Politikern? Wissenschaftern? Haben Wissenschaftler nicht auch ihre blinden Flecken? Das haben sie. Schon der deutsche Physiker Max Planck wusste, dass sich Neues in der Wissenschaft nicht durchsetzt, indem man die Gegner überzeugt, sondern indem die Gegner «allmählich aussterben».

Allerdings sind Wissenschaftler im Gegensatz zu Freunden und Politikern einer Methode verpflichtet, die letztlich unbestechlich ist. Das Wissen, das aus Beobachtungen und Experimenten entsteht, kann jederzeit mit Beobachtungen und Experimenten überprüft werden. «Die Wissenschaft ist schlauer als die Wissenschaftler», hat der Künstliche-Intelligenz-Forscher Eliezer Yudkowsky einmal gesagt.

Langfristig ist die Welt mit dem wissenschaftlichen Konsens gut gefahren. Die Treffsicherheit von einzelnen Querschlägern in der Forschung wird überschätzt, weil uns das Gedächtnis einen Streich

spielt: Wir erinnern uns nur an jene, die recht behalten haben, und nicht an jene, die an der Existenz des Aidsvirus zweifelten oder das Perpetuum mobile erfunden hatten.

Trotzdem bleibt das Fazit düster: Meinungen werden oft nicht aus Fakten, Analyse und Intelligenz geboren, sondern aus Inkompetenz, Selbstüberschätzung und Opportunismus. Selbst die Leute über ihre Vorurteile aufzuklären hilft wenig, sagt die Psychologin Emily Pronin: «Die Studenten sagen nur: <Meine Güte, das habe ich gar nicht gewusst, jetzt habe ich Wörter, um zu beschreiben, was die anderen Leute immer tun.>» Aber gibt es nicht doch Lektionen, die sich aus der Forschung zur Meinungsfindung destillieren lassen? Es gibt sie, doch Wunder bewirken sie keine.



Blickt man auf den schwarzen Punkt, scheint sich der Nebel zu bewegen.

Akiyoshi Kitaoka

Als erstes sollten Sie akzeptieren, dass die offensichtliche Voreingenommenheit, Inkonsequenz und Befangenheit, die sie in anderen Menschen erkennen, diese genau so leicht in Ihnen sehen. Die Erkenntnis, alle ändern glaubten auch, sie sähen die Welt objektiv, mag Sie treffen wie ein Schlag. Finden Sie sich damit ab: Für Ihre Meinung ist im Universum kein besonderer Platz reserviert. Studien zeigen übrigens: [Die blinden Flecken sind von links bis rechts gleichmässig über das politische Spektrum verteilt.](#)

Brechen Sie mit der Erwartung, zu allem eine Meinung haben zu müssen. Wenn Sie wenig über ein Thema wissen, sowieso; aber auch, wenn Sie Experte sind. Der kanadische Pädagoge Laurence J. Peter sagte es so: «Manche Probleme sind so komplex, dass man hochintelligent und gut informiert sein muss, um bei ihnen unentschieden zu sein.»

Erliegen Sie nicht dem Trugschluss, die Meinung zu ändern zeuge von Schwäche. Sie zeigen damit nicht, dass Sie falschlagen, sondern dass sie etwas gelernt haben.

Stellen Sie sich die Frage: Welche konkrete Information würde mich vom Gegenteil überzeugen? Falls Ihnen nichts einfällt, ist Ihre Meinung keine Meinung sondern Ideologie oder Glaube. Die zweite Frage, die Sie beantworten müssen: Was wäre, wenn ich nicht recht hätte? Je dramatischer die Folgen, desto besser sollte Ihre Begründung ausfallen.

Meinungswechsel leicht gemacht

Und: Auch wenn Sie in diesem Text das Gegenteil gelesen haben, Sie sind nicht Ihre Meinungen. Wer Sie sind, sollte eine Frage Ihrer Werte und Ihrer Handlungen sein. Dabei gilt immer: Seien Sie geduldig, eine Meinung ist wie ein Tanker, sie braucht Zeit, um zu wenden.

Oder stimmt auch das nicht? Zwei schwedische Psychologen fanden eine Methode, mit der es ganz schnell geht: Sie machten Menschen vor, sie hätten eine Meinung, die sie gar nicht hatten.

Kurz vor den Wahlen in Schweden im Jahr 2010 baten Lars Hall und Petter Johansson Passanten, einen Fragebogen zu zwölf politischen Fragen auszufüllen, in denen sich linke von rechten Parteien unterschieden. Durch eine Manipulation, die ihnen ein Zauberkünstler beigebracht hatte, verkehrten sie einige der Antworten auf dem Papier ins Gegenteil.

Mit diesem erstaunlichen Experiment gelang es Psychologen, die politischen Meinungen von Leuten zu drehen.

Als die Psychologen danach um Erklärungen baten, hielten die Hälfte der Befragten die manipulierten Meinungen für ihre eigenen und begründeten eine Position, die sie nie bezogen

hatten. 48 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben danach sogar an, sie würden anders wählen, als sie vor der Umfrage angegeben hatten.

Man mag diesen Taschenspielertrick für eine schamlose Manipulation halten und die politischen Haltungen der Menschen für flatterhaft. Doch das Resultat enthält auch eine positive Botschaft: Vielleicht sind viele unserer Meinungen weniger starr, als wir annehmen. Vielleicht fördert es das Verständnis, hin und wieder so zu tun, als vertrete man eine Meinung, die man gar nicht vertritt. Vielleicht bin ich gar nicht immer meiner Meinung.

Reto U. Schneider ist stv. Redaktionsleiter von NZZ Folio.

Dieser Artikel stammt aus der Mai-Ausgabe von [NZZ-Folio](#) zum Thema "Meine Meinung" (erschieden am 3. Mai 2021). Sie können [diese Ausgabe einzeln bestellen](#) oder [NZZ Folio abonnieren](#).

-

-

8 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/die-europaeische-zentralbank-steht-vor-dem-ende-ihrer-anleihekaeufe-18088816.html?premium>

ENDE RÜCKT IN DEN BLICK:

Anleihekäufe der EZB für unvorstellbare 4,4 Billionen Euro

VON [CHRISTIAN SIEDENBIEDEL](#)

-AKTUALISIERT AM 08.06.2022-16:40



Die Europäische Zentralbank steht vor dem Ende ihrer Anleihekäufe. Womöglich schon bald sollen die Bestände nicht weiter wachsen. Eine kleine Bilanz rund um italienische Staatspapiere, Ängste vor einer neuen Eurokrise – und erbitterte Klagen.

Die [Europäische Zentralbank](#) steht kurz davor, nach dem Ende ihres Krisenanleihekaufprogramms PEPP auch die Nettoanleihekäufe ihres längerfristigen Anleihekaufprogramms PSPP auslaufen zu lassen. Dann können fällig werdende Anleihen zwar noch ersetzt werden – es sollen aber keine neuen Bestände mehr aufgebaut werden. Wenn das Ende Juni passiert, wie es die Notenbank zuletzt angedeutet hatte, dürften die kumulierten Ankäufe aller Notenbanken im Eurosystem nach Schätzungen des Forschungsinstituts ZEW in Mannheim 4,405 Billionen Euro betragen haben – der Stand Ende Mai habe bei 4,396 Billionen Euro gelegen.

Das wäre eine Zäsur. Die EZB würde dann keine zusätzlichen neuen Anleihen mehr kaufen. Es wäre zumindest vorerst der Abschluss für ein von Anfang an sehr umstrittenes Vorhaben der Notenbank. Zuletzt allerdings hatte es in der EZB Diskussionen gegeben, ob man nach dem Ende der Nettoanleihekäufe und für die Zeit der ersten Zinserhöhungen womöglich ein neues Instrument brauche, um reagieren zu können, falls die Renditen einzelner Euroländer aus dem Ruder laufen und es so zu einer Fragmentierung des Euroraums kommen sollte – die sich negativ auf die Möglichkeiten der sogenannten Transmission, das ist die Durchsetzung der EZB-Geldpolitik in allen Euroländern, auswirken könnte.

Notenbanken weichen von den Plänen ab

In einer von der Strube-Stiftung geförderten Studie, die der F.A.Z. exklusiv vorliegt, hat das Forschungsinstitut [ZEW](#) verglichen, wie sehr die Notenbanken sich an die Vorgaben des sogenannten Kapitalschlüssels gehalten haben, der dafür sorgen soll, dass keine Anleihen einzelner Länder überproportional gekauft werden. Zudem hat das Institut zusammengestellt, in welchem historischen Ausmaß die Notenbanken mittlerweile Anteile an den ausstehenden Schulden einzelner Länder halten.

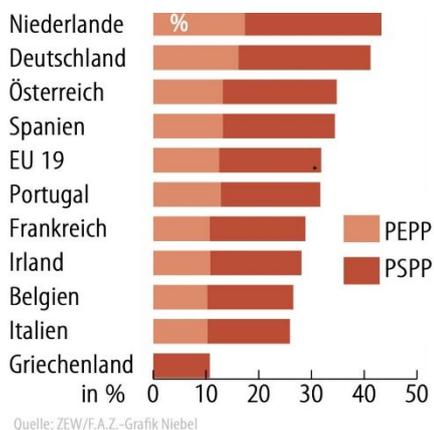


Bild: F.A.Z.

Die wichtigsten Ergebnisse: Schon in früheren Phasen waren italienische Staatsanleihen besonders stark gekauft worden. Diese Übergewichtung von Italien im Krisenprogramm PEPP war aber in der Zeit von Januar bis September 2021 stark zurückgegangen. In der zurückliegenden Monaten aber hat sie wieder deutlich zugenommen. Ähnliches gilt für Spanien. „Das deutet daraufhin, dass die EZB versucht hat, sich dem Spread-Anstieg für Südeuropa, also dem Anstieg des Abstands der Renditen der jeweiligen Staatsanleihen zur Bundesanleihe, entgegenzustemmen“, meint Studienautor Friedrich Heinemann: „Das wirft Fragen auf, was mit den Spreads nach Ende der Programme passiert.“

Blicke man auf die beiden Anleiheprogramme PSPP und PEPP kombiniert, sei seit Pandemiebeginn die Übergewichtung für Italien absolut am größten, prozentual hingegen für Zypern. „Interessanterweise gibt es aber auch eine Übergewichtung von Deutschland“, sagte Heinemann: „Das war notwendig, um einen Ausgleich für fehlendes Material bei geringer verschuldeten Ländern zu schaffen.“

Kapitalschlüssel März 2020 bis März 22

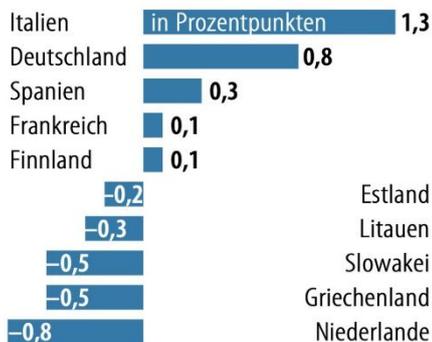


Bild: F.A.Z.

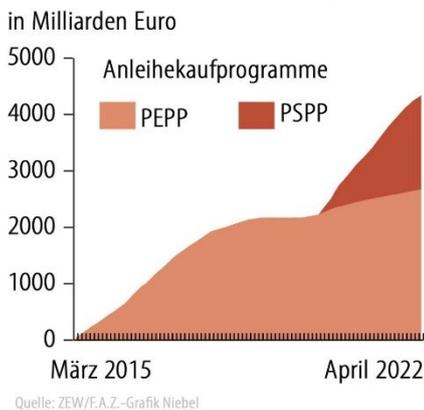


Bild: F.A.Z.

Außergewöhnlich groß ist nun der Anteil der Staatsschulden vieler Länder, der von der EZB gehalten wird. „Die Bestände kombiniert aus den Programmen PEPP und PSPP haben jetzt im Durchschnitt der Eurozone 33 Prozent der gesamten Schuldenstände erreicht“, sagte Heinemann. „Das ist die Obergrenze, von der an die EZB eine Sperrminorität in allen Umschuldungsverhandlungen hat“, sagte der Studienautor. Positiv gesprochen endeten die Käufe der Notenbanken also „genau zum richtigen Zeitpunkt“: Von jetzt an könnte es „richtig gefährlich“ werden für die Nähe der EZB zur monetären Staatsfinanzierung als Investor, der bei Umschuldungsverhandlungen das entscheidende Wort sprechen würde, kommentierte Heinemann.

Einzelne Euroländer kommen dabei auf noch höhere Anteile ihrer ausstehenden Staatsschulden, die von der EZB erworben wurden. Bei mehr als 40 Prozent liegen laut ZEW Slowenien, die Niederlande, die Slowakei, Deutschland und Finnland. Für die vier letztgenannten spiegeln sich darin deren im Vergleich zu anderen Ländern niedriger Stand an Staatsschulden, meint das ZEW. Italien kommt in dieser Berechnung auf gut 25 Prozent der ausstehenden Staatsschulden, die von der Notenbank aufgekauft wurden. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt hingegen wurden besonders viele Anleihen von Spanien, Portugal und Italien gekauft: Bei diesen Ländern lag der Anteil jeweils bei 40 Prozent oder mehr der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die baltischen Länder sowie Luxemburg, Malta und Irland kommen auf weniger als 15 Prozent. Deutschland liegt mit knapp unter 30 Prozent im Mittelfeld.

Die [Anleihekäufe](#) der EZB und der nationalen Notenbanken sind seit längerem auch Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen. Am Mittwoch teilte der Beschwerdeführer der sogenannten Europolis-Klägergruppe, Markus Kerber mit, sie hätten noch mal einen Schriftsatz beim Bundesverfassungsgericht nachgereicht. Darin bemängelten sie die lange Dauer des Verfahrens, aber auch die „offenkundige Verletzung des Mandats der EZB zur Gewährleistung der Preisstabilität“. Ferner wird das Bundesverfassungsgericht aufgefordert, die Bundesbank zum sofortigen Ausstieg aus den laufenden Aufkaufprogrammen anzuhalten. In dem Verfahren geht es unter anderem um das Krisenprogramm PEPP.

8 juin (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/jean-eric-schoettl-les-forces-de-l-ordre-sont-elles-jugees-plus-severement-que-les-ennemis-de-la-societe-20220607>

Le Figaro, mercredi 8 juin 2022 1236 mots, p. 16

Débats

Les forces de l'ordre sont-elles jugées plus sévèrement que les ennemis de la société ?

L'ancien secrétaire général du Conseil constitutionnel * déplore l'asymétrie de traitement entre les forces de l'ordre et les délinquants. « Si la volonté d'encadrer l'usage des armes par les policiers est légitime, un contrôle trop strict de leur action met en péril l'État de droit », argumente-t-il.

Schoettl, Jean-Eric

Les textes et la jurisprudence limitent strictement l'emploi de leurs armes par les forces de l'ordre. En vertu du code de la sécurité intérieure (article L 435-1), l'usage des armes de service n'est possible qu'« *en cas d'absolue nécessité* », « *de manière strictement proportionnée* » et dans cinq hypothèses seulement.

Hypothèses d'ailleurs formulées de façon alambiquée. Ainsi, parmi les cinq cas d'usage licite des armes, figure « *le but exclusif d'empêcher la réitération, dans un temps rapproché, d'un ou de plusieurs meurtres ou tentatives de meurtre venant d'être commis, lorsqu'ils ont des raisons réelles et objectives d'estimer que cette réitération est probable au regard des informations dont ils disposent au moment où ils font usage de leurs armes* ». Cette formulation ne présente guère la clarté requise d'un tel texte. Le policier arrivé sur les lieux doit-il attendre, pour neutraliser un terroriste, que celui-ci ait attenté à l'intégrité physique de sa première victime ? Doit-il avoir réuni les informations lui donnant des raisons « *réelles et objectives* » suffisantes de penser que la réitération est plausible ? Sans donner licence aux policiers et aux gendarmes de tirer à discrétion, un assouplissement de l'article L 435-1 du code de la sécurité intérieure marquerait la volonté du législateur d'apporter aux agents des forces de l'ordre la sécurité juridique indispensable au bon accomplissement de leurs missions. S'agissant d'interrompre les périples meurtriers, pourquoi ne pas se borner à subordonner l'usage des armes de service à l'existence de motifs sérieux de penser que cet usage est nécessaire pour éviter l'atteinte à la vie ou à l'intégrité physique ?

Il ne paraît pas choquant à nos concitoyens qu'un policier tire contre un véhicule qui, roulant à contresens, force un barrage de police et fonce sur un agent, comme sur le Pont-Neuf le 24 avril 2022. Dans cette affaire, le jeune policier qui a fait feu n'en a pas moins été gardé à vue 48 heures « *eu égard à la gravité des conséquences de son acte* » (deux trafiquants de drogue tués et un autre blessé) et mis en examen, sans attendre les conclusions de l'enquête de l'Inspection générale de la police nationale (IGPN). La juridiction d'instruction qualifie les faits d'« *homicide volontaire* » (sur le conducteur), de « *violences volontaires par personne dépositaire de l'autorité publique ayant entraîné la mort sans intention de la donner* » (sur le passager avant du véhicule) et de « *violences volontaires aggravées par personne dépositaire de l'autorité publique* » (sur le passager arrière). Les circonstances paraissent pourtant relever de l'article L 435-1 du code de la sécurité intérieure : « *Lorsqu'ils ne peuvent immobiliser, autrement que par l'usage des armes, des véhicules (...) dont les conducteurs n'obtempèrent pas à l'ordre d'arrêt et dont les occupants sont susceptibles de perpétrer, dans leur fuite, des atteintes à leur vie ou à leur intégrité physique ou à celles d'autrui.*

Scénario analogue le 4 juin dans le 18^e arrondissement de Paris. Une voiture - dont les occupants sont connus des services de police - fonce sur trois policiers à vélo qui veulent les contrôler. L'un d'entre eux tire, blessant grièvement le conducteur et tuant une passagère. Le lendemain, les policiers sont placés en garde à vue et font l'objet d'une double enquête de l'IGPN et du parquet.

Le même jour, à Vienne, des agents de la brigade anticriminalité s'apprêtent à contrôler une voiture mal garée - qui se révèle être un véhicule volé. Le conducteur prend la fuite. Une poursuite s'engage. Le conducteur finit par percuter la voiture de police, ainsi que celle d'un particulier. Un policier se présente à hauteur du fuyard, mais il est traîné sur plusieurs mètres par celui-ci. Le chauffeur - un mineur étranger isolé d'origine algérienne - cherche à faire marche arrière, risquant d'écraser l'agent. Un autre policier fait alors feu en direction du véhicule. Deux enquêtes sont ouvertes. L'une, comme il se doit, pour « *tentative d'homicide sur personne dépositaire de l'autorité publique, recel de vol et refus d'obtempérer* ». Mais une autre aussi pour « *violences avec armes par personne dépositaire de l'autorité publique* », alors que le policier n'a pas blessé le malfrat.

Étrange symétrie. Comme si l'État de droit mettait un point d'honneur à juger plus sévèrement les titulaires de l'autorité que les ennemis de la société. Nécessaire exemplarité des forces de l'ordre ? Certes, mais une chose est d'astreindre policiers et gendarmes au sang-froid et au discernement, autre chose d'exiger d'eux l'impossible : appréhender, sans jamais coup férir, les auteurs d'infraction. Si, même lorsque l'emploi d'une arme de service se situe dans un cadre légal et s'apparente de près à une légitime défense, les policiers font l'objet de gardes à vue, d'enquêtes pénales et de qualifications aussi graves que celle d'homicide volontaire, ne devraient-ils pas toujours s'abstenir de faire usage de leurs armes ? Dans ces affaires de refus d'obtempérer et d'usage des armes de service, les policiers ne manqueront pas en effet de décoder le message qui leur est adressé. La prochaine fois, ils laisseront échapper les délinquants pour ne pas être inquiétés. Comment leur reprocher de ne pas vouloir subir l'insécurité juridique en plus de l'insécurité physique et de conditions de travail indécentes ? L'exercice de la force légale sera alors réduit à des proportions confinant à l'impuissance.

Et comment ne pas rapprocher ces affaires de celle de Philippe Monguillot (ce chauffeur de bus de Bayonne tabassé à mort en juillet 2020 par une bande de voyous) dans laquelle la juge d'instruction, contredisant le parquet de Bayonne (qui avait qualifié les faits d'homicide volontaire aggravé), les a requalifiés de « *violences volontaires en réunion ayant entraîné la mort sans intention de la donner* », faisant ainsi échapper les auteurs des faits à la cour d'assises ? Comment ne pas être troublé de voir les juges d'instruction retenir l'homicide volontaire à l'encontre du policier du Pont-Neuf et l'écarter s'agissant des meurtriers du chauffeur de bus de Bayonne ?

Le souci de se doter de garde-fous contre d'éventuelles bavures policières est légitime, mais, poussé à un degré obsessionnel, dans les textes comme dans la pratique judiciaire, il prend le pas sur la protection de la société. Il garantit en effet aux voyous qu'ils peuvent refuser d'obtempérer aux forces de l'ordre sans dommage pour eux.

À une époque où la surenchère victimaire envahit les relations sociales, les victimes de la délinquance et des incivilités sont, pour leur part, invisibilisées par le « fait divers ». Et la victime n'est plus tout à fait une victime lorsqu'elle est titulaire de fonctions officielles, lorsque, pour son malheur, elle incarne l'autorité. Les agressions contre les élus locaux ont fait un bond depuis une vingtaine d'années. Les refus d'obtempérer aux injonctions des agents de la force publique ont pareillement explosé. La réponse pénale est déficiente. Or l'autorité s'évanouit lorsqu'elle peut être défiée impunément. Est-ce bien ce qu'on attend de l'État de droit ?

* *Conseiller d'État honoraire, Jean-Éric Schoettl a récemment publié « La Démocratie au péril des prétoires. De l'État de droit au gouvernement des juges » (Gallimard, - « Le Débat », 256 p., 18 euros).*

8 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/pierre-antoine-delhommais/la-revanche-de-milton-friedman-06-06-2022-2478425_493.php

La revanche de Milton Friedman

ÉDITO. Le Prix Nobel d'économie l'avait prédit : la masse monétaire mondiale, exponentielle, nous vaut un terrible retour de l'inflation.



La planche à billets, un mal planétaire. © Lionel VADAM / MAXPPP / PHOTOPQR/L'EST REPUBLICAIN/MAXPP

Par [Pierre-Antoine Delhommais](#)

Publié le 06/06/2022 à 08h00

Le retour de l'inflation a pris tout le monde de court. Les économistes en premier lieu, qui, dans leur immense majorité, expliquaient doctement que la concurrence mondialisée rendait impossible un tel scénario. Les citoyens, pour qui la valse des étiquettes était une danse démodée appartenant à l'ancien monde. Les gouvernements, totalement pris au dépourvu par la colère sociale que toute flambée des prix, depuis l'Antiquité, provoque inévitablement et à laquelle ils n'avaient plus été confrontés depuis plusieurs décennies. Les banquiers centraux enfin, qui, malgré leur réputation de sérieux et de compétence, ont commis une faute professionnelle lourde en se laissant déborder par une inflation qu'ils qualifiaient à tort de transitoire.

Celle-ci était pourtant déjà bien présente et solidement installée avant même le début de la guerre en Ukraine. Dès le mois de janvier, les prix à la consommation s'inscrivaient en hausse de 7,5 % sur un an aux États-Unis et de 5,1 % dans la zone euro, des niveaux inédits depuis le début des années 1980.

Contrairement à ce que tentent de faire croire aujourd'hui les dirigeants occidentaux, l'inflation qui lamine le pouvoir d'achat est moins la conséquence des délires paranoïaque et mégalomaniacques de Vladimir Poutine que le résultat des politiques économiques menées aux États-Unis et en Europe depuis deux ans. Politiques de relance budgétaire géante en réponse à la crise sanitaire, d'endettement à tout va des États et de création monétaire débridée par les banques centrales pour financer les déficits publics. Des politiques, pour parler clairement, alliant celle de la planche à billets et celle du quoi qu'il en coûte.

Le dérapage incontrôlé de l'inflation redonne vie en tout cas aux vieilles théories monétaristes jugées parfaitement désuètes établissant un lien direct entre l'évolution des prix et

la quantité de monnaie en circulation. Très vieilles même, puisque formulées dès le XVI^e siècle par l'économiste Jean Bodin, qui avait observé qu'à la suite de la découverte de l'Amérique, « *l'abondance d'or et d'argent a fait enchérir toutes choses dix fois plus qu'elles n'estoyent il y a cent ans* ».

Trop de monnaie tue la monnaie

Plus proche de nous, le Prix Nobel d'économie Milton Friedman avait repris et développé cette idée en affirmant que « *l'inflation est toujours et partout un phénomène monétaire en ce sens qu'elle est et qu'elle ne peut être générée que par une augmentation de la quantité de monnaie plus rapide que celle de la production* ».

Selon une étude de la Banque de France, la masse monétaire a bien progressé depuis deux ans à un rythme effréné dans les pays occidentaux, augmentant de 12 % dans la zone euro, et même de 25 % aux États-Unis au cours de la seule année 2020. De la même façon que trop d'impôt tue l'impôt, trop de monnaie tue la monnaie, ou plus précisément en fait chuter la valeur, lui fait perdre de son pouvoir d'achat, ce qui est la définition même de l'inflation. Pour le même montant de 50 euros, on met moins d'essence dans son réservoir.

Si le retour de l'inflation représente une éclatante victoire posthume pour Milton Friedman, il constitue en revanche un terrible camouflet pour l'économiste star Stephanie Kelton, égérie de la gauche américaine, ex-conseillère de Bernie Sanders et promotrice ultramédiatisée de la fameuse théorie monétaire moderne (TMM). Théorie prétendant soumettre totalement la politique monétaire à la politique budgétaire, prônant une hausse sans limite des dépenses publiques par le recours, lui aussi sans limite, au déficit et à la dette directement financés par la Banque centrale et par la création, là encore sans limite, de monnaie.

Théorie radicale, séduisante par sa simplicité même et qui a d'ailleurs beaucoup séduit, jusqu'en France dans les rangs de La France insoumise, mais qui partait du postulat à l'évidence faux que l'inflation avait disparu et qui vient donc de s'effondrer assez piteusement en direct sous nos yeux. Lawrence Summers, ex-secrétaire au Trésor sous la présidence de Bill Clinton, n'avait pas eu tort de dire de la TMM qu'elle relevait de la pensée vaudoue.

8 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/postillon/yann-coatanlem-l-antidote-au-pikettysme-06-06-2022-2478444_3961.php

Yann Coatanlem, l'antidote au pikettysme

On nous le martèle : le capitalisme ne serait pas compatible avec la lutte contre les inégalités. C'est pourtant faux, comme le démontre cet économiste.



Yann Coatanlem, ancien directeur de l'analyse économique de Citibank, désormais président du laboratoire d'idées Club Praxis, à New York, est l'un des économistes français les plus en vue du moment. © DR

Par *François Miguet*

Publié le 06/06/2022 à 11h00 - Modifié le 06/06/2022 à 20h23

L'homme qui nous accueille ce matin de mai au cercle de l'Union Interalliée porte beau.

Costume bleu ajusté, cravate assortie sur une chemise d'un blanc immaculé. L'allure sportive. Et un léger accent américain trahissant vingt-huit ans de vie à Manhattan. Un loup de Wall Street ? Non, il s'agit de Yann Coatanlem. L'ancien directeur de l'analyse économique de Citibank, président du laboratoire d'idées Club Praxis, à New York, est l'un des économistes français les plus en vue du moment. Il vient d'écrire, avec l'ancien conseiller de Romano Prodi à la Commission européenne Antonio De Lecea, *Le Capitalisme contre les inégalités* : 513 pages limpides mêlant histoire, philosophie et pensée économique, conçues autour d'une thèse qu'il résume ainsi : « *Réconcilier l'idée libérale et le courant progressiste, en prouvant que le capitalisme est compatible avec l'efficacité économique et donc la lutte contre les inégalités.* »

C'est peu dire que ce travail a été remarqué par ses pairs. « *Un livre important, sur un sujet central* », salue Olivier Blanchard, l'ex-chef économiste du Fonds monétaire international. « *Enfin un ouvrage sur les inégalités qui couvre l'ensemble du sujet avec méthode et rigueur* », applaudit l'ancien patron de la banque Paribas et professeur à Dauphine, André Lévy-Lang. Mêmes louanges du côté de Christian Gollier, directeur général de la Toulouse School of Economics et pape de l'économie du climat. Ou chez le spécialiste de l'innovation Philippe Aghion. Ce professeur au Collège de France signe même la postface de cet opus qui, selon lui, répond à la problématique « *de façon très convaincante et très pédagogique* ». N'en jetez plus !

Piketty ? « Un ami », mais aussi « un nouveau Robespierre »

Ouf... Yann Coatanlem et Antonio De Lecea prouvent que Thomas Piketty n'a pas le monopole de la lutte contre les inégalités dans le petit monde feutré des disciples de Keynes ou Ricardo. Thomas Piketty ? Depuis qu'il a sorti son best-seller, *Le Capitalisme au XXI^e siècle*, cet ancien conseiller de Benoît Hamon et « *soutien vigilant* » – c'est sa formule – de Jean-Luc Mélenchon lors

de la dernière présidentielle court les campus universitaires et les plateaux de télé pour rabâcher que seul un programme à gauche toute visant à « dépasser le capitalisme » serait à même de résoudre la question des écarts de richesses. « *Thomas est un ami, il enseigne à la Paris School of Economics, au conseil d'administration de laquelle je siège, rappelle Yann Coatanlem. Mais lui et ses suiveurs sont de nouveaux Robespierre qui veulent couper les têtes de toutes les grandes fortunes car sinon, disent-ils, on reviendrait à un niveau d'inégalités digne de la Belle Époque, c'est-à-dire juste avant la Première Guerre mondiale. Il faut dédramatiser.* »

Les rentes excessives [des entreprises les plus riches] sont comme des impôts privés. Yann Coatanlem

Il dédramatise donc. En rappelant que la France n'est pas l'enfer inégalitaire dépeint sur les réseaux sociaux. « *Depuis les Trente Glorieuses, le niveau de vie moyen des Français a augmenté de 50 % en francs constants après la redistribution.* » Mais il ne se cache pas pour autant derrière son petit doigt. Oui, convient-il, il y a bien un problème de montée des inégalités. Trois principaux facteurs l'expliquent : d'abord, un fort accroissement des rentes depuis les années 1980. Ensuite, des chocs économiques violents – celui de 2008, puis la pandémie. Enfin, la révolution numérique – elle favorise les emplois qualifiés au détriment des non qualifiés. Sans oublier le redoutable système de « *winner takes all* » qui permet à certaines multinationales de grossir plus que de raison. « *Le top 10 % des entreprises les plus riches a un rendement du capital cinq fois supérieur aux autres, constate-t-il. Le top 1 % détient 98 % des brevets utiles et génère 67 % des exportations. Ces rentes excessives sont comme des impôts privés.* »

Viser l'équité plutôt que l'égalité

Cela posé, Yann Coatanlem insiste sur deux points. En premier lieu, il faut chercher à rétablir l'équité, et non viser une hypothétique égalité ; c'est un parti pris qui le distingue des pikettystes. « *Pour le philosophe américain John Rawls, les inégalités sociales et économiques sont justifiées si elles sont conformes au principe d'égalité des chances et si elles profitent aux plus désavantagés.* » Ainsi, il ne faut pas regarder si untel roule sur l'or, mais si la cause de sa fortune a engendré un désavantage pour autrui. « *Les travaux de Philippe Aghion ont démontré que l'économie de l'innovation satisfait aux principes édictés par Rawls, poursuit-il : même si elle augmente le niveau de fortune des innovateurs et des 1 % les plus riches, elle accroît également la mobilité sociale et réduit les inégalités globales.* »

La question des revenus a tendance à monopoliser les débats, d'autant que les fortunes de nombreux milliardaires ont augmenté au sortir de la dernière crise, comme celle d'Elon Musk, le fondateur de Tesla, avec près de 220 milliards de dollars au dernier pointage de *Forbes*. « *Le déséquilibre entre les riches et les pauvres est la plus ancienne et la plus mortelle des maladies de toutes les républiques* », observait déjà le philosophe Plutarque, cité dans le livre. Mais c'est un souci plus américain que français, estime l'économiste. « *Et il ne faudrait pas que ce sujet masque d'autres facteurs très importants, tels que les différences d'accès à l'école, aux soins et aux technologies* », insiste-t-il.

En second lieu, il faut réformer le capitalisme pour rétablir efficacement l'équité. Comment procéder ? S'agissant des entreprises, la prescription du duo Coatanlem-De Lecea est simple : réarmer l'antitrust pour casser les monopoles, notamment ceux constitués par les géants du Net, et renforcer la lutte contre le lobbying afin d'empêcher que les sociétés bien installées ne dressent des barrières pour contrer les nouveaux entrants innovants sur leurs marchés. Pour le reste, il faut mesurer chaque brèche dans l'équité de la manière la plus précise possible, « *en*

utilisant des outils de collecte de données à grande échelle, et en menant des expérimentations ciblées dans un premier temps, que l'on généralise seulement si ça marche, afin d'éviter que les mesures prises créent de nouvelles inégalités ».

Un plan Marshall pour l'école

Certains chantiers sont prioritaires. À commencer par l'école. *« En France, le niveau de savoir de base à l'entrée du collège est un scandale : 25 % des élèves ont des lacunes très fortes, 40 % ont des difficultés »,* s'insurge Yann Coatanlem. Le gouvernement sortant, à qui il a pourtant délivré des conseils, n'a pas été à la hauteur de l'enjeu. *« Dédoubler des classes en primaire ne suffit pas. Il faut mettre en place un véritable plan Marshall, avec davantage de formations pour les professeurs et de soutien scolaire pour les élèves. »* Ce n'est pas tout. En 2016, l'Académie des sciences morales et politiques avait chargé l'économiste d'évaluer les manuels de sciences éco des collèges et lycées. Et il en est encore tout tourneboulé. *« On vous met trois points sur une courbe et on vous demande de faire une corrélation, ça ne va pas du tout ! Quant aux épreuves du Capes, c'est une catastrophe : il n'y a même pas de calcul à faire, juste une dissertation d'analyse. Résultat, les enseignants sont de plus en plus littéraires et de plus en plus anticapitalistes, un courant pourtant minoritaire dans la discipline. »*

Il faudrait bâtir un revenu universel qui se substituerait à toutes les aides sociales existantes. Yann Coatanlem

Autres dossiers urgents, mais qu'il serait trop long de détailler : les retraites. *« Le problème, ce n'est pas l'âge limite mais la pénibilité,* développe le président du Club Praxis. *Il faudrait en outre ajouter une couche de capitalisation à notre régime car notre système par répartition est l'une des explications du rejet français du capitalisme. »* La fiscalité, qu'il entend remettre à plat, notamment en supprimant *« toutes les niches »* pour la rendre enfin *« lisible »*. Et la simplification de notre système redistributif. *« Un tiers de ceux qui pourraient bénéficier du RSA ne le réclament pas, ce qui est anormal. Il faudrait bâtir un revenu universel qui se substituerait à toutes les aides sociales existantes, avec une prise en compte des carrières hachées et des pensions spécifiques, par exemple celles pour les handicapés. C'est faisable à budget constant. »* Là-dessus, ce libéral pourrait peut-être, soyons fous, tomber d'accord avec les anticapitalistes qu'il combat.

Yann Coatanlem
Antonio de Lecea

LE CAPITALISME CONTRE LES INÉGALITÉS

Préface de François Bourguignon
Postface de Philippe Aghion

puf

Le Capitalisme contre les inégalités, de Yann Coatanlem et Antonio de Lecea (PUF, 513 p., 27 €).

8 juin (Le Point)

https://www.lepoint.fr/invites-du-point/patrick-artus/artus-pourquoi-le-retour-a-une-politique-d-austerite-est-ineluctable-04-06-2022-2478264_1448.php

Artus – Pourquoi le retour à une politique d'austérité est inéluctable

CHRONIQUE. Pour enrayer son déficit public et relancer sa dynamique économique, la France ne pourra pas s'affranchir de règles budgétaires européennes durcies.



On peut estimer que le déficit public de la France en 2022 sera au moins de 6 % du PIB. © Jean-Luc Flémal / MAXPPP / BELPRESS/MAXPPP

*Par Patrick Artus**

Publié le 04/06/2022 à 09h00

La politique économique aujourd'hui en France est toujours dans le prolongement de celle menée depuis le début de la crise du Covid, en mars 2020. Chaque fois qu'un besoin de dépenses publiques apparaît (réindustrialisation, transition énergétique, soutien du pouvoir d'achat des ménages affecté par la hausse des prix de l'énergie et de l'alimentation, défense, santé, éducation, avec, en particulier, la hausse des salaires des soignants et des enseignants...), il est satisfait et, comme, dans le même temps, les baisses d'impôts (taxe d'habitation, impôts de production des entreprises) se poursuivent, le déficit public reste très élevé.

Avec les effets sur les finances publiques de la guerre en Ukraine (recul de la croissance avec la forte hausse des prix des matières premières, besoin encore plus important de soutenir le pouvoir d'achat), on peut estimer que le déficit public de la France en 2022 sera au moins de 6 % du PIB.

Paramètres

La guerre en Ukraine et la forte hausse induite des prix de l'énergie, des matières premières, du transport, des difficultés d'approvisionnement conduisent à une perte de croissance au moins sur les années 2022-2023.

En 2022, la perte de croissance vient de la perte de pouvoir d'achat et du recul de la consommation (le salaire va augmenter en moyenne de 3 %, les prix de plus de 5 %) ; en 2023, elle viendra de la dégradation de la situation financière des entreprises avec le rattrapage très probable des salaires, et de l'affaiblissement en conséquence de l'investissement des entreprises. Ce n'est donc pas la croissance qui permettra de stabiliser l'endettement public.

Enfin, dernière évolution défavorable, la hausse des taux d'intérêt. Les marchés financiers pensent aujourd'hui que le taux d'intérêt à long terme de la France va monter jusqu'à 2 % environ à la fin de 2022 (il oscille autour de 1,5 % aujourd'hui). Cela correspond à l'anticipation que la Banque centrale européenne va monter son taux d'intervention jusqu'à 1,7 % à la fin de 2023. Mais il paraît clair qu'elle va monter ses taux d'intérêt beaucoup plus que cela si elle veut lutter contre une inflation qui va atteindre 8 %. Il paraît plus vraisemblable d'attendre des taux d'intérêt à long terme en France voisins de 3 % à la fin de 2023.

Obstacles

Deux difficultés majeures vont alors apparaître. D'une part, une dérive des finances publiques, inévitable s'il y a une croissance faible, des taux d'intérêt en hausse, une augmentation générale des dépenses publiques et une baisse des impôts. On voit difficilement comment le déficit public pourrait être réduit spontanément à partir de son niveau de 2022 (autour de 6 % du PIB ou plus). Si les dépenses publiques rapportées au PIB restent stables, si la pression fiscale diminue et si les taux d'intérêt augmentent par rapport à la croissance, normalement le déficit public augmente puisque le taux de chômage est déjà très bas et qu'il sera difficile de le faire baisser beaucoup plus rapidement.

La seconde difficulté ne concerne pas les finances publiques, mais le commerce extérieur. La balance commerciale de la France montre un déficit de 85 milliards d'euros en 2021, et ce déficit atteint 12 milliards d'euros par mois au premier semestre 2022. C'est le reflet de l'incapacité de l'appareil productif de la France de produire les biens qui font l'objet d'une forte demande : énergie, bien sûr, mais aussi informatique et électronique, équipement de la maison, mobilier...

Or il faut se rappeler que la crise de la zone euro, de 2010 à 2013, ne venait pas de l'excès d'endettement public, mais des déficits extérieurs des pays périphériques (Espagne, Italie, Portugal...) que les pays à excédent extérieur (Allemagne, Pays-Bas) ne voulaient plus financer. La fragilité financière d'un pays peut donc venir plus largement de ses déficits extérieurs que de ses déficits budgétaires.

Impasse

On voit donc que la dynamique économique de la France présente une double insoutenabilité : l'insoutenabilité de la dette publique et des déficits publics élevés ; l'insoutenabilité de la dette extérieure et des déficits commerciaux élevés. À un certain moment, il faudra rétablir la soutenabilité de la dette publique et de la dette extérieure.

Cela signifie la mise en place d'un programme de rigueur budgétaire, avec le double objectif de réduire le déficit public et de freiner la demande intérieure pour diminuer le déficit extérieur. Il y aura probablement à la fois le renoncement à certaines dépenses publiques et des hausses d'impôts. Quand cette politique de rigueur devra-t-elle être mise en place ? D'abord, cela dépend de l'Europe : à quel moment remettra-t-elle en place des règles budgétaires qui, même si elles sont plus souples que dans le passé (possibilité de financer par la dette publique certains investissements dans la transition énergétique ou certaines dépenses), n'autoriseront certainement pas un déficit public de 5 % du PIB.

Ensuite, cela dépend de l'attitude des investisseurs étrangers : les banques centrales, les assureurs européens ou asiatiques... pourraient-ils s'inquiéter de la dynamique du déficit public et de l'endettement extérieur de la France ?

On sait qu'ils sont inquiets de la situation de l'Italie, mais l'Italie n'a pas de déficit extérieur, et il serait logique qu'ils s'inquiètent aussi de la situation de la France.

** Patrick Artus est conseiller économique de Natixis.*

8 juin (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/l-effondrement-generalise-menace-la-societe-francaise-20220608>

Le Figaro (site web)

mercredi 8 juin 2022 - 15:07 UTC +02:00 1851 mots

Vox ; Vox Société

«L'effondrement généralisé menace la société française»

Sébastien Laye et Jean-Baptiste Giraud

FIGAROVOX/TRIBUNE- Pour le journaliste Jean-Baptiste Giraud et l'économiste Sébastien Laye, la situation très critique en matière de sécurité, de santé, et dans de nombreux secteurs économiques impose une reprise en main par la société civile face à l'État et aux politiques.

Jean-Baptiste Giraud est journaliste et auteur de Dernière crise avant l'Apocalypse , Ed. Ring, sept 2021.

Sébastien Laye est entrepreneur et économiste.

Quand on parle d'effondrement dans le débat intellectuel français, d'aucuns imaginent les thèses de collapsologie de Pablo Sevigne et Raphaël Stevens. Pourtant, le thème du déclin et même de l'effondrement des civilisations est avant tout un sujet historique et anthropologique: qu'on se souvienne des thèses de Gibbons sur le déclin de l'Empire romain- un spectre de l'écroulement qui a hanté ses contemporains- ou de celles de Spengler dans *Le Déclin de l'Occident* . On songera aussi à l'effacement d'un Stefan Zweig qui assistera impuissant à l'écroulement de «sa» civilisation européenne.

Or, le tableau que nous pourrions dresser de la France, sur la base de nombreux signaux faibles, se rapproche de celui brossé par Spengler. Houellebecq, Onfray, Debray ou Zemmour reprennent d'ailleurs certains des éléments critiques que l'on retrouvait chez Spengler. Vous qui lisez ces lignes, consciemment ou inconsciemment, savez déjà de quoi il est question ici, comme les 75% de Français qui estiment que la France est en déclin, d'après l'enquête «Fractures françaises» réalisée par l'institut Ipsos pour Le Monde parue en septembre 2021.

Notre pays n'était déjà pas réputé pour la rigueur et l'efficacité de son administration, la poigne de ses commerciaux, ou l'excellence de son sens de l'organisation. Les milliers de drames individuels dont ont été victimes les supporters anglais ou espagnols au Stade de France samedi 28 mai, qualifiés «d'incidents» par Gérald Darmanin, n'en sont qu'une nouvelle preuve.

Depuis quelques mois - on peut arbitrairement fixer le point de «départ» à la sortie non déclarée de la pandémie, et à la levée des mesures de restriction - de nombreux signaux faibles permettent d'anticiper un possible, et peut-être malheureusement probable, grand effondrement collectif.

Grand, non qu'il soit glorieux, mais parce qu'il menace d'être généralisé. Le blocage logistique d'une partie de la *Cité* entraînera de facto l'anomie de tout le reste, par un effet désormais largement documenté de contamination impossible à juguler.

Pendant la pandémie, un peu partout dans le monde, les systèmes de santé se sont effondrés. Bruyamment dans certains pays, avec des malades du Covid qui mourraient dans des ambulances sur des parkings, sous des tentes, ou parfois comme dans plusieurs pays d'Amérique du Sud et en Inde, chez eux, sans une once d'oxygène à respirer, non pour pouvoir les sauver mais simplement pour rendre leur agonie (une lente et inexorable asphyxie) un peu moins horrible. En France, et dans d'autres pays occidentaux (les Italiens n'ont pas oublié), le tri opéré entre ceux que l'on allait essayer de sauver et ceux qui étaient de toute manière condamnés est la signature parfaite de l'effondrement. Brutalement, la croyance que l'hôpital et les médecins pouvaient soigner et sauver s'effondrait. Les proches, parfois, les malades eux-mêmes, se sont entendus dire qu'ils étaient condamnés. Et que rien ne serait tenté pour tenter de les sauver, *quoi qu'il en coûte*.

Deux ans plus tard, l'hôpital, encore lui, est au bord du grand effondrement. De nombreux professionnels de santé clament dans le désert que le système de santé français n'a pas remonté la pente. Partout sur le territoire, des services d'urgence saturés refusent des cohortes de malades. Des enfants, des personnes âgées, mais aussi des hommes et des femmes de tous âges, sont morts ces derniers mois parce qu'ils n'ont pas été pris en charge, ou mal, ou trop tardivement, dans une situation d'urgence, par un système de santé «à bout de souffle». Au moment où des centaines, des milliers d'infirmiers, de médecins, arracheront simultanément leur blouse, et partiront en claquant la porte, les malades n'auront d'autre recours que d'appeler au secours leurs proches pour les sortir de là. Du moins, ceux qui ont la chance d'en avoir.

Le secteur de l'énergie aussi est menacé d'effondrement. Pas celui des hydrocarbures, car l'offre demeure pour l'instant abondante, et au final, pour le pétrole comme pour le gaz, ce n'est qu'une question de prix. En revanche, l'arrêt de près de la moitié des réacteurs nucléaires d'EDF pour raisons de sécurité, une situation à laquelle jamais le réseau électrique français n'a été confronté, crée les conditions pour qu'un ou plusieurs *black-out* surviennent l'hiver prochain. La France est le pays d'Europe où le MWh est vendu le plus cher sur le marché de l'électricité, alors que nous sommes censés produire l'électricité la moins chère au monde grâce au nucléaire ! Il y a comme un bug ou plutôt, le big bug est devant nous. Sauf si Enedis parvient à imposer au gouvernement un système de délestages tournants, privant des millions d'abonnés d'électricité pendant trente minutes au moins simultanément, aux heures de pointe. En effet, en l'état actuel des capacités de production françaises, et des perspectives d'importation, le réseau électrique français ne tiendra pas. Il manquera au minimum 10 GW de capacités pour affronter les pics de consommation de l'hiver prochain. RTE en est contraint à étudier (*Les Echos-13 avril 2022*) un scénario surréaliste consistant à raccorder au réseau des milliers de groupes électrogènes diesel, groupes qui servent normalement à alimenter des équipements sensibles en cas de défaillance... du réseau. Ils pourraient apporter entre 6 et 10 GW, très ponctuellement. Mais si le réseau s'effondre quand même, qui alimentera ces équipements sensibles, privés de leurs bouées de sauvetage, mobilisées pour un naufragé beaucoup trop gros pour être sauvé de la noyade ?

Dans l'automobile, où la France a encore une partition à jouer en Europe, les grands patrons multiplient les tribunes et les conférences pour dire que leur secteur, qui représente des millions d'emplois, mais permet tout simplement aussi la mobilité individuelle de milliards d'habitants et arme toutes les chaînes logistiques du monde en véhicules de toutes tailles, est menacé d'effondrement. À cause de la chasse au moteur thermique et de la folie des normes, de l'équation impossible du tout électrique (sujet à relier au paragraphe précédent), de la pénurie de composants électroniques, de la cherté de certains matériaux rares et moins rares...

Dans les télécoms, le déploiement à marche forcée de la fibre place la France loin devant tous les autres pays occidentaux, avec près de 70 % de foyers éligibles au haut débit. Mais à quel prix ! En réalité, selon le gendarme des télécoms, la fibre n'atteint pas un foyer éligible sur cinq. Le taux de panne mensuel (oui, mensuel), atteint par endroits 3%, selon le sénateur Patrick Chaize. Les délais de rétablissement sont fixés en semaines voire en mois. La plupart des armoires techniques sont transformées en «plats de spaghettis» auxquels plus personne ne comprend rien, et les déconnexions sauvages sont le lot commun de bien des abonnés. Enfin, le réseau fibre français est constitué de près de... 500 000 kilomètres de réseau aérien. À la prochaine grosse tempête, les abonnés privés d'Internet se compteront par millions, dont dans le lot nombre d'applications civiles ou industrielles hautement sensibles, car totalement dépendantes d'Internet. La communauté d'agglomération de Paris-Saclay, qui héberge entre autres Polytechnique et des laboratoires du CEA, vient de porter plainte contre les opérateurs de téléphonie, tellement le déploiement de la fibre y est catastrophique. Nos territoires ruraux sont de facto abandonnés, le télétravail tant vanté y étant chaotique du fait de ces problèmes d'infrastructure.

Dans les secteurs du tourisme, de l'hôtellerie, et de la restauration, les patrons n'attendent pas l'été avec la satisfaction de savoir qu'ils vont enfin pouvoir faire passer leurs comptes de résultat dans le vert, et ainsi faire face aux dizaines de milliards d'euros de PGE qui leur ont permis de garder la tête hors de l'eau pendant la pandémie. Non ! Il manque au bas mot 300 000 employés dans le secteur. Les hôtels ferment des étages entiers. Les restaurants deux, parfois trois jours par semaine, faute de personnel. Les compagnies aériennes annulent des vols par milliers.

Quant aux agriculteurs, tous les maux s'abattent simultanément sur leurs têtes, au pire moment. Pénurie d'eau et explosion du prix des intrants pour les céréaliers, explosion du prix du gaz pour les maraîchers qui cultivent sous serre à la mi-saison et en hiver, pénurie de main-d'œuvre pour ramasser fruits et légumes qui pourrissent sur pied. Des pandémies qui n'en finissent pas, dont une colossale et dramatique grippe aviaire, sans doute la «plus grave

de l'histoire pour l'agriculture française», pandémie dont on ne parle pas ou trop peu pour des raisons aisées à deviner. Une grippe porcine menace à nos portes, avec des foyers découverts en Allemagne.

La place nous manque pour faire la liste exhaustive de tous ces signaux faibles d'un effondrement prochain, et en tout cas déjà bien entamé.

A-t-on retenu les leçons de la menace d'effondrement du système financier et bancaire en 2009 ? Les banques centrales seront-elles capables (et en auront-elles les moyens ?), une fois encore, de réagir, en cas de nouveau grippage de la mécanique, avec la nouvelle priorité de lutte contre l'inflation ?

L'explosion des incivilités, des vols, de la délinquance, niés par un ministre dont les services produisent pourtant des monceaux de statistiques qui disent exactement le contraire, n'est-il pas un autre signal faible d'un possible retour à la loi de la jungle... ou du Far-West ?

Le pire n'est jamais certain. L'accumulation de ces signaux faibles, en réalité de plus en plus visibles pour qui veut bien se donner la peine de les regarder, doit nous conduire à en tirer les conclusions qui s'imposent.

Soit l'État, qui est en train de disparaître sous nos yeux, cédera la place demain à une nouvelle hiérarchie des normes et des pouvoirs, plus proche et accessible des citoyens, plus respectueuse de la liberté individuelle, pleinement garante des droits et des devoirs de chacun. Il s'agira ainsi pour la société civile de reprendre la main face à l'État et aux politiques.

Soit nous avons déjà les deux pieds enfoncés bien profond dans les sables mouvants d'une période durablement et profondément trouble, caractérisée par un individu seul face à l'État (et écrasé par sa bureaucratie) qui cédera à l'individualisme forcené, déjà bien ancré dans notre société et dans les mentalités, mais qui atteindra son paroxysme.

Il faut lire et écouter Spengler de même qu'il faut lire et écouter les (trop rares) politistes et économistes réalistes qui nous rappellent des réalités auxquelles nous avons peut-être trop tendance à opposer notre déni: que notre capacité d'innovation s'essouffle, que les perspectives d'ascension sociale pour nos jeunes sont quasiment nulles, que le dialogue entre cultures n'est pas si facile en France, que les droits de l'Homme ne sont pas si aisément transposables dans d'autres cultures, que le *demos* est aussi un *ethnos*, et que la civilisation française classique du XXe siècle mourra aussi inéluctablement que d'autres modèles.

C'est déjà arrivé. Rien n'empêche aujourd'hui que cela n'arrive encore une fois demain.

8 juin (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/timothy-snyder-zum-ukraine-krieg-parallelen-zwischen-putin-und-hitler-18079215.html?premium=0xe5bd396881e497b727d120b30ca20c86&GEPC=s5>

KRIEG IN DER UKRAINE:

„In Berlin wirkt eine koloniale Haltung“

VON [KONRAD SCHULLER](#)

-AKTUALISIERT AM 06.06.2022-08:44



Stoppt Putler! Demonstranten in Frankfurt, April 2022 Bild: dpa

Der Historiker Timothy Snyder sieht Parallelen zwischen Putin, Mussolini und Hitler. Er kritisiert Deutschlands Blick auf die Ukraine und erklärt, warum wir keine Angst davor haben müssen, dass Putin sein Gesicht verlieren könnte.

Herr Snyder, Sie halten [Russland](#) für einen faschistischen Staat. Warum?

Gibt es etwas am russischen Staat, was heute nicht faschistisch ist? Hier eine Liste von Merkmalen des Faschismus, die auf Russland zutreffen: Eins: Einparteienherrschaft. Zwei: der Kult des Führers. Drei: Kontrolle der Medien. Vier: Kult des Imperiums, seiner Toten und seiner historischen Unschuld. Fünf: Die Welt wird durch Verschwörungstheorien erklärt. Sechs: ein Ständestaat nach dem Vorbild von Mussolinis Italien, nur noch radikaler. Sieben: Vernichtungskrieg und Völkermord. Acht: ein Kult des Willens und der Tat. Russlands hybride Kriegsführung, diese Kombination aus Propaganda und Gewalt, kann als Triumph des Willens über die Realität gesehen werden. Und dann natürlich die Idee vom Feind. Der Ausgangspunkt des Faschismus ist der Begriff des Feindes, und der Feind Russlands in Putins Sicht ist der Westen. So hat [Carl Schmitt](#) das definiert: Politik heißt, zu bestimmen, wer der Feind ist.

Schmitt war ein Ideologe des Nationalsozialismus.

Und heute steht sein Erbe in Russland in hohen Ehren. Alexander Dugin, Iwan Iljin und andere Vordenker des Putinismus beziehen sich auf ihn. Iljin sagt genau wie Schmitt, dass Politik mit der Definition des Feindes beginnt. Putin hat ihn oft zitiert. Auch Schmitts Konzept vom „Großraum“ ist hier wichtig, also der Gedanke, dass nur wenige Staaten souverän sind, und zwar die großen Imperien. Alle anderen sind aus dieser Sicht nur Attrappen. So denkt die führende Klasse in [Moskau](#): Russland ist ein reales Land, Amerika auch, die meisten anderen sind nur Vasallen.

Iljin hat als russischer Emigrant den Nationalsozialismus gefeiert. Er vertrat die Idee, dass jeder, der die [Ukraine](#) als unabhängigen Staat sieht, Russland den Todesstoß versetzt.

Putin hat Iljin mehrmals in diesem Sinn zitiert. Und er fügt hinzu: Wer die Ukraine von Russland trennen möchte, wird vernichtet. Iljins Glaubenssatz war: Russland ist eine homogene Masse unter einem Führer. Für Iljin war die Herstellung der Großmacht Russland der Anfang der Heilung der Welt. Und diese Heilung sollte der Triumph des Faschismus auf dem ganzen Erdball sein. Putins Regierung hat Iljins sterbliche Überreste aus dem Exil zurückgeholt, und der Präsident persönlich hat Blumen auf sein Grab gelegt.

Faschistische Denker glauben, dass Kompromisse immer nur Atempausen sind, die man hinnimmt, um für die Vernichtung des Feindes neue Kraft zu sammeln. Kann man mit Putin also einen dauerhaften Verhandlungsfrieden finden?

Die westliche Idee vom Kompromiss lautet: Ich respektiere deine Interessen und du meine. Das ist mit Putin kaum möglich. Aber man kann trotzdem mit ihm verhandeln – wenn man zuvor einen Krieg gewonnen hat. Solange Putin glaubt, gewinnen zu können, ist das schwer denkbar.



Timothy Snyder lehrt Geschichte an der Universität Yale. Sein Buch „Bloodlands“ ist ein Standardwerk über Osteuropa zwischen Hitler und Stalin. :Bild: EPA

Faschistische Führer brauchen dauernd neue Siege, um ihre Diktatur zu rechtfertigen. Wird Putin also nach einem möglichen Sieg in der Ukraine bald den nächsten Krieg beginnen?

Russland funktioniert als eine Art Kriegs-Soap in Fortsetzungen. Nach Georgien kam der erste Angriff auf die Ukraine, nach Syrien jetzt der zweite. Und immer wird der Krieg von spektakulärem Storytelling im Fernsehen eingerahmt. Das ist ein bewährtes Herrschaftsmittel, und deshalb wird Putin vielleicht bald einen neuen Krieg beginnen, wenn er den in der Ukraine gewonnen hat. Wenn er aber verliert, wird er seine Medien dazu benutzen, einfach das Gegenteil zu behaupten.

Wenn er alles als Sieg verkaufen kann, ist er auch nicht in Gefahr, durch eine Niederlage „sein Gesicht zu verlieren“, wie manche sagen. Liegen also diejenigen falsch, die sagen, man müsse ihm durch Zugeständnisse einen gesichtswahrenden Ausweg offen halten?

Putin hat fast komplette Kontrolle über die Wahrnehmung des Krieges in seinem Land. Wenn er einen Sieg ausruft, werden die meisten Russen ihm glauben. Wer sich im Westen um sein „Gesicht“ Sorgen macht, hat das nicht verstanden.

Die gute Nachricht wäre dann: Putin kann den Krieg verlieren, ohne wegen drohender Blamage bis zu dem Atomkrieg eskalieren zu müssen, den [Olaf Scholz](#) so fürchtet.

Genau. Er braucht nur das Drehbuch umzuschreiben. Wenn Putin in der Realität ein Problem hat, verwandelt er es in der virtuellen Welt in einen Sieg. Deshalb wird er nicht durch drohende Niederlage zur nuklearen Eskalation gezwungen sein. Ein Beispiel war die verlorene Schlacht um Kiew. Das war aus russischer Sicht der größte anzunehmende Schock, und trotzdem hat Putin nicht zur Atombombe gegriffen. Er hat deeskaliert und sich zurückgezogen.

Sie nennen Putin einen Faschisten. Würden Sie ihn mit Hitler vergleichen?

Ich spreche von Faschismus, weil Faschismus viele Gestalten hat. Es gibt britische, französische, italienische, deutsche oder amerikanische Faschisten, und alle sind ein wenig anders. Wenn ich jetzt sagen würde, Putin ist wie Hitler, dann wäre das zu eng gefasst. Außerdem würde es einen riesigen Aufschrei geben: Seht her, er bricht ein Tabu. Das wäre unglaublich langweilig. Trotzdem: Wo es um die Ukraine geht, sind die Ansätze der Nazis und des heutigen russischen Regimes ähnlich. Dazu gehört, dass die Ukrainer als Kolonialvolk wahrgenommen werden, dessen Elite ausgelöscht werden muss.

Manche sagen, solche Versuche, Putins Krieg mit der Politik der Nazis zu vergleichen, liefern auf Verharmlosung des Holocausts hinaus.

Diese Hemmung macht es schwer, Faschismus heute beim Namen zu nennen und für seine Bekämpfung Verantwortung zu übernehmen. Das gilt auch für Russlands faschistischen Vernichtungskrieg in der Ukraine. Deportation war eine Methode Hitlers. Heute sind anderthalb Millionen Ukrainer deportiert worden. Das ist Völkermord. Ukrainische Kinder werden entführt, um zu Russen gemacht zu werden. Das ist Völkermord. Die Russen töten die Eliten der besetzten ukrainischen Gebiete, und auch das ist Völkermord.

Fällt es den Deutschen wegen ihrer Geschichte schwerer als anderen, das zu erkennen?

Die Deutschen verdienen Anerkennung für ihren Umgang mit der Geschichte. Aber es gibt in Deutschland die Versuchung, in einem verengten Blick auf den Nationalsozialismus wenig mehr wahrzunehmen als nur Hitler und die Vernichtungslager. Wenn man dieses Phänomen aber in der ganzen Breite seiner Erscheinungsformen sehen würde, könnte man leichter sagen, dass Putin an vielen Punkten so handelt wie Hitler. Putin will die Ukraine zur Kolonie machen, und genau das wollten auch die Nazis. Nur: Das hat sich dem deutschen Gedächtnis nicht eingeprägt. Hitlers koloniale Haltung zur Ukraine war nie Gegenstand der deutschen Erinnerungspolitik. Deshalb fühlen die Deutschen heute so wenig Verantwortung für die Ukraine. Stattdessen gibt es eine Kontinuität kolonialer Einstellungen. Dazu gehört, dass die Deutschen den Ukrainern viel zu wenig zuhören. Das ist ein grundlegender Fehler, denn wenn man eine Kolonialgeschichte hat, wie mein Land Amerika oder eben wie Deutschland, lautet das erste Gebot immer: Wir müssen den Völkern, die wir früher als Kolonien behandelt haben, zuhören.

Wie sah die deutsche Kolonialgeschichte in der Ukraine aus?

Die Kolonisierung der Ukraine war Hitlers Hauptziel im Zweiten Weltkrieg. Er wollte ein deutsches Großreich, dessen Industrie von der Landwirtschaft der Ukraine getragen würde. Dabei sollten Millionen von Ukrainern dem Hungertod preisgegeben oder versklavt werden. Das war es, wofür deutsche Soldaten kämpften, aber ich glaube nicht, dass viele Deutsche das in Erinnerung haben.

Heißt das, dass Deutsche und Russen über Generationen den gleichen kolonialen Blick auf die Ukraine und andere Völker Osteuropas hatten?

Es gibt jedenfalls viele Beispiele für Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Russen zulasten der Völker dieser Region. Die Teilungen Polens gehören hierher, und vor allem der Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Es gibt also eine mentale Bereitschaft in Moskau und vielleicht auch noch in Berlin, über die Völker zwischen Deutschland und Russland hinwegzusehen. In der Tradition der deutschen Ostpolitik gibt es die Vorstellung, dass das Schicksal des postsowjetischen Raumes zwischen Moskau und Berlin geregelt wird. Vor allem in Bezug auf die Ukraine ist das nie infrage gestellt worden. Beide Seiten sind es gewohnt, sie als Kolonie zu sehen.



Russlands Präsident Putin im Mai 2022 :Bild: Laif

Gilt das auch für die sozialdemokratische Entspannungspolitik Willy Brandts?

In Berlin wirkt eine koloniale Haltung weiter, die nicht auf Parteien begrenzt ist. Moskaus Vorherrschaft in Osteuropa wurde jedenfalls auch von Brandt nicht infrage gestellt. Und für die Ukraine hat sich niemand allzu sehr interessiert. Nach der Wende ist das nicht viel besser geworden. Die Idee, dass die Ukrainer keine Nation sind, kommt immer wieder. Auf der Linken heißt es: „Das sind alles Faschisten.“ Andere sagen: Wir müssen Russlands Interessen berücksichtigen. Immer bedeutet das, dass die Ukraine kein Subjekt der Politik ist.

Sind die deutschen Erinnerungslücken über Hitlers Kolonialpolitik in der Ukraine ein Grund für die zögernde Haltung des deutschen Kanzlers im Einsatz für dieses Land?

Es ist jedenfalls unendlich traurig, dass Deutschland sich hier nicht an die Spitze setzt. Es wäre eine historische Chance für Deutschland, hier auf der richtigen Seite zu stehen. Erinnerungspolitik könnte zu wirklicher Ostpolitik werden. Deutschland als frühere Kolonialmacht könnte auf die Stimme des kolonisierten Volkes hören und bei seiner Verteidigung ganz vorne stehen. Aber dieser Kanzler und Teile der deutschen Führung dachten lange anders. Sie glaubten nicht, dass die Ukraine nach dem russischen Angriff noch existieren würde. Und ein Grund dafür ist, dass sie die Existenz der Ukraine von vornherein nicht zur Kenntnis genommen haben.

Dem ukrainischen Botschafter hat ein deutscher Minister am ersten Tag des Krieges angeblich gesagt: Warum sollten wir euch helfen, wenn es euch in drei Tagen eh nicht mehr gibt?

Und wegen dieser Fehlwahrnehmung müssen die Ukrainer heute ein absurdes Ausmaß von Leid ertragen. Aber niemand sollte einen Völkermord ertragen müssen, nur um seine Existenz zu beweisen. Die Deutschen hätten die Pflicht gehabt, das schon vor dem 24. Februar 2022 zu verstehen.

Und trotzdem haben Sie kürzlich geschrieben: „Deutschland ist die wichtigste Demokratie Europas, vielleicht sogar der Welt.“ Warum?

Sehen Sie sich andere große Demokratien an. Amerika zum Beispiel ist zwar mächtiger als Deutschland, aber seine Demokratie ist schwächer. Wir haben gerade erst einen versuchten Putsch gehabt, und vielleicht kommt bald der nächste. Die Deutschen sollten nicht überrascht sein, wenn bald ganz neue Aufgaben auf sie zukommen.

Soll also wieder einmal am deutschen Wesen die Welt genesen?

Die Deutschen sollten so etwas nicht herumposaunen. Aber die deutsche Demokratie ist wichtig. Die EU ist ohne das demokratische Deutschland undenkbar. Für Berlin heißt das: Die Zeit ist vorbei, in der man sich die Welt vom Spielfeldrand aus anschauen konnte. Und für die Ukraine hat Deutschland als gewesene Kolonialmacht mehr Verantwortung als jeder andere Staat der westlichen Welt.

3 juin (L'Express)

https://www.lexpress.fr/actualite/societe/du-burkini-au-mois-decolonial-grenoble-laboratoire-des-radicalites_2174284.html

L'Express (site web)

Société, dimanche 29 mai 2022 2160 mots

Du "mois décolonial" au burkini : Grenoble, laboratoire des radicalités

Étienne Girard



La préfecture de l'Isère se place à l'avant-garde des combats d'une nouvelle gauche véhémement et activiste. Comme l'illustre le débat sur le burkini.

Yasmina montre du doigt les feuilles plastifiées qui tapissent le mur. "La menace effraie généralement davantage que l'action elle-même", récite l'informaticienne de 34 ans. Soit l'un des 13 préceptes de la "tactique Alinsky", du nom du sociologue américain Saul Alinsky, qui théorisa la mise sous pression des institutions comme stratégie militante. Ici, dans le local de l'Alliance citoyenne, à deux pas de la gare de Grenoble, ces principes d'agit-prop font figure de Tables de la Loi. Soumaya et Amel, étudiantes en biologie et en droit, opinent : "Sans nos actions, on serait encore en train d'envoyer des mails." Les trois jeunes femmes portent le voile, défendent avec fougue l'autorisation du burkini à la piscine. "Mais on se bat pour tout le monde", ajoute Amel, 20 ans, qui veut montrer que, contrairement à ce que l'association a d'abord mis en avant, il ne s'agit pas seulement d'une revendication religieuse.

Si le pays se passionne pour les règlements intérieurs des centres aquatiques, on le doit à cette association fondée à Grenoble, en 2010. En mai 2019, huit de ses militantes débarquent à la piscine des Dauphins, au sud de la ville, dans ce maillot qui couvre le corps et les cheveux, malgré l'interdiction du vêtement. Tollé immédiat, mais les activistes s'obstinent. Trois ans plus tard, ils obtiennent ce qu'ils souhaitent. La mairie décide d'autoriser toutes les tenues de bain "près du corps" lors du conseil municipal du 16 mai, à deux voix près. Le préfet de l'Isère a toutefois attaqué la délibération et le tribunal administratif de Grenoble l'a suspendue. Les juges y ont vu des règles modifiées "dans un but religieux", ce qui porte atteinte à la "neutralité du service public". Le Conseil d'Etat tranchera dans les prochains jours.

L'Alliance citoyenne aurait-elle pu prospérer ailleurs qu'à Grenoble? Elies Ben Azib, l'activiste en chef du collectif, s'interroge, tant son association a bénéficié de relais précieux, comme celui du Planning familial local : "Ici, ça fourmille d'associations, d'initiatives, c'est exceptionnel." Surtout, l'ancienne capitale du Dauphiné, où Jean-Luc Mélenchon a réuni 39 % des voix à la présidentielle de 2022, se montre particulièrement ouverte aux idées radicales. Tout se passe comme si un chercheur en science politique y menait dans le plus grand secret une expérimentation sur l'avenir de la gauche, y testant de nouveaux combats, des codes différents. Comme le symbole d'une passation de pouvoirs en cours, l'Alliance citoyenne a repris une partie des locaux du Parti communiste isérois, qui ne pouvait plus payer le loyer. Le parti de Fabien Roussel conserve le premier étage de l'immeuble, de sorte que, tous les jours, la gauche *old school* croise ses remuants successeurs sur le palier.

"Le look ingénieur Quechua"

A se balader dans les rues du centre-ville bordé par les cimes verdoyantes du Vercors, avec ses façades aux tons pastel qui rappellent la Riviera italienne, ses managers en chemisette et ses livreurs Deliveroo à vélo, on jurerait pourtant avoir atterri dans une préfecture sans histoire. C'est ignorer certains détails que les 158 000 Grenoblois ont appris à repérer. "Il y a le look ingénieur Quechua", plaisante Elisa Martin, première adjointe au maire et candidate La France insoumise aux législatives. L'expression désigne ces cadres de la microélectronique ou de l'informatique passionnés de randonnée dans les Alpes voisines. Ces ingénieurs au *dress code* relâché ont la réputation de poser un regard critique sur les excès du capitalisme. "Le cliché du Grenoblois, c'est un ingénieur qui aime la nature et s'intéresse à l'écologie. C'est un peu vrai!" sourit Maria Urbina-Fonseca, adhérente de La République en Marche et présidente d'Agora, le deuxième syndicat de Sciences po Grenoble.

Dans cette grande école, l'émergence d'une gauche radicale, voire extrême, est devenue un sujet sensible. "Ce qui s'est passé est symptomatique d'une évolution large qui couvre toute la société, mais ça n'a rien de spécifique à Sciences po Grenoble et ça n'a rien à voir avec ce qui se passe à Grenoble", nous affirme la direction de l'IEP, désireuse de protéger ses étudiants. Le 4 mars 2021, les noms des professeurs Klaus Kinzler et Vincent Tournier s'étaient retrouvés placardés sur un mur devant l'établissement, accompagnés des mentions "fascistes" et "l'islamophobie tue". La conclusion d'une période de conflit entre ces enseignants et l'Union syndicale, le syndicat majoritaire de l'IEP, scissionnaire de l'Unef. "Ce qui s'est passé aurait pu arriver dans un autre Sciences po, mais pas non plus dans n'importe quel Sciences po, analyse Klaus Kinzler. Depuis deux ans, les étudiants ont changé. Ils n'acceptent plus l'humour et la provocation, que j'ai toujours utilisés dans mon enseignement."

Certains élèves rechignent désormais à défendre des idées qui ne sont pas les leurs, lors de jeux de rôle censés les initier au débat contradictoire. "On a eu des remarques, mais on essaye de tenir bon", expose Simon Persico, professeur de science politique, plutôt bienveillant à l'égard de ces turbulents jeunes gens. Maria Urbina-Fonseca raconte avoir monté sa propre liste aux élections de l'IEP après que l'Ourse, le nouveau nom de l'Union syndicale, a proposé la création de *safe zones* sur le campus, c'est-à-dire d'endroits réservés à certaines communautés ou catégories de personnes. Une fois, alors qu'elle tractait pour la présidence française de l'Union européenne, l'étudiante s'est fait traiter de "fasciste" aux abords de l'école. "A Grenoble, il vaut mieux ne pas être de droite", considère-t-elle plus largement.

"Ici, il y a cet esprit pionnier"

Cette jeunesse véhémente a noué des liens avec l'écosystème militant local. Trois associations de l'IEP figurent par exemple parmi les organisateurs du "mois décolonial", sorte de Fête de L'Humanité version "nouvelle gauche". Ce festival, dont la première édition a réuni 1 500 personnes en juin 2021, projette de "déconstruire l'imaginaire colonial" français. On y discute de "décoloniser les savoirs", de "racisme systémique" et même de "racisme d'Etat?" avec un point d'interrogation. "Notre postulat, c'est que l'antiracisme universaliste ne marche pas et que la colonisation n'est pas finie en France", déroule Fabien Givernaud, le coordinateur de l'événement, subventionné à hauteur de 4 000 euros par la mairie, en 2022. Ce trentenaire se réjouit du bouillonnement nourri par les 60 000 étudiants de l'agglomération. "Cela fait quatorze ans que j'habite là et je continue à découvrir des sous-réseaux militants!" jubile-t-il, intarissable sur l'héritage social de la commune, notamment l'expérience de la Villeneuve, au sud de Grenoble.

Geneviève Fioraso, ministre sous François Hollande, connaît bien ce quartier; elle était la collaboratrice du maire PS Hubert Dubedout, quand il l'a imaginé, dans les années 1970 : "Dubedout, que les éléphants du PS voyaient comme un ovni, a bâti la Villeneuve autour de l'idée de mixité sociale. Et ça a marché!" Le projet connut sa période de gloire pendant une vingtaine d'années, avant que le trafic de drogue ne pousse les familles aisées à partir. Habitée aux poussées de fièvre iséroises, l'ex-députée de Grenoble décrit une ville "habituée à se réinventer, où il n'y a pas de baronnie, une bourgeoisie pas très importante et très peu de francs-maçons". Le contraire de Lyon, situé à 100 kilomètres, où les réseaux de pouvoir structurent la métropole depuis des générations. Ce côté indomptable, Raymond Avrillier, ex-maire-adjoint écologiste, en retrace volontiers l'histoire. Dans les rues piétonnes du centre-ville, cet expert des procédures administratives, célèbre pour avoir fait tomber Alain Carignon, maire RPR entre 1983 et 1995, finalement condamné pour corruption, fait de grands gestes en évoquant une route imaginaire : "Là-bas, on a voulu nous mettre une rocade d'autoroute, au moment de Jeux olympiques de 1968, puis un tunnel sous la ville, sous Carignon. On a lutté contre et on a gagné, les deux fois."

En 2014, la cité frondeuse, longtemps tenue par le Parti socialiste, s'est offerte à Eric Piolle, un... ingénieur encarté à Europe Ecologie-Les Verts (EELV), alors âgé de 41 ans. "Ici, il y a cet esprit pionnier", avance le maire, qui nous rejoint en toute discrétion, à vélo, dans un café du centre-ville. Dès son arrivée au pouvoir, l'édile a flatté cette image de "Grenoble-la-rebelle" en créant la fête des Tuiles, une commémoration annuelle du 7 juin 1788, quand une émeute éclata contre la volonté du garde des Sceaux, Lamoignon, de retirer son pouvoir au Parlement du Dauphiné. Un prélude à la Révolution française, selon la légende locale.

"Avec les anarchistes, on est de la même famille"

Depuis ses premières décisions - baisse de l'indemnité des élus, interdiction de la publicité dans l'espace public -, le maire tente de faire vivre un "en même temps" subtil : une expression modérée qui va de pair avec le maintien d'une ligne de rupture totale avec la social-démocratie "à la papa". D'où un soutien tout en nuances apporté aux partisans du burkini, façon "pas d'ennemi à la gauche radicale". Par exemple, il n'a pas souhaité rencontrer les activistes de l'Alliance Citoyenne, dont il n'apprécie pas les méthodes, mais a fini par épouser leur combat. "Je n'ignore pas qu'il y a une poussée de l'islam politique, mais le burkini, ce n'est pas ça. Les salafistes, même les Frères musulmans, n'envoient pas leurs femmes à la piscine", argumente l' élu, qui relève, à raison, que le vêtement n'a jamais été interdit pour des motifs de laïcité. Il assume avoir voulu prendre une décision "avant que les actions de désobéissance civile ne reprennent", une confiance qui valide la stratégie de l'Alliance citoyenne.

L'édile s'interdit même d'éreinter... les réseaux anarchistes : "Les anarchistes disent du mal de moi, mais pas moi, car je considère qu'on est de la même famille politique. Et on ne dit pas du mal de sa famille." Une forme de bienveillance qui fait dire à Alain Carignon, l'ancien maire déchu, que "de l'ultra gauche au conseil municipal, c'est une chaîne ininterrompue". Entre autres griefs, le chef de la droite grenobloise conteste les commodités accordées par la mairie à plusieurs squats tenus par les milieux anarchistes. En février dernier, les occupants du 38, rue d'Alembert, un local de 2 000 mètres carrés, ont obtenu un bail sur quarante ans, à raison de 330 euros de loyer par mois. Une partie de leur programmation relève des nouvelles luttes en vogue : le 30 mars, on y débattait de "l'islamophobie d'Etat", tandis que le 28 avril, on s'y réunissait en "non-mixité choisie", c'est-à-dire "sans mec cisgenre", non-trans. En 2021, certains squatteurs s'étaient aussi querellés avec Isabelle, une voisine, qui avait porté plainte pour tapage. "Tuez un flic, Isabelle et Turbo", son chien, avait-il été ensuite écrit en noir sur un mur du quartier.

"Terrorisme d'ultragauche"

Et puis il y a ces saboteurs, dont l'ombre plane sur Grenoble. Depuis 2017, une vague d'incendies volontaires touche la capitale de l'Isère et ses environs. Parmi la quinzaine de lieux détruits, l'église Saint-Jacques, les locaux de France Bleu, un laboratoire du CNRS, ainsi que, dans la nuit du 4 au 5 avril dernier, neuf lignes à haute tension, près d'une usine de STMicroelectronics, la grande entreprise du CAC 40. L'activité du site, qui emploie 6 000 personnes, a dû partiellement s'arrêter. Sur les lieux du crime, on a retrouvé un symbole anarchiste et des inscriptions hostiles à la multinationale. En novembre 2019, des perquisitions avaient eu lieu dans cinq squats de Grenoble et de sa banlieue, mais aucune interpellation n'en a découlé. "Les enquêtes se poursuivent. La thèse principale reste celle du terrorisme d'ultragauche", prévient Eric Vaillant, le procureur de la République de Grenoble.

Un terrorisme antitechnologique, sorte de mise en application de l'idéologie de Pièces et main-d'oeuvre (PMO). Ce groupuscule libertaire, fondé à Grenoble en 2000, se veut à la pointe de la critique du "système technicien", ces avancées scientifiques qui font vivre une partie de la métropole. "Chaque innovation sur le front de la technologie entraîne en cascade une dégradation du rapport de forces entre le pouvoir et les sans-pouvoir", développe PMO sur son site, animé notamment par Yannick Blanc, un ancien journaliste du magazine *Actuel*. Eric Piolle y a-t-il trouvé l'inspiration de sa saillie sur la 5G, qui servirait à "regarder du porno sur votre téléphone, même quand vous êtes dans l'ascenseur", a-t-il déclaré en 2020? L'édile confesse "bien aimer les lire", mais être "rarement d'accord" avec leur idéologie qui "prône le retour au village". L'écologiste a surtout noté l'opposition de PMO au burkini. "Sous couvert de droit à la différence, ils défendent la ségrégation; le droit à l'oppression d'un "groupe social" sur les individus qu'il prétend contrôler", a tancé PMO. "Ils sont complètement réacs sur le burkini, c'est dû à leur classe d'âge", réagit Eric Piolle. Des libertaires technophobes antiburkini, cela ne pouvait exister qu'à Grenoble.